RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

08 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Bevölkerung 2010
Statistische Geheimhaltung
Umsatzsteuer 2009

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfalzer ist im vergangenen Jahr auf 4 003 745 gesunken. Das Geburtendefizit (–11 891 Personen) konnte durch den Wanderungssaldo (+2 839 Personen) nicht ausgeglichen werden.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Faltblätter Tourismus 2010/11 und Landwirtschaft 2010/11

08 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell 687

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Handwerk
Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Soziale Leistungen
Bildung ■ Verkehr ■ Zensus

Verbraucherpreise 704

Rheinland-Pfalz in Karten: Schülerinnen und Schüler mit Teilnahme am Ganztagsangebot im Schuljahr 2010/11 nach Verwaltungsbezirken 705

Bevölkerung 2010 706

Neues Geheimhaltungsverfahren des Statistischen Landesamtes – Teil 2 714

Umsatzsteuerstatistik 2009 727

Daten zur Konjunktur 738

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 767

Neuerscheinungen 783

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie im Mai mit deutlich mehr Aufträgen

Im Mai 2011 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 13,8 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +23 Prozent). Die starke Entwicklung beruhte – wie schon in den Vormonaten – hauptsächlich auf dem deutlichen Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland. Die Nachfrage zog hier um 16,4 Prozent an (Deutschland: +15,9 Prozent), während die Bestellungen aus dem Inland um 10,6 Prozent zunahmen (Deutschland: +31,3 Prozent).

Die meisten umsatzstarken Industriebranchen steigerten ihre Auftragseingänge gegenüber Mai 2010 deutlich. Am stärksten stieg die Nachfrage nach Maschinenbauprodukten (+26,8 Prozent), wozu vor allem die Auftragseingänge aus dem Ausland beitrugen (+34,6 Prozent); die Order aus dem Inland legten um 15 Prozent zu. Zweistellige Zuwächse bei den Bestellungen verzeichneten auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+18,4 Prozent). Hierfür war die starke Auslandsnachfrage ausschlaggebend (+28 Prozent); die Inlandsorder nahmen um 7,6 Prozent zu. Deutlich verbessert hat sich auch die Nachfrage nach Produkten der Hersteller von Metallerzeugnissen (+14,3 Prozent), von chemischen Erzeugnissen (+11,4 Prozent) und von pharmazeutischen Erzeugnissen (+11,3 Prozent). Die Metallerzeugung und -bearbeitung verzeichnete ein geringfügiges Plus von 0,2 Prozent. Bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus lag das Volumen der Auftragseingänge um 4,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Gegenüber dem Vormonat nahm das Auftragsvolumen der Industrie im Mai preisbereinigt um 4,8 Prozent zu (Deutschland: +12 Prozent). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war vor allem das erstarkte Inlandsgeschäft mit einem Plus von 6,3 Prozent (Deutschland: +21,9 Prozent), während die Auslandsbestellungen um 3,6 Prozent anzogen (Deutschland: +4 Prozent). Entscheidenden Einfluss hierauf hatte die überdurchschnittlich gestiegene Nachfrage nach Gütern der bedeutendsten rheinland-pfälzischen Branche, der chemischen Industrie (+16 Prozent). Dort fiel die Inlandsnachfrage (+26,3 Prozent) kräftiger aus als der Auftragseingang aus dem Ausland (+11 Prozent). Auch bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (+6 Prozent), beim Maschinenbau (+5,8 Prozent) sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung (+4,2 Prozent) gab es Zuwächse. Bei den übrigen umsatzstarken Branchen lag das Bestellvolumen jeweils unter dem Niveau des Vormonats, am deutlichsten bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (–7,1 Prozent).

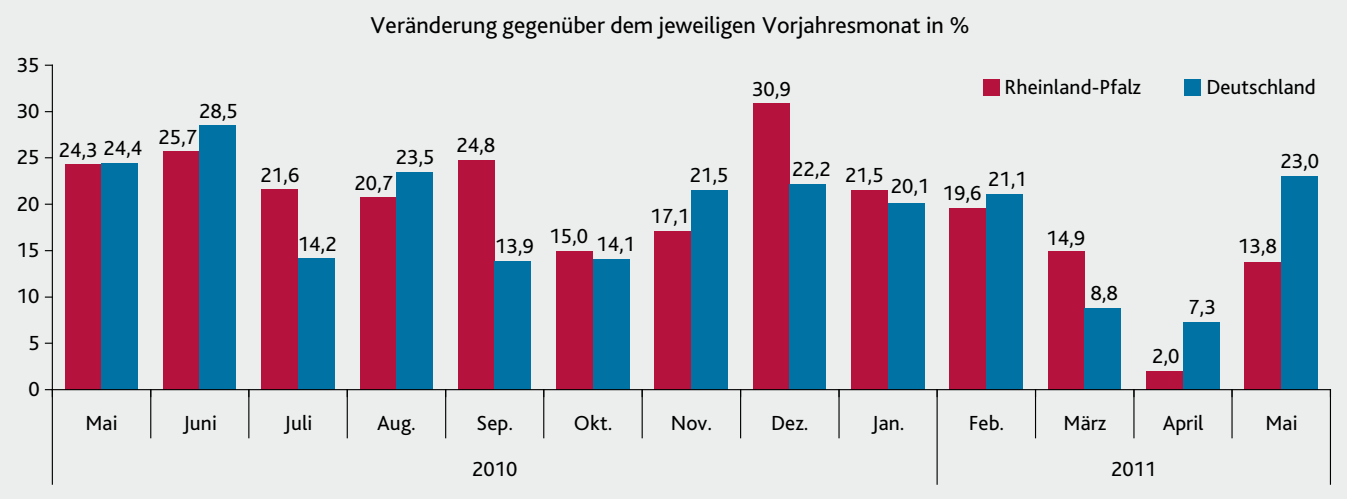
Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte Mai 2011 2005=100	Veränderung Mai 2011 zum Vorjahresmonat	Veränderung Mai 2011 zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	105,0	13,8% ↑	4,8% ↑
Inland	105,1	10,6% ↑	6,3% ↑
Ausland	105,0	16,4% ↑	3,6% ↑
Chemie	86,5	11,4% ↑	16,0% ↑
Fahrzeugbau	102,1	18,4% ↑	-2,3% ↓
Maschinenbau	126,8	26,8% ↑	5,8% ↑
Metallerzeugnisse	110,2	14,3% ↑	-4,4% ↓
Bauhauptgewerbe	134,9	15,1% ↑	5,1% ↑
Umsätze (real)			
Großhandel	108,6	4,8% ↑	8,1% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	109,3	3,9% ↑	-3,1% ↓
Kfz-Handel	99,2	10,5% ↑	0,0% →
Gastgewerbe	107,2	1,8% ↗	8,2% ↑

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 738 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell.

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2011 nach Monaten

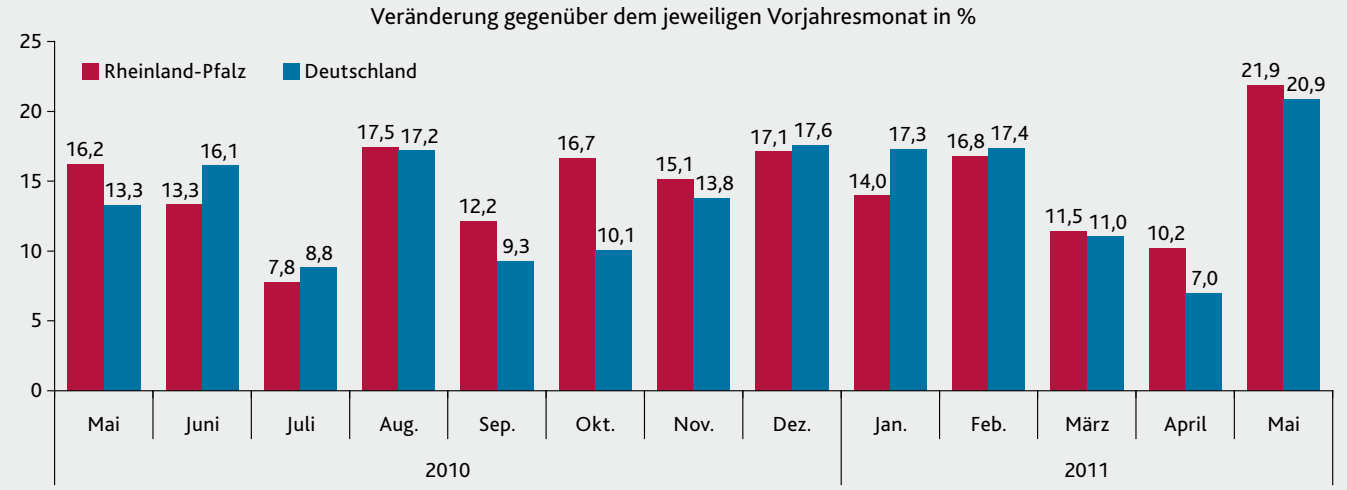


Starke Produktionszuwächse im Mai

Im Mai 2011 stellte das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz preisbereinigt 21,9 Prozent mehr Güter her als ein Jahr zuvor (Deutschland: +20,9 Prozent). Der Vorleistungssektor, der in Rheinland-Pfalz einen Umsatzanteil von gut 50 Prozent hat, verzeichnete einen Produktionszuwachs von 9,9 Prozent (Deutschland: +18,1 Prozent). Die Investitionsgüterproduzenten (Umsatzanteil rund 25 Prozent) erhöhten ihren Güterausstoß überdurchschnittlich um 37,7 Prozent (Deutschland: +26,5 Prozent).

Außergewöhnlich hoch fiel der Güterausstoß der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus (+61,9 Prozent). Angesichts einer spürbar verbesserten Auftragslage erhöhte der Maschinenbau sein Produktionsvolumen deutlich um 28 Prozent. Auch in den übrigen umsatzstarken Branchen – mit Ausnahme der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (–3,9 Prozent) – zog die Produktion von Industriegütern an. Die Zuwachsraten lagen zwischen 2,7 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) und 23,9 Prozent (Metallerzeugung und -bearbeitung).

Index der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



Das Produktionsniveau der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Mai 2011 preisbereinigt um 10,8 Prozent höher als im April (Deutschland: +11,8 Prozent). Maßgeblich für den Zuwachs war die spürbare Ausweitung der Produktion im Vorleistungsgüter- und im Investitionsgütersektor mit +6,8 bzw. +12,8 Prozent (Deutschland: +10,7 bzw. 14,1 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat April meldeten die umsatzstarken Branchen – mit Ausnahme der chemischen Industrie (–1,7 Prozent) – teilweise bemerkenswerte Produktionszuwächse. Am stärksten stieg der Güterausstoß der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+21,4 Prozent). Ebenfalls im zweistelligen Bereich lagen die Zuwachsraten in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+15,9 Prozent), in der Herstellung von Metallerzeugnissen (+14,4 Prozent), von Papier, Pappe und Waren daraus (+12,7 Prozent) sowie von Gummi- und Kunststoffwaren (+12,4 Prozent).

Umsätze von Januar bis Mai 2011 und Beschäftigte im Mai 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Industrieumsätze bis Mai erneut deutlich über Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 Umsätze in Höhe von 34,6 Milliarden Euro. Dies waren 19,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +17,3 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 21,8 Prozent (Deutschland: +18,4 Prozent). Die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag damit bei 52,9 Prozent (Deutschland: 46,4 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 16,7 Prozent ebenfalls kräftig an (Deutschland: +16,4 Prozent).

Im Mai 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 243 323 Beschäftigte, das waren gut 6 200 bzw. 2,6 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: +2,8 Prozent). Von Januar bis Mai 2011 nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zu (+7,3 Prozent; Deutschland: +7,2 Prozent).

Die bedeutendsten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verzeichneten in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 bei den Umsätzen ausnahmslos zweistellige Zuwachsraten. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; hier betrug der Zuwachs 36,1 Prozent. Der Maschinenbau legte bei den Verkaufserlösen gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls beachtlich zu (+35,2 Prozent). Die Erlössteigerungen sind in beiden Wirtschaftszweigen vor allem auf

die überdurchschnittlich gestiegenen Auslandsumsätze (+56,3 bzw. 42 Prozent) zurückzuführen. Auch im Inlandsgeschäft konnten deutlich mehr Umsätze verbucht werden (+14,8 bzw. 24,5 Prozent). Ein höheres Umsatzvolumen verzeichnete auch die Metallerzeugung und -bearbeitung mit +27,5 Prozent, gefolgt von der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit +22,9 Prozent. Die übrigen sechs umsatzstärksten Branchen erzielten Steigerungsraten zwischen 16,3 Prozent (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen) und 11,7 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus).

Die stärksten Beschäftigungszuwächse gab es – wie schon in den Vormonaten – im Maschinenbau (+5,9 Prozent), in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+5,3 Prozent) sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen (+3 Prozent). Leichte Personalaufstockungen fanden in der chemischen Industrie (+1,9 Prozent), der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung (jeweils +1,8 Prozent) statt. In den anderen bedeutenden Branchen erhöhte sich der Personalstand geringfügig.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte Mai 2011 2005=100	Veränderung Mai 2011 zum Vorjahresmonat	Veränderung Mai 2011 zum Vormonat
Auftragseingang	134,9	15,1 % ↑	5,1 % ↑
Hochbau insgesamt	130,0	24,2 % ↑	8,6 % ↑
Wohnungsbau	180,7	99,8 % ↑	44,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	119,2	-7,9 % ↓	-11,7 % ↓
öffentlicher Hochbau	100,1	27,4 % ↑	10,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	139,4	8,3 % ↑	2,3 % ↑
gewerblicher Tiefbau	189,1	-2,0 % ↓	3,8 % ↑
öffentlicher Tiefbau	128,2	35,4 % ↑	3,0 % ↑
Straßenbau	131,3	1,1 % ↗	1,1 % ↗
Baugewerblicher Umsatz	130,9	8,1 % ↑	11,0 % ↑
Hochbau insgesamt	117,7	5,0 % ↑	0,6 % ↗
Wohnungsbau	143,7	29,9 % ↑	21,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	114,7	-3,5 % ↓	-16,1 % ↓
öffentlicher Hochbau	99,0	-4,1 % ↓	14,3 % ↑
Tiefbau insgesamt	143,8	10,8 % ↑	21,0 % ↑
gewerblicher Tiefbau	170,6	8,5 % ↑	7,0 % ↑
öffentlicher Tiefbau	121,9	15,2 % ↑	21,8 % ↑
Straßenbau	148,5	9,5 % ↑	27,1 % ↑

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen im Vorjahresvergleich

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Mai 2011 gegenüber dem Vorjahr um 15,1 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem leichten Rückgang im Vormonat wieder zu einer deutlichen Verbesserung der Auftragslage. Im Vergleich zum Mai 2010 stieg die Nachfrage im Hochbau um 24,2 Prozent. Im Tiefbau war ein Plus von 8,3 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es hingegen deutliche Unterschiede. Im Wohnungsbau ergab sich eine Verdoppelung der Auftragseingänge (+99,8 Prozent). Dieser Anstieg ist allerdings zum einen auf die positive Entwicklung in nur wenigen Betrieben zurückzuführen. Zum anderen fiel das Auftragsniveau im Mai 2010 im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlich aus. Im öffentlichen Tiefbau (+35,4 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau (+27,4 Prozent) kam es ebenfalls zu deutlichen Nachfragesteigerungen. Sinkende Auftragseingänge wurden dagegen im gewerblichen Hochbau (–7,9 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (–2 Prozent) festgestellt. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Auch im Vormonatsvergleich verbesserte sich die Nachfrage nach Bauleistungen (+5,1 Prozent). Während der Hochbau gegenüber April eine Verbesserung um 8,6 Prozent verzeichnete, wurde im Tiefbau nur ein Auftragsplus von 2,3 Prozent registriert. Wie auch im Vorjahresvergleich stieg

die Nachfrage im Wohnungsbau mit +44,7 Prozent am kräftigsten. Zudem meldete der öffentliche Hochbau (+10,4 Prozent) überdurchschnittliche Auftragszuwächse. In den Bereichen des Tiefbaus kam es überall zu leichten Verbesserungen. Lediglich im gewerblichen Hochbau (–11,7 Prozent) gab es ein geringeres Auftragsvolumen als im Vormonat.

Der baugewerbliche Umsatz stieg im Mai 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,1 Prozent auf fast 248 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze gegenüber Mai 2010 auf mehr als 110 Millionen Euro (+5 Prozent), im Tiefbau kam es sogar zu einem Anstieg um 10,8 Prozent auf mehr als 137 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es im Wohnungsbau (+29,9 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+15,2 Prozent) die höchsten Umsatzsteigerungen. Dagegen hatten der öffentliche Hochbau (–4,1 Prozent) sowie der gewerbliche Hochbau (–3,5 Prozent) Umsatzrückgänge zu verkraften.

Gegenüber dem Vormonat ergab sich im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Mai 2011 ein Umsatzanstieg um elf Prozent. Im Vergleich zum April verzeichnete der Tiefbau einen kräftigen Umsatzzuwachs von 21 Prozent; im Hochbau belief sich dagegen das Plus lediglich auf 0,6 Prozent. Die stärksten Verbesserungen waren im Straßenbau (+27,1 Prozent), im öffentlichen Tiefbau (+21,8 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+21,2 Prozent) zu verzeichnen. Lediglich im gewerblichen Hochbau (–16,1 Prozent) wurden niedrigere Umsätze als im Vormonat erwirtschaftet.

Wirtschaftsleistung sank im Krisenjahr in den Verwaltungsbezirken teilweise deutlich

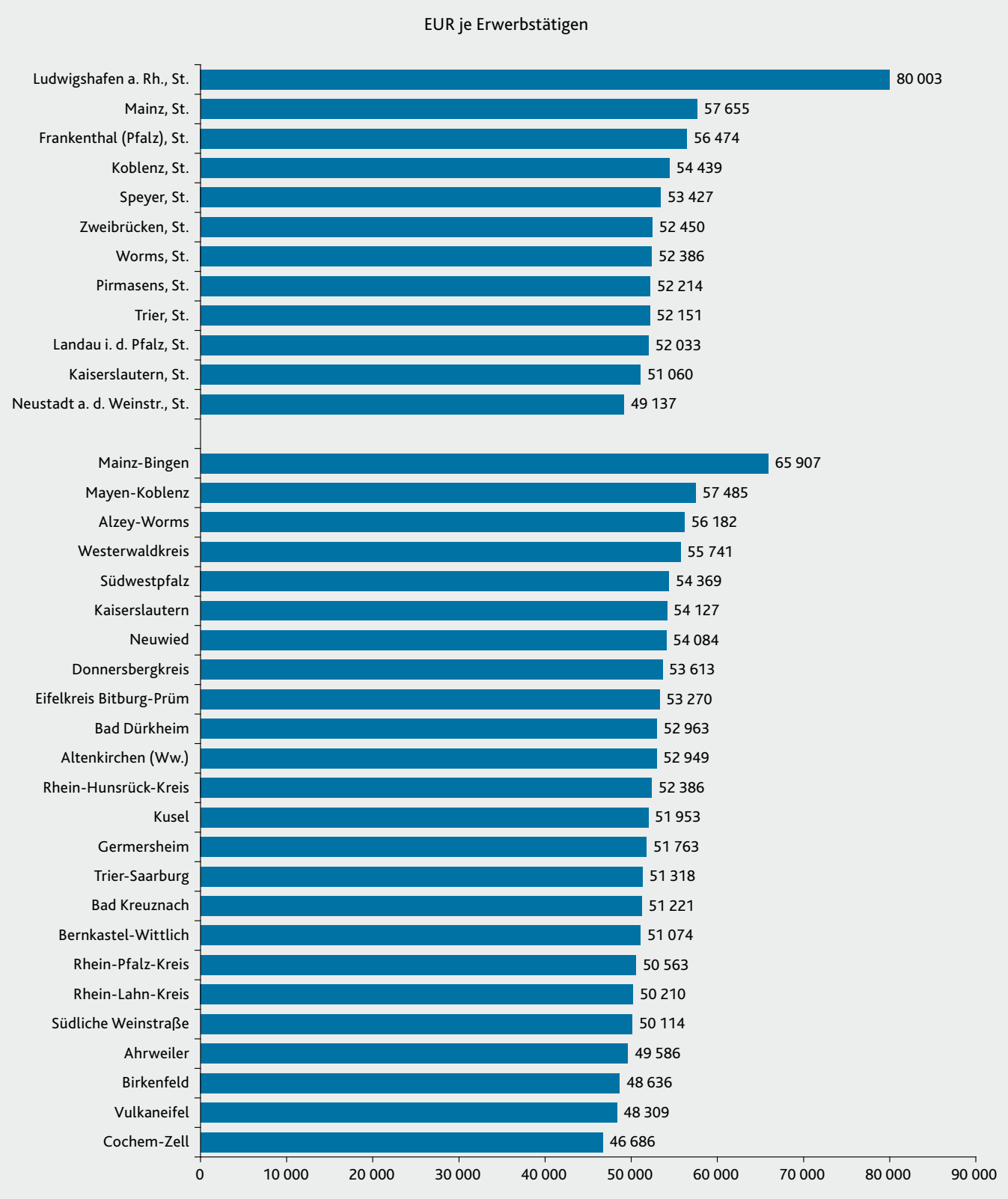
Im Jahr 2009 – dem Jahr mit dem stärksten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – ist die Wirtschaftsleistung in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten gesunken. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sank in den Landkreisen mit –3,6 Prozent etwas stärker als in den kreisfreien Städten mit –3,1 Prozent. Die höchsten Rückgänge verzeichneten die Regionen, in denen das verarbeitende Gewerbe ein großes Gewicht hat, weil dieser Bereich am härtesten von der Wirtschaftskrise betroffen war. Im Landkreis Germersheim sank die Wirtschaftsleistung um 17 Prozent, in der kreisfreien Stadt Zweibrücken um 14 Prozent. Auch in Ludwigshafen (–8,5 Prozent) und Frankenthal (–8,2 Prozent) schrumpfte die Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich stark. In einigen Regionen mit einem hohen Anteil der Dienstleistungsbereiche stieg das nominale Bruttoinlandsprodukt dagegen leicht an. Dazu zählen die Städte Mainz (+1,6 Prozent) und Neustadt an der Weinstraße (+0,9 Prozent) sowie der Landkreis Alzey-Worms (+1,4 Prozent).

Vom gesamten rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt, das im Jahr 2009 nominal 102,1 Milliarden Euro erreichte, wurden gut 60 Prozent in den Landkreisen und knapp 40 Prozent in den kreisfreien Städten erstellt. Die wirtschaftsstärksten Verwaltungsbezirke waren die kreisfreien Städte Ludwigshafen, Mainz und Koblenz; dort wurden zusammen rund 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes erwirtschaftet. Stärkste Landkreise waren der Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz, Mainz-Bingen und Neuwied, auf die zusammen rund 18 Prozent des Landeswertes entfielen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen sank im Jahr 2009 ebenfalls spürbar (–3,2 Prozent). Die Landkreise erreichten mit 53 351 Euro einen deutlich niedrigeren Wert als die kreisfreien Städte mit 58 055 Euro. Der Durchschnitt der Städte wurde maßgeblich von Ludwigshafen bestimmt; dort lag die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit 80 003 Euro rund 45 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Landkreisen wies Mainz-Bingen mit 65 907 Euro auf. Auf weniger als 50 000 Euro belief sich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Neustadt an der Weinstraße sowie in den Landkreisen Ahrweiler, Birkenfeld, Cochem-Zell und Vulkaneifel.

Durch den starken Einbruch der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes sank der Anteil dieses Bereichs an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2009 von gut 25 auf 21 Prozent. Dagegen trugen die Dienstleistungsbereiche im Jahr

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2009 nach Verwaltungsbezirken



2009 mit Ausnahme von Ludwigshafen in allen Gebieten mindestens die Hälfte der gesamten Wertschöpfung bei. In der Stadt Ludwigshafen sank der Anteil von knapp 60 auf 55 Prozent und im Landkreis Germersheim von 49 auf 37 Prozent. In den Städten Koblenz, Mainz, Neustadt an der Weinstraße und Landau in der Pfalz sowie im Landkreis Cochem-Zell lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei 80 Prozent oder mehr.

Im Handwerk erstmals Registerauswertung statt Zählung und Fragebogen

Die rund 30 500 Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2008 Umsätze in Höhe von knapp 24 Milliarden Euro und boten 242 000 Menschen Arbeit, darunter 172 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Damit wurden elf Prozent aller rheinland-pfälzischen Umsätze durch das Handwerk erwirtschaftet; bezogen auf die insgesamt in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig Beschäftigten belief sich der Beschäftigtenanteil des Handwerks auf 14,3 Prozent. Erstmals wurden jetzt Strukturdaten für das Handwerk aus dem Unternehmensregister ermittelt. Da für die Auswertung Verwaltungsdaten der Finanz- und Arbeitsverwaltung genutzt wurden, mussten die Handwerker für diese Statistik keinen Fragebogen ausfüllen. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Entlastung vor allem kleinerer Betriebe von Berichtspflichten. Mit traditionellen Handwerkszählungen wurden früher mit hohem Aufwand in 10- bis 15-jährigen Abständen Strukturmerkmale für alle Handwerksunternehmen ermittelt. In die letzte Handwerkszählung waren im Jahr 1995 in Rheinland-Pfalz 30 200 Unternehmen einbezogen.

Die jetzt bundesweit abgeschlossene Registerauswertung für das Jahr 2008 bezieht selbstständige Handwerksunternehmen ab einem Jahresumsatz von 17 500 Euro ein. Von den 30 478 Handwerksunternehmen waren 26 779 zulassungspflichtig und 3 699 zulassungsfrei. Im zulassungspflichtigen Handwerk waren Ende 2008 insgesamt 209 513 Personen tätig. Zu diesem Personenkreis zählen neben den Beschäftigten auch die tätigen Inhaber. Der jährliche Umsatz belief sich dort auf 22,1 Milliarden Euro. Das zulassungsfreie Handwerk beschäftigte 32 576 Personen und erwirtschaftete 1,6 Milliarden Euro Umsatz.

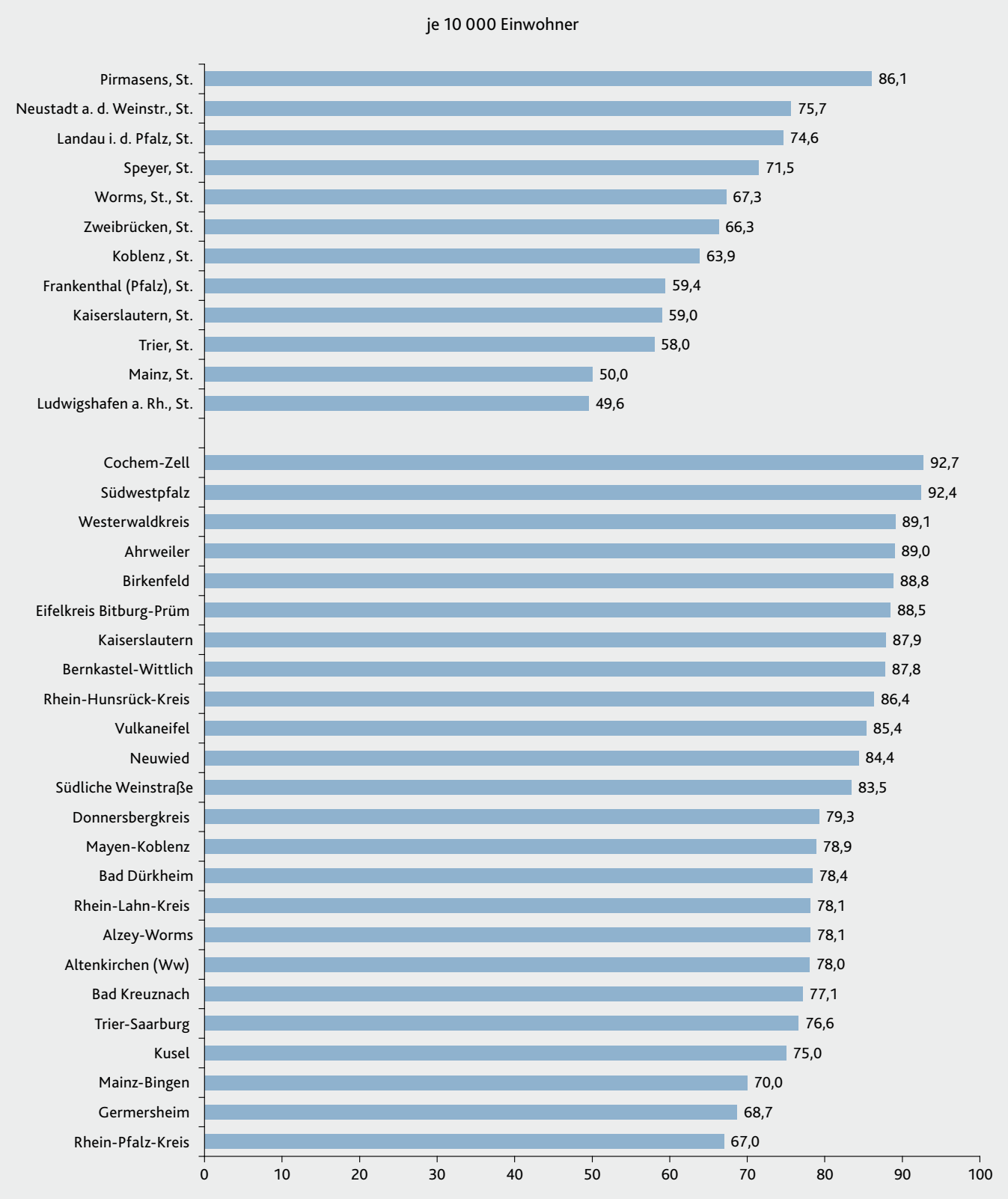
Das Handwerk ist vor allem durch viele kleine Unternehmen gekennzeichnet. Weniger als fünf tätige Personen weisen 58 Prozent der zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen aus. In diesen Unternehmen arbeiten 15,8 Prozent aller im rheinland-pfälzischen Handwerk tätigen Inhaber und Arbeitnehmer. Der Anteil der Unternehmen mit 50 und mehr Aktiven liegt bei 1,6 Prozent. Im zulassungsfreien Handwerk beläuft sich der Anteil der kleinen Unternehmen auf rund 75 Prozent. Die zulassungsfreien Unternehmen mit 50 und mehr Personen machen drei Prozent aus; sie vereinen 57 Prozent aller tätigen Personen auf sich.

Mit 58 842 tätigen Personen stellte das Ausbaugewerbe die stärkste Gewerbegruppe im zulassungspflichtigen Handwerk dar. Auf den nächsten Plätzen folgten das Bauhauptgewerbe mit 35 381, das Lebensmittelgewerbe mit 34 270 und das Handwerk für den gewerblichen Bedarf mit 28 270 Tätigen. Im Ranking der Handwerksberufe standen die Kraftfahrzeugtechniker mit 25 516 Personen auf Platz eins, gefolgt von den Bäckern (21 865), den Elektrotechnikern (18 732) und den Maurern bzw. Betonbauern (17 639).

In den verschiedenen Gewerbezweigen des zulassungspflichtigen Handwerks fällt der Anteil der gering entlohnt Beschäftigten an den tätigen Personen sehr unterschiedlich aus. Während im Lebensmittelgewerbe 34,2 Prozent gering entlohnt werden, ist im Ausbaugewerbe lediglich ein Wert von 19,1 Prozent zu verzeichnen. Zum Ausbaugewerbe zählen beispielsweise Elektrotechniker, Installateure.

Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt es die meisten Handwerksunternehmen im Kammerbezirk Trier. Auf 10 000 Einwohner kommen dort rund 79 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Pfalz sind es 72, im Kammerbezirk Koblenz 68 und im Kammerbezirk Rheinhessen 65. Die in Bezug zur Einwohnerzahl meisten tätigen Personen hat das Handwerk mit 724 je 10 000 Einwohner im Bezirk Trier, gefolgt vom Bezirk Koblenz mit 652. Im Kammerbezirk Pfalz kommen auf 10 000 Einwohner 554 in Handwerksunternehmen tätige Personen, im Bezirk Rheinhessen sind es 480.

Handwerksunternehmen 2008 nach Verwaltungsbezirken



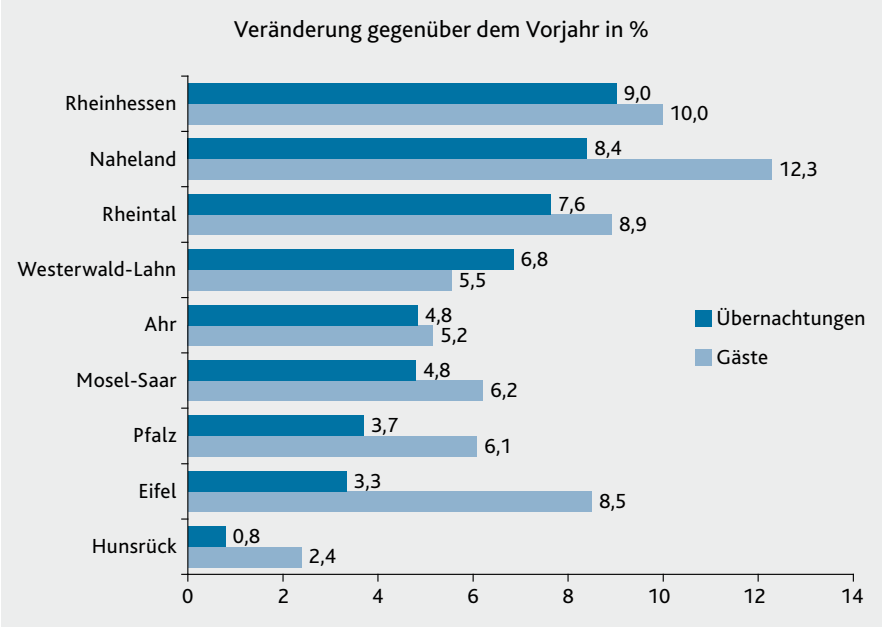
Gäste- und Übernachtungsplus im rheinland-pfälzischen Tourismus

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche verbuchte in den ersten vier Monaten des Jahres 2011 ein deutliches Gäste- und Übernachtungsplus. Nach vorläufigen Berechnungen übernachteten 1,9 Millionen Gäste im Land, das waren 7,2 Prozent mehr als von Januar bis April 2010. Gleichzeitig stieg die Zahl der Übernachtungen um 5,2 Prozent auf 4,98 Millionen. Im Monat April wurden knapp 684 000 Gäste gezählt, das waren 9,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 8,1 Prozent auf 1,8 Millionen.

Knapp 1,5 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz in den ersten vier Monaten des Jahres, das waren 7,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste erhöhte sich um 5,2 Prozent auf 3,99 Millionen. Auch aus dem Ausland kamen mehr Gäste nach Rheinland-Pfalz (+400 000 bzw. +6,3 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen erhöhte sich um 5,4 Prozent auf 990 000.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer mit Abstand die größte Gruppe. Auf sie entfielen 354 000 Übernachtungen (+18 000 bzw. +5,3 Prozent). Auf Rang zwei lagen die Gäste aus Belgien mit 190 000 Übernachtungen (+17 000 bzw. +9,9 Prozent). An dritter Stelle folgten die Gäste aus den USA, die knapp 99 000 Übernachtungen buchten. Das war gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Rückgang um knapp 8 000 (–7,4 Prozent).

Gäste und Übernachtungen von Januar bis April 2011 nach Tourismusregionen



Von dem kräftigen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen profitierten die Beherbergungsbetriebe in allen rheinland-pfälzischen Tourismusregionen. Die Anbieter im Naheland und in Rheinhessen verbuchten sogar zweistellige Zuwachsraten bei den Gästezahlen (+12,3 bzw. +10 Prozent). Lediglich im Hunsrück blieb das Gästeplus mit +2,4 Prozent unterhalb der Fünf-Prozentmarke. Etwas schwächer fiel jeweils der Anstieg bei den Übernachtungen aus. Aber auch hier verzeichneten vier von neun Tourismusregionen Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent. Den Spitzenplatz nahm Rheinhessen mit einem Übernachtungsplus von neun Prozent ein, gefolgt vom Naheland mit 8,4 Prozent. Im Hunsrück fiel die Zunahme der Übernachtungszahlen mit +0,8 Prozent am schwächsten aus.

Die meisten touristischen Betriebsarten konnten an der positiven Entwicklung partizipieren. Die stärkste Zunahme verbuchten die Hotels mit einer Erhöhung der Übernachtungszahlen um zehn Prozent. Dies dürfte unter anderem auf die gestiegene Zahl von Geschäftsreisenden aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen sein. Ähnlich positiv fiel das Ergebnis der Gasthöfe mit einem Übernachtungsplus von 9,3 Prozent aus. An dritter Stelle folgten die Ferienzentren (+6,9 Prozent). Lediglich die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken verzeichneten einen leichten Rückgang der Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,7 Prozent.

Anbau von Sommergerste und Silomais ausgeweitet

Sommergerste wieder vor Winterraps

Sommergerste wies im letzten Jahr erstmals eine kleinere Anbaufläche auf als Winterraps. In diesem Jahr liegt sie im Ranking der Anbauflächen mit 44 500 Hektar (+8,4 Prozent) wieder vor dem Winterraps. Dieser wird aktuell von 43 900 Hektar (–4,1 Prozent) geerntet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des kalten und schneearmen Winters mehr Winterrapsflächen umgebrochen werden mussten als in den Vorjahren. Diese Flächen wurden mit Sommergerste und Silomais oder anderen Früchten bestellt, die erst im Frühjahr ausgesät werden. Sommergerste dürfte aber auch von dem knappen Angebot der letzten Jahre profitiert haben; die Mälzereien sind offensichtlich wieder bereit, höhere Erlöse zu zahlen.

Die nach wie vor wichtigste Getreideart ist Winterweizen. Seine Anbaufläche wurde um 2,3 Prozent auf 113 000 Hektar eingeschränkt. Damit ging der Anteil an der gesamten Getreidefläche (238 600 Hektar) geringfügig auf 47 Prozent zurück. Größere Anbaubedeutung kommt noch den Getreidearten Wintergerste (34 900 Hektar; –2,1 Prozent), Triticale (16 400 Hektar; –4,2 Prozent), Roggen einschließlich Wintermenggetreide (10 700 Hektar; –4,7 Prozent) und Körnermais (9 200 Hektar; +3,9 Prozent) zu.

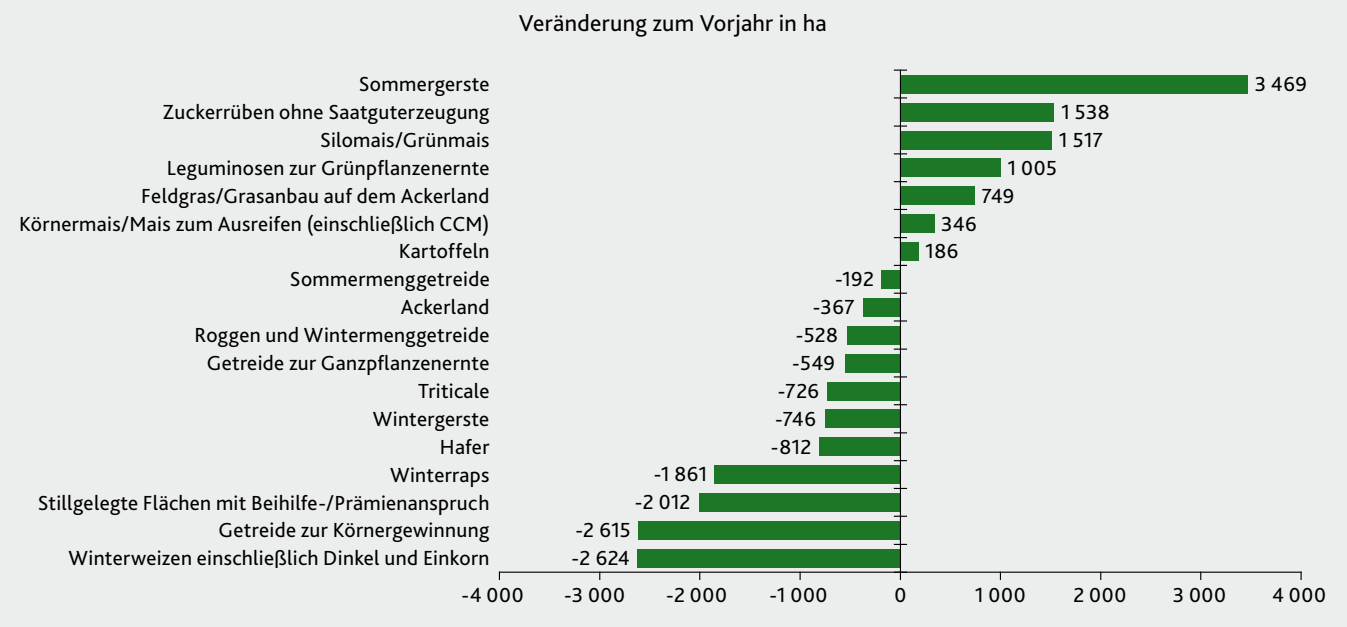
Neben der Sommergerste nahm auch die Anbaufläche von Silomais zu. Hier war ein Anstieg um 5,2 Prozent auf 30 400 Hektar zu verzeichnen. Dies ist insbesondere in dem Bau weiterer Biogasanlagen begründet. Aufgrund der hohen Methanausbeute ist Silomais der wichtigste Einsatzstoff in diesen Anlagen. Vor dem gleichen Hintergrund ist die Ausweitung der Anbauflächen für Feldgras und Leguminosen (Hülsenfrüchtlern) zur Ganzpflanzenernte zu sehen. Sie werden zwischenzeitlich auf 15 300 bzw. 9 500 Hektar angebaut (+5,1 bzw. +12 Prozent).

Die Zuckerrübenfläche wurde um 8,5 Prozent auf 19 600 Hektar ausgeweitet, während der Kartoffelanbau mit 7 800 Hektar (+2,5 Prozent) im Umfang nur leicht zunahm.

Rinder- und Schweinebestände weiter verringert

In Rheinland-Pfalz setzt sich der seit Jahren zu beobachtende Abbau der Rinder- und Schweinebestände wei-

Ausgewählte landwirtschaftliche Fruchtarten 2011



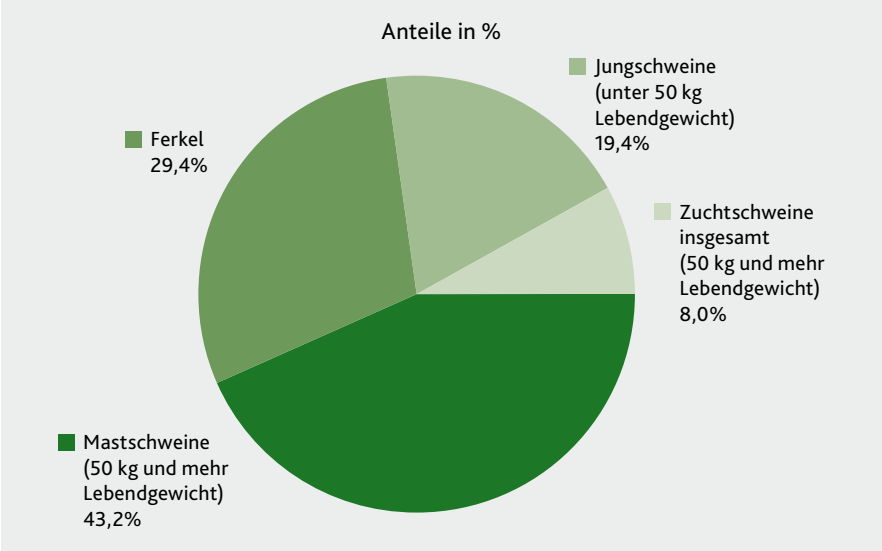
ter fort. Zum Stichtag 3. Mai wurden 367 200 Rinder gezählt, das waren 2,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Bestand an Schweinen ging im Vergleich zum Mai 2010 um 2,5 Prozent auf 237 400 Tiere zurück.

In der Rinderhaltung kommt den Milchkühen die größte Bedeutung zu. Mit rund 118 200 Tieren stellen sie etwa ein Drittel des Bestandes. Ferner wurden 192 400 weitere weibliche Rinder sowie 56 500 männliche Rinder gezählt. Während der Milchkuhbestand sich binnen Jahresfrist kaum veränderte, nahmen die übrigen Rinderbestände um 3,9 Prozent ab.

In der Schweinehaltung wiesen die Bestände an Jungschweinen mit –8,7 Prozent den größten Rückgang auf. Anfang Mai wurden noch 48 400 Tiere gehalten. Es folgten die Zuchtschweine (18 700 Tiere), bei denen eine Abnahme von 4,9 Prozent zu verzeichnen war. Der Mastschweinebestand schrumpfte um 2,9 Prozent auf 101 300 Tiere. Eine Zunahme um 3,8 Prozent auf 68 900 Tiere war dagegen bei den Ferkelbeständen zu verzeichnen.

Die Rinderhaltung konzentriert sich vor allem auf die Eifel, besonders auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm. Hier stehen 27 Prozent des rheinland-pfälzischen Rinderbestandes. Es folgen die Landkreise Vulkaneifel (8,5 Prozent) und Bernkastel-Wittlich (6,7 Prozent) sowie der Westerwaldkreis (6,6 Prozent). Wenige Rinder sind dagegen in einigen der südlichen Landkreise zu finden. Rinderbestände von weniger als 600 Tieren weisen der Rhein-

Schweinebestand am 3. Mai 2011 nach Kategorien



Pfalz-Kreis sowie die Landkreise Bad Dürkheim und Alzey-Worms auf. Bei der Ermittlung der Schweinebestände handelt es sich um eine Stichprobenerhebung, deren Ergebnis nicht regionalisiert werden kann. Die Daten zur Rinderhaltung stammen aus dem Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier).

Landwirtschaftliche Grundstücke teurer

Die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke lagen in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr 4,3 Prozent über dem Niveau des Jahres 2009. Im Jahr 2010 wurde für einen Hektar ein durchschnittlicher Kaufpreis von rund 10 000 Euro erzielt, wobei Ackerland im Schnitt für 12 200 Euro, Grünland für 6 800 Euro je Hektar gehandelt wurde. Insgesamt wechselten 5 158 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 4 029 Hektar für 39,6 Millionen Euro den Eigentümer. Die Zahl der Verkäufe lag damit annährend auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Kaufpreis von landwirtschaftlichen Grundstücken wird neben der Nutzungsart und der Lage des Grundstücks auch durch die Bodengüte bestimmt. So wurden für einen Hektar guten Ackerlandes (Ertragsmesszahl von 60 und mehr je Ar) im Schnitt 21 100 Euro bezahlt, während Grünland gleicher Bodengüte mit durchschnittlich 13 000 Euro gehandelt wurde. Lag die Ertragsmesszahl zwischen 50 und 60, errechnet sich für das Ackerland ein mittlerer Kaufwert von 13 700 Euro, für Grünland betrug er 8 100 Euro. Bei Flächen mit schlechter Bodengüte (unter 30) wurden für das Ackerland im Durchschnitt 8 400 Euro und für Grünland 6 300 Euro je Hektar erzielt.

Unter den Landkreisen wurden die höchsten Kaufwerte je Hektar im

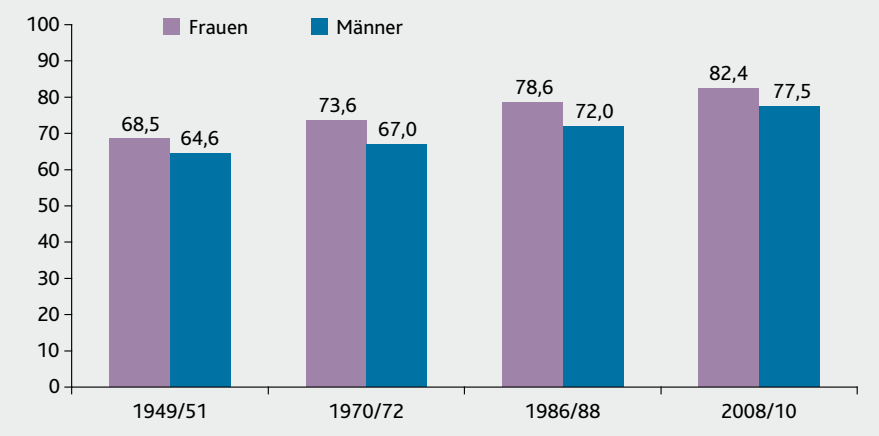
Rhein-Pfalz-Kreis (29 400 Euro), sowie in den Kreisen Bad Dürkheim (23 600 Euro) und Mainz-Bingen (21 700 Euro) ermittelt. Die niedrigsten Durchschnittswerte wiesen die Landkreise Kusel (4 300 Euro) und Birkenfeld (4 500 Euro) auf.

Bevölkerungszahl sinkt unter vier Millionen

Die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ist im März dieses Jahres unter vier Millionen gesunken. Ende März hatten 3 999 617 Menschen ihren Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz, Ende des Jahres 2010 waren es noch 4 003 745. Der negative Trend in der Bevölkerungsentwicklung hat sich damit in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt. Von Januar bis März erblickten 6 755 Kinder das Licht der Welt, die Zahl der Sterbefälle war mit 11 244 jedoch weitaus höher. Während 60 441 Menschen in dieser Zeit nach Rheinland-Pfalz zogen, gab es 60 098 Fortzüge. Hieraus errechnete sich zwar ein leicht positiver Wanderungssaldo (343), der jedoch nicht ausreichte, um den Gestorbenenüberschuss auszugleichen.

In den Jahren 1987 bis 2004 ist die Bevölkerungszahl stetig gewachsen, Die Vier-Millionen-Grenze wurde im Jahr 1996 überschritten und Ende 2004 war mit 4 061 105 Menschen die höchste Bevölkerungszahl in der Geschichte des Landes zu verzeichnen. Seither weist die Bevölkerungsentwicklung einen rückläufigen Trend auf.

Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2008/10



Lebenserwartung steigt immer weiter

Die Lebenserwartung der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich weiter erhöht. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens beträgt nunmehr 82,4 Jahre und die eines neugeborenen Jungen 77,5 Jahre.

Der langfristige Trend einer zunehmenden Lebenserwartung setzte sich damit fort. Anfang der 50er-Jahre lag die Lebenserwartung bei der Geburt für das weibliche Geschlecht noch bei weniger als 69 Jahren, zu Beginn der 70er-Jahre aber schon bei 74 Jahren. Die Lebenserwartung eines Jungen ist stets deutlich niedriger gewesen. So hatte ein Neugeborener zu Beginn der 50er-Jahre im Durchschnitt nur 65 Lebensjahre zu erwarten, in den frühen 70er-Jahren waren es 67 Jahre.

Aber nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener, sondern auch die älterer Menschen hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich erhöht. Ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, kann sich noch auf durchschnittlich mehr als 17 Jahre im Ruhestand freuen, bei einer Frau dieses Alters sind es sogar über 20 Jahre. Gegenüber 1970 sind dies bei den Männern viereinhalb und bei den Frauen fünf Jahre mehr.

Auch im hohen Alter steigt die Lebenserwartung. So kann im Durchschnitt ein Mann, der schon seinen 80. Geburtstag erleben durfte, noch mit fast acht weiteren Lebensjahren rechnen; bei einer Frau sind es sogar nahezu neun Jahre.

Bei allen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte, die im Einzelfall, beispielsweise bei besonders riskanter Lebensweise oder bei schwerer

Hinweis

Ausführliche Informationen über die Entwicklung der Bevölkerungszahl im Jahr 2010 finden Sie ab Seite 706 in diesem Heft.

Krankheit, durchaus niedriger ausfallen können. Andererseits wird eine bewusst gesunde Lebensweise auch ein deutliches Überschreiten dieser Werte ermöglichen. So weist die Statistik für das Ende des Jahres 2010 im Lande fast 23 000 über 90-jährige Frauen und immerhin noch rund 9 500 Männer dieses Alters aus.

Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt, dass die Lebenserwartung in Rheinland-Pfalz etwa der des Bundesdurchschnitts entspricht. Unter den Ländern der Europäischen Union weisen Spanien, Schweden und Frankreich die höchsten Lebenserwartungen auf. Weltweit liegt Japan an der Spitze; Kinder, die dort im Jahr 2008 zur Welt kamen, hatten eine Lebenserwartung von mehr als 79 (Jungen) bzw. 86 Jahren (Mädchen).

Fast 36 000 Menschen bekommen staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung

Ende 2010 erhielten in Rheinland-Pfalz 35 719 Menschen staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Damit ist deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 1 454 bzw. 4,2 Prozent gestiegen. Fünf Jahre zuvor gab es 30 325 Empfängerinnen und Empfänger und im Jahr 2003, dem Jahr der Einführung dieser sozialen Leistung, waren es erst 23 397.

Personen, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt zu sichern, haben Anspruch auf Grundsicherung, wenn sie entweder das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zwischen 18 und 65 Jahre alt und in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind. Diese soziale Leistung wurde in erster Linie mit dem Ziel eingeführt, der sogenannten verschämten Armut entgegenzuwirken. Vor allem ältere Menschen machten Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, da sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchteten. Bei der Grundsicherung werden Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Die Leistungen wurden im Jahr 2010 in 48,6 Prozent der Fälle von Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren wegen dauerhafter Erwerbsminderung in Anspruch genommen. Bei 51,4 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter wurden hauptsächlich Frauen gewährt (66,7 Prozent), während Leistungen wegen Erwerbsminderung etwas häufiger von Männern beansprucht wurden (54,1 Prozent).

Regional betrachtet zeigen sich große Unterschiede. In den Landkreisen waren im Durchschnitt neun Leistungsempfänger auf 1 000 Einwohner ab 18 Jahre zu verzeichnen, in den kreisfreien Städten hingegen 15,7. Die – relativ gesehen – meisten Empfängerinnen und Empfänger hatte mit 19,9 Personen je 1 000 Volljährige die Stadt Koblenz, den geringsten Wert mit 5,1 Leistungsbeziehern der Rhein-Pfalz-Kreis. Pro Einwohner ab 18 Jahre wurden in den kreisfreien Städten rechnerisch 83 Euro und in den Landkreisen 43 Euro aufgewendet. Die höchsten Ausgaben je volljährigen Einwohner musste mit 107 Euro die Stadt Trier tätigen, die niedrigsten waren mit 26 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis zu verzeichnen.

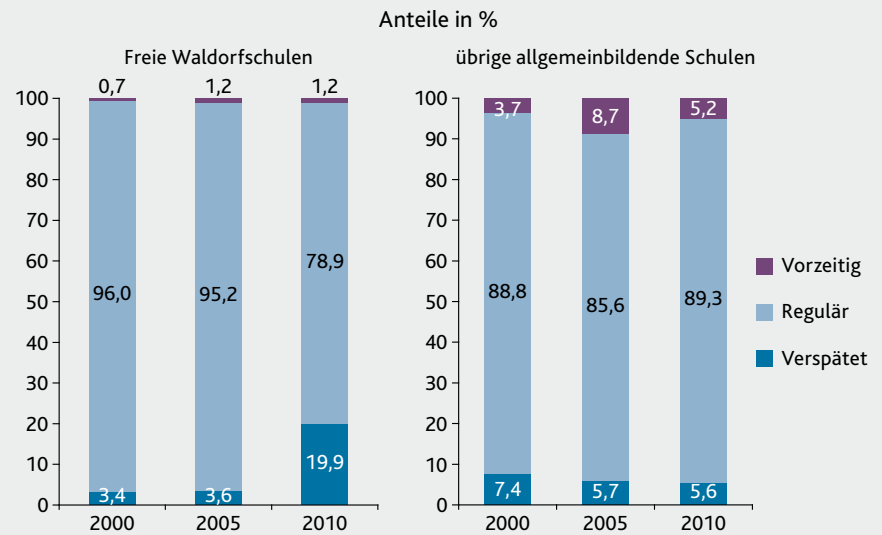
An Freien Waldorfschulen lernen 2 400 Kinder und Jugendliche

Die Freien Waldorfschulen in Rheinland-Pfalz erfreuen sich einer steigenden Nachfrage. Im laufenden Schuljahr besuchen 2 434 Schülerinnen und Schüler die neun Freien Waldorfschulen im Land. Das sind rund 300 bzw. gut 14 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. An den übrigen allgemeinbildenden Schulen verringerte sich die Schülerzahl dagegen im gleichen Zeitraum um 7,7 Prozent. Trotz des beachtlichen Schülerzuwachses bleibt der Anteil der Waldorfschülerinnen und -schüler an der Gesamtschülerschaft auch im Schuljahr 2010/11 mit 0,5 Prozent relativ gering.

Im Jahr 2010 wurden 166 Kinder an Freien Waldorfschulen eingeschult. Von diesen begannen 1,2 Prozent ihre Schullaufbahn vorzeitig, 20 Prozent verspätet und 79 Prozent regulär. Demgegenüber erfolgten an den übrigen allgemeinbildenden Schulen 5,2 Prozent der Einschulungen vorzeitig und lediglich 5,6 Prozent verspätet.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft an Freien Waldorfschulen unterscheidet sich teilweise von jener der übrigen allgemeinbildenden

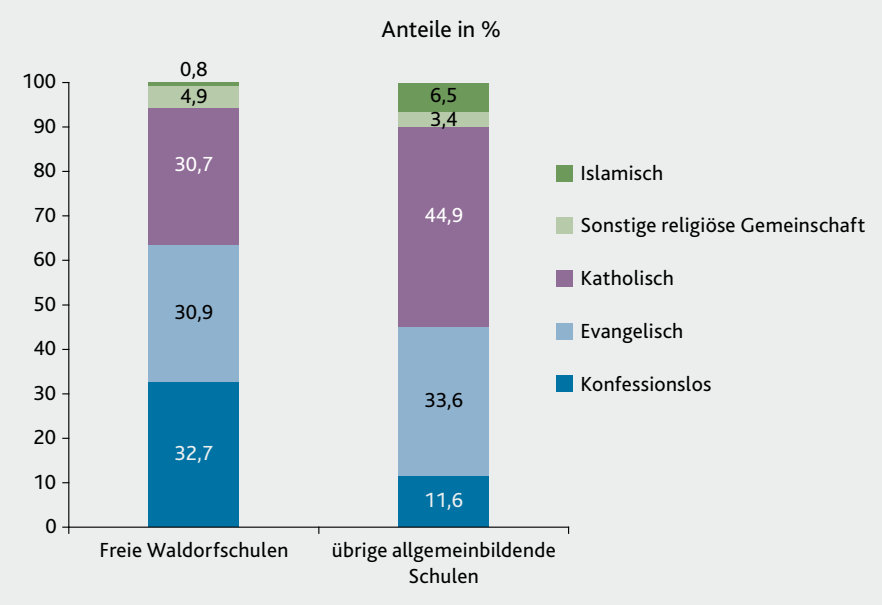
Einschulungen[1] an Freien Waldorfschulen und an übrigen allgemeinbildenden Schulen in den Jahren 2000–2010 nach Einschulungsart



1 Einschließlich Zurückgestellte.

Schulen. So lernen an Freien Waldorfschulen vergleichsweise wenige Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (1,7 Prozent). An den übrigen allgemeinbildenden Schulen liegt der Anteil bei 12,7 Prozent. Auch in Bezug auf die Religionszugehörigkeit gibt es Unterschiede. So ist etwa jede dritte Waldorfschülerin bzw. jeder dritte Waldorfschüler konfessionslos. An den übrigen allgemeinbildenden Schulen trifft dies nur auf jede Neunte bzw. jeden Neunten zu.

Schülerinnen und Schüler an Freien Waldorfschulen und an übrigen allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11 nach Religionszugehörigkeit



Grundsätzlich können an Freien Waldorfschulen alle allgemeinbildenden Abschlüsse – vom Hauptschulabschluss bis zur allgemeinen Hochschulreife – erlangt werden. Allerdings verlassen seit Jahren nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler die Freien Waldorfschulen, ohne mindestens den qualifizierten Sekundarabschluss I erlangt zu haben. Im Jahr 2010 hatten fast 51 Prozent der Schulentlassenen die allgemeine Hochschulreife, 6,9 Prozent den schulischen Teil der Fachhochschulreife und knapp 43 Prozent den qualifizierten Sekundarabschluss I erreicht. Mit Hauptschulabschluss oder ohne einen Schulabschluss ging im vergangenen Jahr keine Schülerin und kein Schüler ab.

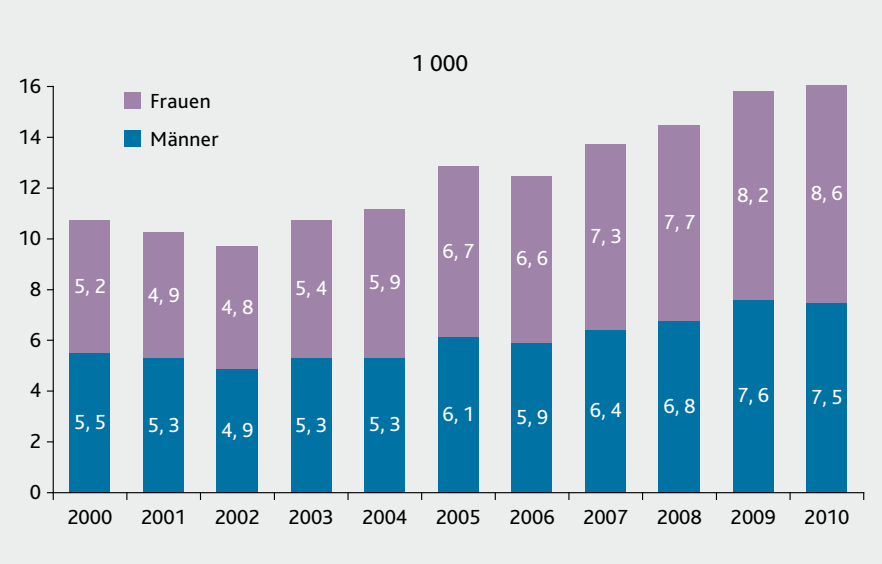
Freie Waldorfschulen sind Schulen in freier Trägerschaft, an denen nach den Grundsätzen der Lehren Rudolf Steiners (1861 bis 1925) unterrichtet wird. Freie Waldorfschulen werden wie andere private Schulen über staatliche Zuschüsse, Schulgeld und ggf. über Spenden finanziert.

Zahl der Bachelor- und Masterabschlüsse steigt

Im Prüfungsjahr 2010 schlossen in Rheinland-Pfalz 16 051 Personen ein Studium oder eine Promotion erfolgreich ab, das waren 254 mehr als im Vorjahr (+1,6 Prozent). Der Frauenanteil lag bei gut 53 Prozent.

Die Zunahme der Absolventenzahlen geht zu einem wesentlichen Teil auf das mit der Bologna-Reform eingeführte System aus Bachelor- und Masterstudiengängen zurück. Stu-

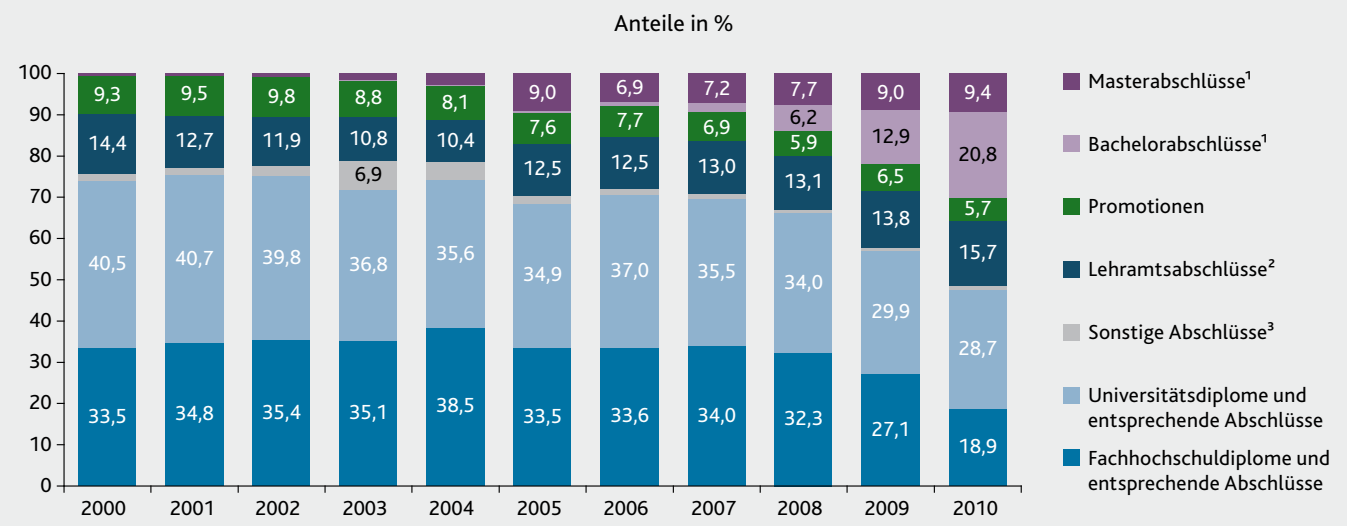
Bestandene Abschlussprüfungen an Hochschulen 2000–2010 nach Geschlecht



dierende, die in einem Zeitraum von üblicherweise fünf Jahren zunächst ein Bachelor- und im Anschluss daran ein Masterstudium erfolgreich abschließen, werden zweimal erfasst. Demgegenüber legen Absolventinnen und Absolventen von Diplomstudiengängen in derselben Zeit nur eine Abschlussprüfung ab und werden dementsprechend nur einmal gezählt. Die in den vergangenen Jahren erfolgten Umstellungen der Studiengänge führen zu einer anhaltenden Zunahme der Zahl der neuen Abschlüsse. Im Prüfungsjahr 2010 schlossen 3 335 Personen ein Bachelorstudium (ohne Lehramtsabschlüsse) ab. Das waren 1 297 mehr als im Vorjahr (+64 Prozent). Einen Masterabschluss erlangten 1 502 Studierende (+6,1 Prozent). Demgegenüber nahm insbesondere die Zahl der „klassischen" Fachhochschulabschlüsse, die beispielsweise zum Fachhochschuldiplom führen, merklich ab. Lediglich 3 026 solcher Abschlüsse wurden gezählt, das waren fast 30 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die meisten Abschlussprüfungen wurden, wie auch in den Vorjahren, erfolgreich in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bestanden (5 740), gefolgt von den Sprach- und Kulturwissenschaften (3 544), Mathematik und Naturwissenschaften (3 001) sowie den Inge-

Bestandene Abschlussprüfungen an Hochschulen 2000–2010 nach Abschlussarten



1 Ohne Lehramtsabschlüsse. – 2 Darunter erstmals im Prüfungsjahr 2010 Absolventen eines Bachelorstudienganges (135). – 3 Kirchenmusikprüfungen, Privatmusiklehrerprüfung, Zertifikatsabschlüsse.

nieurwissenschaften (2 039). Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen von sogenannten MINT-Fächern, also Fächern der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, lag im Prüfungsjahr 2010 bei 31,4 Prozent (Prüfungsjahr 2009: 29,2 Prozent).

Insbesondere durch die kürzere Regelstudienzeit der Bachelorstudiengänge verringert sich schrittweise auch das durchschnittliche Alter der Absolventinnen und Absolventen bei Erreichen des ersten Abschlusses. Im Prüfungsjahr 2010 lag es bei 27,1 Jahren und damit gut einen Monat niedriger als ein Jahr zuvor. Die mittlere Fachstudiendauer bis zum ersten Abschluss betrug 9,1 Semester. Im vorangegangenen Prüfungsjahr 2009 waren es noch 9,4 Semester.

Mehr Lehrpersonal an rheinland-pfälzischen Hochschulen

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen arbeitete zum Ende des Jahres 2010 mehr wissenschaftliches und künstlerisches Personal als je zuvor. Insgesamt 12 165 wissenschaftliche und künstlerische Kräfte waren an den 19 Hochschulen und an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz beschäftigt. Das waren 8,9 Prozent mehr als im Vorjahr und sogar 26,6 Prozent mehr als im Jahr 2005. Der Frauenanteil stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf nunmehr 36,1 Prozent.

Die Zuwächse bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten in den vergangenen Jahren gingen einher mit einem merklichen Anstieg der Teilzeitquote. Zum Ende des Jahres 2010 arbeiteten insgesamt 58,1 Prozent der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten in Teilzeit (7 071). Das waren 1,7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und 5,5 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2005.

Die Umrechnung in sogenannte Vollzeitäquivalente ermöglicht einen Vergleich der Personalkapazitäten der Hochschulen im Zeitverlauf. Die Arbeitszeit der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten entsprach im Jahr 2010 zusammen 7 451 Vollzeitstellen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von 6,8 Prozent, gegenüber dem Jahr 2005 sogar um 20,6 Prozent. Das Verhältnis von Studierenden je Vollzeit-Lehrperson (ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen) verbesserte sich von 18,6 im Jahr 2009 auf 18 im Jahr 2010 (2005: 19,1). Diese sogenannte Betreuungsrelation erhöhte sich trotz steigender Studierendenzahlen.

Neben dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen und in der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 10 993 Personen in der Verwaltung oder als technisches und sonstiges Personal tätig. Die Zahl dieser Beschäftigten lag um 3,2 Prozent über dem Vorjahreswert (+344). Der Frauenanteil betrug nahezu unverändert 71 Prozent.

Straßenverkehrsunfälle: Weniger Todesopfer, deutlich mehr Verletzte

Von Januar bis Mai verloren 69 Menschen ihr Leben bei Straßenverkehrsunfällen auf rheinland-pfälzischen Straßen. Nach vorläufigen Angaben waren dies neun weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten stieg hingegen um fast 29 Prozent auf 1 517 an. Leicht verletzt wurden 6 362 Unfallbeteiligte, was einem Anstieg von 12,2 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 52 838 Verkehrsunfälle, das waren 2,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Zensus 2011 aktuell

Große Bereitschaft für Teilnahme am Zensus 2011

Über den aktuellen Stand des Zensus 2011 informierte sich Mitte Juli die Staatssekretärin im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, Heike Raab, beim Statistischen Landesamt in Bad Ems. Dabei erörterte sie außerdem aktuelle Fragen der amtlichen Statistik.

„Ich freue mich über die große Bereitschaft der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger am Zensus 2011 mitzuwirken", sagte Raab. Präsident Jörg Berres berichtete, dass inzwischen zu 88 Prozent der an die Wohneigentümer im Land versendeten Fragebögen Rückmeldungen vorlägen. „Eine ähnlich positive Zwischenbilanz ist für die Haushaltebefragung festzustellen. Hierfür sind die kommunalen Erhebungsstellen im Land zuständig. Nach deren Einschätzung konnten knapp drei Wochen vor Ende der Befragungszeit gut drei Viertel der Interviews abgeschlossen werden", so Berres. Dabei hätten im Durchschnitt rund 80 Prozent der Befragten die Fragebögen gemeinsam mit den Interviewern ausgefüllt; 20 Prozent der Fragebögen wurden selbst ausgefüllt oder online beantwortet. Nur ein bis zwei Prozent der Befragten hätten angekündigt, die Teilnahme zu verweigern.

Raab und Berres dankten allen Bürgerinnen und Bürgern, die bereits an den Befragungen teilgenommen haben. Diejenigen, die noch nicht gemeldet haben, im Juni erinnert worden sind oder in den kommenden Tagen noch Fragebögen im Nachversand erhalten, wurden gebeten, die Angaben vollständig und möglichst zeitnah zu übermitteln. „Der Zensus ist von großer Bedeutung für die Kommunen, das Land und den Bund. Verlässliche amtliche Einwohnerzahlen sowie regionale Strukturdaten sind gerade angesichts des demografischen Wandels für Land und Kommunen wichtig, um Planungen zielgerichtet angehen zu können", sagte die Staatssekretärin. Sie betonte dabei auch die wichtige Rolle der Kommunen bei der Durchführung des Zensus und lobte den Einsatz der rund 5 600 ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten.

Bei ihrem Besuch in Bad Ems informierte sich Heike Raab außerdem über den laufenden Modernisierungsprozess in der amtlichen Statistik. Die seit Jahrzehnten praktizierte Arbeitsteilung zwischen den Statistischen Landesämtern im IT-Bereich soll auf weitere Statistiken ausgeweitet werden. Ziel ist eine effiziente zentrale Produktion und Datenhaltung im statistischen Verbund. Jedes Landesamt übernimmt also Produktion und Datenhaltung für eine Reihe von Statistiken für alle Länder, während bislang jedes Landesamt alle Arbeitsschritte selbst erledigte. Für die Durchführung der Erhebungen sowie die Auswertung der Daten bleibt weiterhin jedes Landesamt für das jeweilige Land zuständig. Die wissenschaftliche Auswertung und die nutzerfreundliche Aufbereitung der Daten sei ein wichtiges Ziel des Statistischen Landesamtes, erläuterte Präsident Berres. Der Effizienzsteigerung wie der Entlastung der Berichtspflichtigen dient der Ausbau der elektronischen Datenübermittlung, über die sich Raab ebenfalls informierte. Für die Wirtschaft ergäben sich durch die Online-Meldungen erhebliche Vereinfachungen.

Verbraucherpreise im Juli 2011

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz sind im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,4 Prozent gestiegen. Damit lag die Jahresteuerungsrate den sechsten Monat in Folge über der Zwei-Prozent-Marke.

Wie in den vergangenen Monaten haben die Preiserhöhungen bei der Energie wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. So verteuerten sich Kraftstoffe gegenüber Juli 2010 um 13 Prozent. Für Haushaltsenergie stiegen die Preise um 10,3 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) hätte die Jahresteuerungsrate lediglich bei 1,3 Prozent gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,1 Prozent. Erneut waren es Speisefette und -öle wie Butter (+10,4 Prozent) oder Margarine (+17,1 Prozent), die spürbar teurer wurden.

Erhebliche Preiserhöhungen waren auch bei Bohnenkaffee (+18,7 Prozent) zu beobachten.

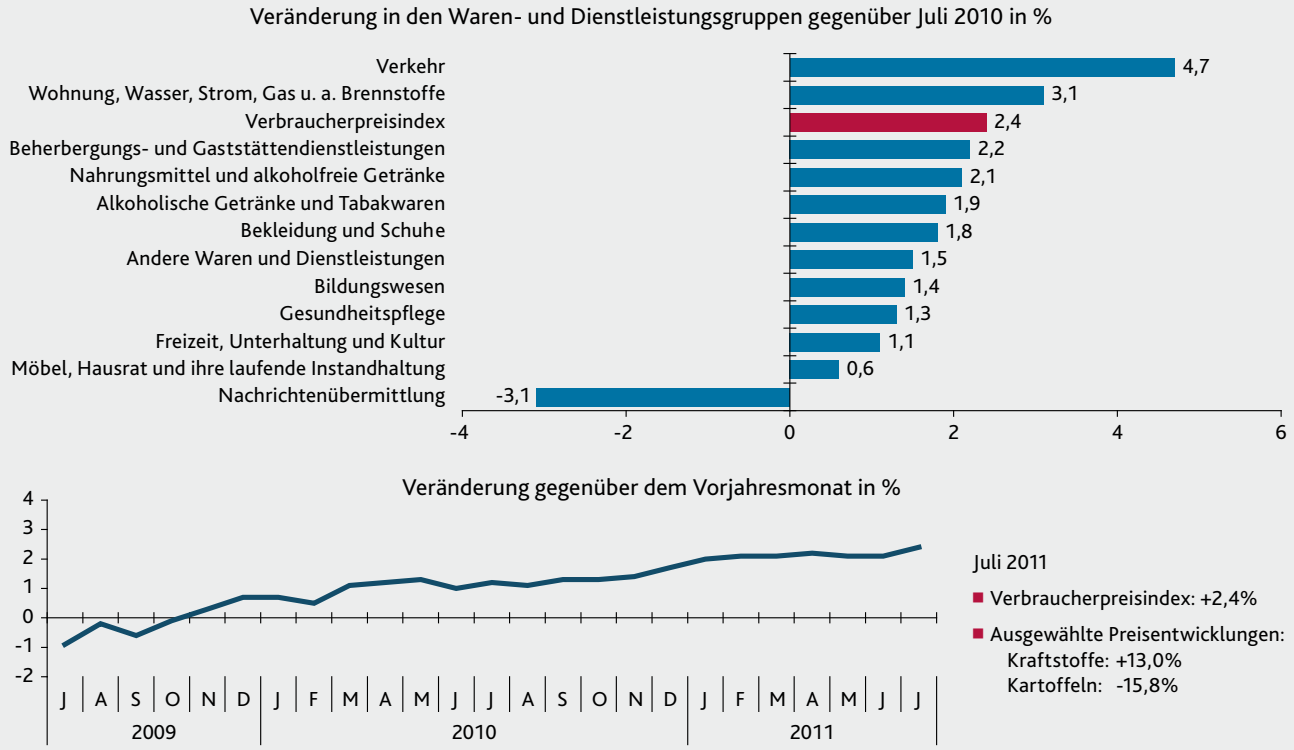
Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. Preiserhöhungen waren vor allem in den Hauptgruppen Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+2,4 Prozent) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+3,2 Prozent) festzustellen. Bestimmend für diese Entwicklung waren die saisonal bedingten Preissteigerungen für Pauschalreisen (+10,5 Prozent) sowie die höheren Mieten für Ferienwohnungen und -häuser (+30,1 Prozent). Preisrückgänge waren hingegen bei Bekleidung und Schuhen (–2,4 Prozent) zu verzeichnen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2011



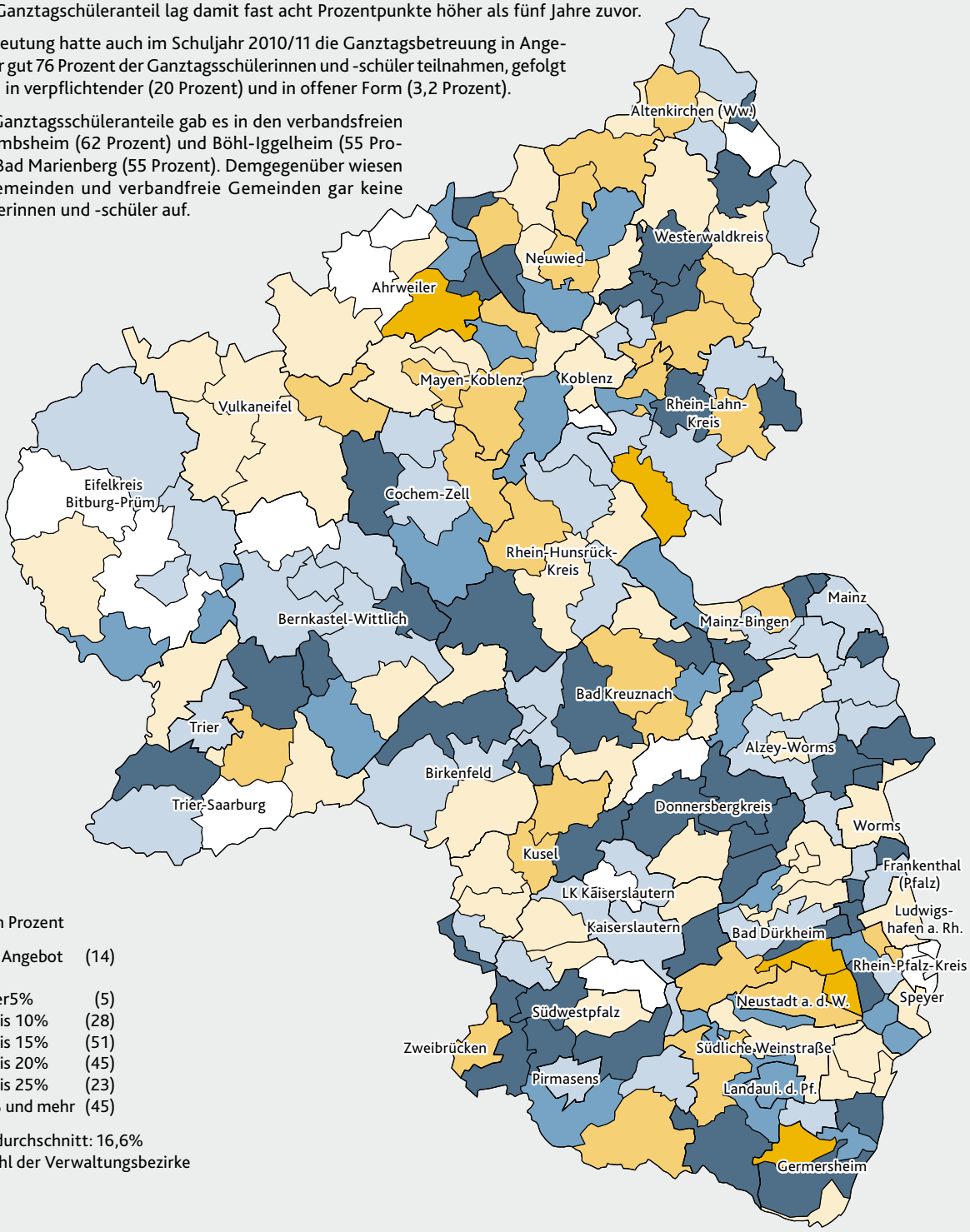
Schülerinnen und Schüler (am Schulstandort) mit Teilnahme am Ganztagsangebot im Schuljahr 2010/11 nach Verwaltungsbezirken

Immer mehr Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

Zu Beginn des Schuljahres 2010/11 nutzten fast 75 000 Schülerinnen und Schüler ein schulisches Ganztagsangebot. Das entspricht einem Anteil von knapp 17 Prozent an allen Schülerinnen und Schülern. Der Ganztagschüleranteil lag damit fast acht Prozentpunkte höher als fünf Jahre zuvor.

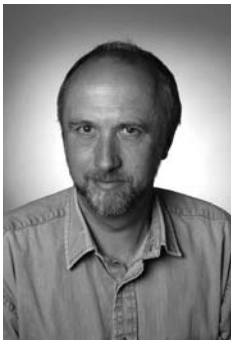
Die größte Bedeutung hatte auch im Schuljahr 2010/11 die Ganztagsbetreuung in Angebotsform an der gut 76 Prozent der Ganztagsschülerinnen und -schüler teilnahmen, gefolgt von Angeboten in verpflichtender (20 Prozent) und in offener Form (3,2 Prozent).

Die höchsten Ganztagsschüleranteile gab es in den verbandsfreien Gemeinden Lambsheim (62 Prozent) und Böhl-Iggelheim (55 Prozent) sowie in Bad Marienberg (55 Prozent). Demgegenüber wiesen 14 Verbandsgemeinden und verbandfreie Gemeinden gar keine Ganztagsschülerinnen und -schüler auf.



Bevölkerung 2010

Nur noch knapp über vier Millionen Einwohner



Von Günter Ickler

Am 31. Dezember 2010 lebten 4 003 745 Menschen in Rheinland-Pfalz, das waren 8 930 weniger als ein Jahr zuvor. Der rückläufige Trend der vorausgegangenen Jahre hat sich damit etwas abgeschwächt. Die Bevölkerung wird aber auch zukünftig weiter abnehmen, da es deutlich mehr Sterbefälle als Geburten geben wird; ein Zuwanderungssaldo, der dies ausgleichen könnte, ist nicht zu erwarten.

Bevölkerung weiter rückläufig

57 400 Menschen weniger in sechs Jahren

Die Bevölkerungszahl ist in Rheinland-Pfalz auch im Jahr 2010 weiter gesunken. Am Ende des vergangenen Jahres lebten 4 003 745 Personen mit Hauptwohnsitz im Land. Damit ist die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer das sechste Jahr in Folge zurückgegangen. Nach dem von 1987 bis 2004 zu verzeichnenden Aufwärtstrend befindet sich die Bevölkerungsentwicklung jetzt in einer Phase, die durch einen stabilen negativen Trend gekennzeichnet ist. In den vergangenen sechs Jahren ist die Bevölkerung insgesamt um 57 360 Personen geschrumpft.

9 000 Menschen weniger im vergangenen Jahr

Die Zahl der im Verlauf des letzten Jahres Gestorbenen übertraf die Zahl der Geborenen um rund 11 900. Die negative Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsbewegung fiel damit etwas kleiner aus als im Jahr 2009. Gleichzeitig war die Zahl der nach Rheinland-Pfalz Zugezogenen etwas größer als die der Weggezogenen. Damit konnte Rheinland-Pfalz im letzten Jahr – im Gegensatz zu 2009 – einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen. Dieser fiel jedoch mit rund 2 800 Personen vergleichsweise gering aus.

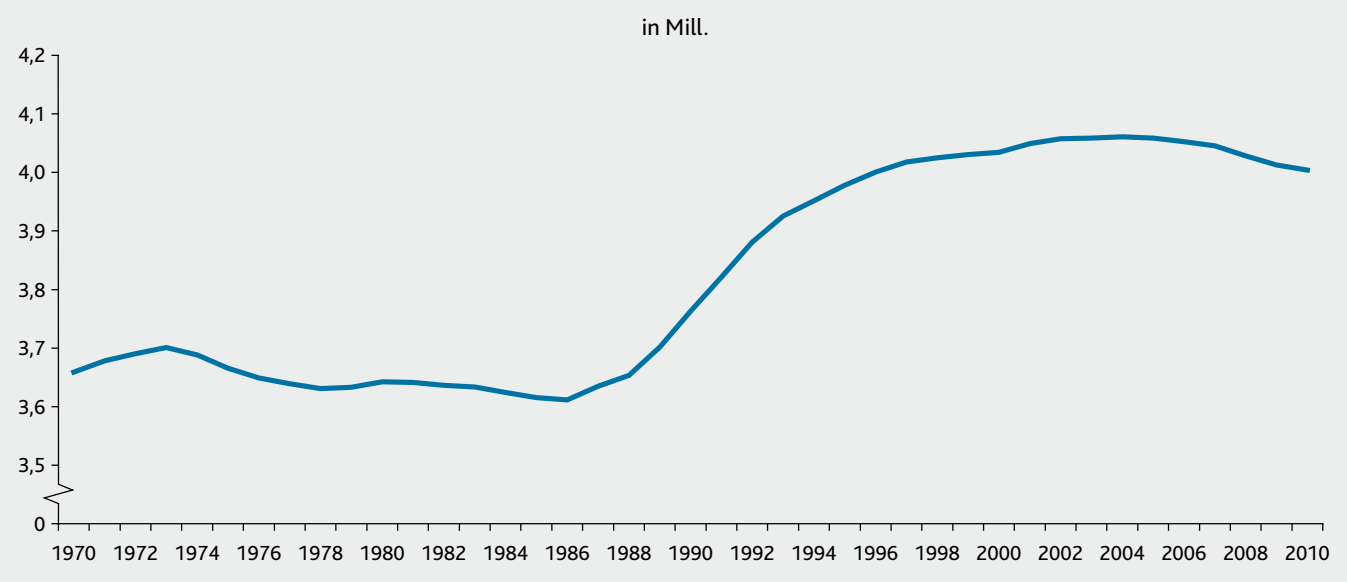
Aus diesen Entwicklungen ergab sich ein Bevölkerungsrückgang von insgesamt rund 9 000 Menschen. Die negative Gesamtbilanz fiel damit geringer aus als ein Jahr zuvor (–15 800).

Mehr Geburten, weniger Sterbefälle

31 600 Lebendgeborene

Im vergangenen Jahr erblickten in Rheinland-Pfalz 31 574 Kinder das Licht der Welt. Die Zahl der Geburten ist damit gegenüber dem Vorjahr zwar leicht gestiegen (+693 bzw. +2,2 Prozent), dennoch handelt es sich um die zweitniedrigste in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. So wurden beispielsweise Mitte der 50er- bis Ende der 60er-Jahre jährlich mehr als doppelt so viele Kinder geboren.

G 1 Bevölkerungsentwicklung 1970–2010



Geburtenrate weitgehend konstant …

Seit Mitte der 70er-Jahre schwankt die Geburtenrate um einen Wert von 1,4 Kindern je Frau, bei einem insgesamt gesehen leicht abnehmenden Trend. Im vergangenen Jahr lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bei 1,38.

… aber weniger Frauen im gebärfähigen Alter …

Die Zahl der insgesamt geborenen Kinder wird jedoch nicht nur durch die Geburtenrate, sondern wesentlich auch durch die Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter bestimmt. Für eine Beurteilung der Entwicklung im Zeitablauf sei die Altersgruppe der 25- bis 35-jährigen Frauen betrachtet; hierauf entfallen gegenwärtig etwa zwei Drittel der geborenen Kinder. Die Zahl der Frauen in diesem Alter ist innerhalb der letzten zehn Jahre um rund ein Fünftel zurückgegangen. Im gleichen Ausmaß hat sich auch die Geburtenzahl reduziert. Hier wird der Zusammenhang zwischen der Altersstruktur einer Bevölkerung und der Zahl der Geborenen deutlich.

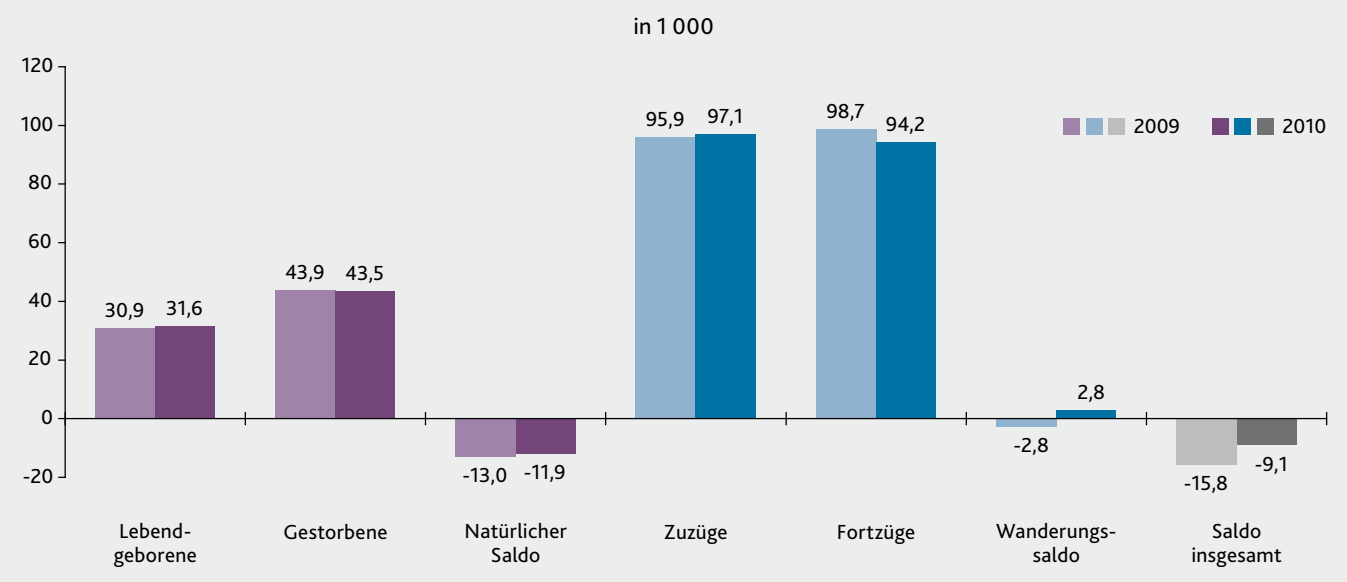
Die aktuelle Bevölkerungspyramide belegt, dass sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge mittelfristig erheblich reduzieren wird. Die geburtenstarken Jahrgänge von etwa Mitte der 50er- bis Ende der 60er-Jahre sind mittlerweile aus ihrer reproduktiven Phase herausgewachsen. Und die daraus hervorgegangene nachfolgende Generation ist weitaus schwächer besetzt. Selbst wenn familienpolitische Maßnahmen nachhaltig greifen, könnte dies bestenfalls nennenswerte Auswirkungen auf die Geburtenrate, nicht jedoch auf die Gesamtzahl der Neugeborenen haben. Der rückläufige Trend der Geburtenzahlen ist damit vorgezeichnet.

… daher auch in Zukunft weniger Geburten

43 500 Gestorbene

Die Zahl der Sterbefälle lag 2010 mit 43 465 um 438 bzw. ein Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die Gestorbenenzahl liegt schon seit vielen Jahren etwa auf diesem Niveau. Kleinere Schwankungen in der Zahl der Gestorbenen resultieren unter anderem aus Grippewellen oder ausgesprochenen Hitzeperioden, die besonders bei alten und kranken Menschen einen vorzeitigen Tod auslösen können. Auch der sehr unregel-

G 2 Bevölkerungsentwicklung 2009 und 2010



mäßige, immer noch durch die Kriegsauswirkungen bedingte Altersaufbau bei den älteren Menschen verursacht Schwankungen der Gestorbenenzahlen.

Auch zukünftig deutlicher Gestorbenenüberschuss

Die Zahl der Gestorbenen wird sich auch zukünftig nicht grundlegend ändern und die Zahl der Geburten wird eher rückläufig sein. Dies bedeutet, dass auch in Zukunft stets mehr Menschen sterben als geboren werden.

Wieder mehr Zuzüge als Fortzüge

Zumeist positive Wanderungsbilanz

Weit stärker als durch Geburten und Sterbefälle ist die Bevölkerungsentwicklung durch den Verlauf der Zu- und Fortzüge geprägt. Die Entwicklung des Wanderungsgeschehens über die Landesgrenze zeichnete sich in den vergangenen Jahren bei schwankenden Fortzügen durch tendenziell sinkende Zuzugszahlen aus. Dabei konnte Rheinland-Pfalz in seiner Geschichte mit nur wenigen Ausnahmen stets einen Wanderungsgewinn verzeichnen, der sich allerdings von Jahr zu Jahr verringerte.

In den Jahren 2008 und 2009 Wanderungsverluste

Im Jahr 2008 gab es erstmals seit vielen Jahren eine negative Wanderungsbilanz: 95 561 Personen verlegten ihren Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz, 102 206 Menschen verließen das Land. Daraus errechnete sich ein Wanderungsverlust von 6 645 Personen. Auch im Jahr 2009 gab es einen Wanderungssaldo, der mit –2 813 Personen jedoch geringer ausfiel (95 871 Zuzüge, 98 684 Fortzüge).

2010 wieder Wanderungsgewinn

Die Entwicklung der Wanderungen im Jahr 2010 war durch einen leichten Anstieg der Zuzüge (+1 179 bzw. +1,2 Prozent) und eine rückläufige Zahl der Fortzüge (–4 473 bzw. –4,5 Prozent) gekennzeichnet. Damit standen 97 050 Zugezogenen 94 211 Menschen gegenüber, die 2010 das Land verließen. Hieraus resultierte ein positiver Wanderungssaldo, der jedoch mit +2 839 Personen bei weitem nicht ausreichte, den negativen Trend in der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.

Bei einer Beurteilung der Entwicklung im Zeitablauf sind Sondereffekte zu berücksich-

Wanderungen häufig nicht real

tigen, die zu einer Überhöhung der ausgewiesenen Fortzüge insbesondere 2008 – abgeschwächt aber auch 2009 – geführt haben. Hintergrund dieser Entwicklung ist die bundesweite Einführung der Steuer-Identifikationsnummer, in deren Folge umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, aus denen zahlreiche Abmeldungen von Amts wegen resultierten. Durch die überhöhten Fortzugszahlen wurde der Bevölkerungsrückgang in den beiden Jahren überzeichnet. Eine Unterscheidung von den echten Fortzügen ist nicht möglich, daher kann das Ausmaß dieses Effekts nicht quantifiziert werden.

Kleinere Bestandskorrekturen

Die Bevölkerungsfortschreibung sieht in Einzelfällen auch Bestandskorrekturen vor. Dies hat zur Folge, dass sich die tatsächliche Bevölkerungsveränderung im Verlaufe eines Jahres nicht allein aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung und den Wanderungen ergibt. Im Jahr 2010 betrug die Summe der Salden 9 052, während die tatsächlich Veränderung in der Gesamtzahl der Bevölkerung bei 8 930 lag.

Stärkste Rückgänge in Neustadt und Pirmasens sowie im Landkreis Birkenfeld

Größter Wanderungsgewinn für Landau in der Pfalz

Eine Betrachtung auf Ebene der Verwaltungsbezirke zeigt im vergangenen Jahr für zehn der zwölf kreisfreien Städte und neun der 24 Landkreise einen positiven Wanderungssaldo, der zum Teil allerdings sehr gering ausfiel. Mit 16,3 Personen je 1 000 Einwohner war dieser in Landau in der Pfalz mit Abstand am größten.

Von den 36 Verwaltungsbezirken hatten 17 einen negativen Wanderungssaldo. Dieser fiel mit 10,6 Personen je 1 000 Einwohner in Neustadt an der Weinstraße am größten aus.

Fast überall mehr Sterbefälle als Geburten

Die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigt – mit zwei Ausnahmen – in allen Gebieten eine negative Bilanz. Mehr Geborene als Gestorbene gab es nur in der Landeshauptstadt Mainz und in Ludwigshafen am Rhein; mit 0,5 bzw. 0,3 je 1 000 Einwohner fiel der Überschuss aber gering aus.

Bevölkerungszunahme in acht Gebieten

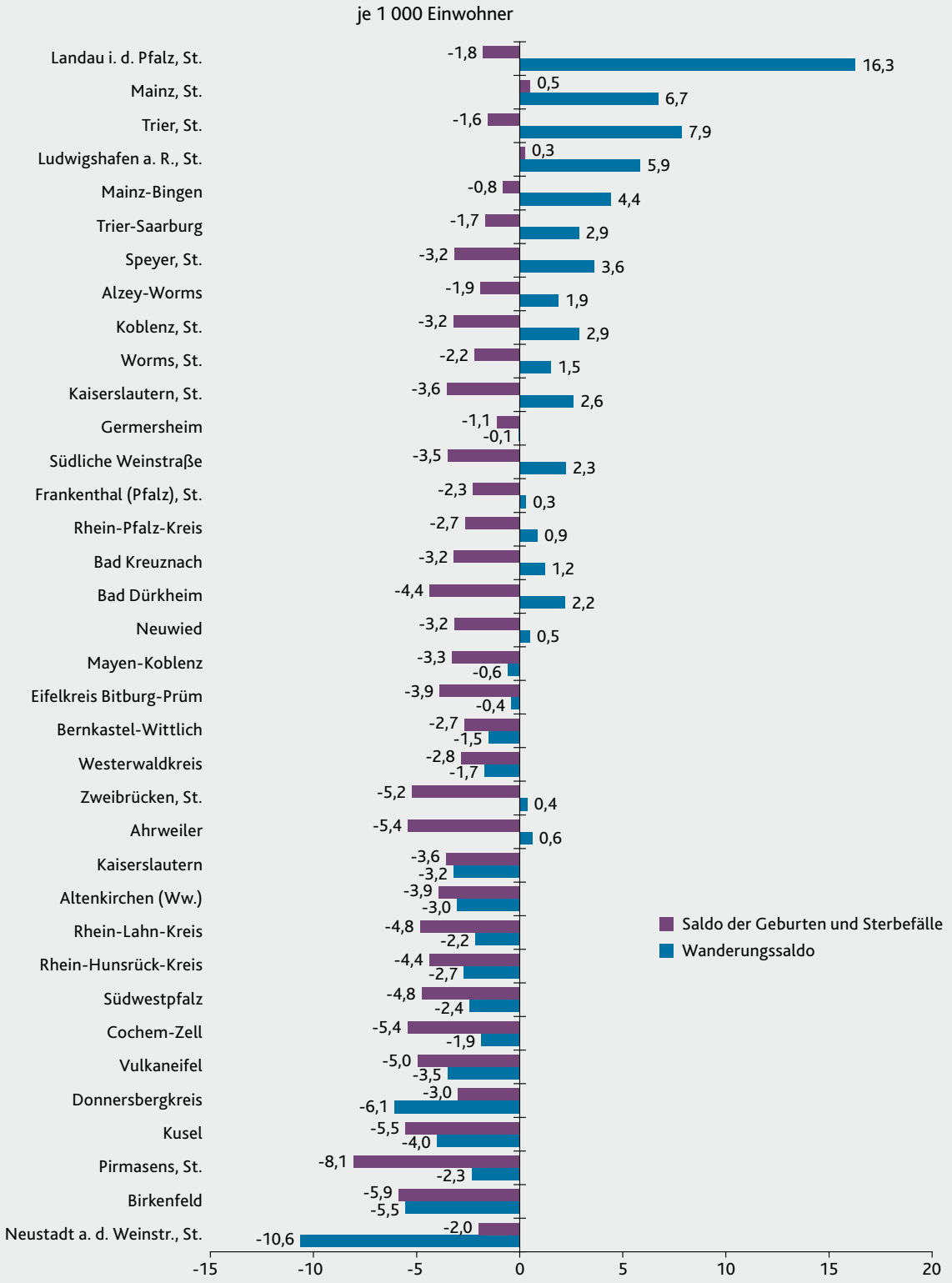
Damit konnten im vergangenen Jahr nur Mainz und Ludwigshafen am Rhein sowohl einen positiven Saldo in der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch einen positiven Wanderungssaldo aufweisen. In drei weiteren kreisfreien Städten und in drei Landkreisen war der Wanderungsgewinn groß genug, um den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen. Mit einem Plus von 14,4 je 1 000 Einwohner wuchs die Bevölkerung – relativ gesehen – in Landau in der Pfalz mit Abstand am stärksten. Nennenswerte Zuwächse gab es auch in Mainz (+7,4), Trier (+6,4) und Ludwigshafen am Rhein (+6,2). In den Landkreisen Mainz-Bingen (+3,6) und Trier-Saarburg (+1,2) sowie in Speyer (+0,9) und dem Landkreis Alzey-Worms (+0,0) fiel der Anstieg deutlich geringer aus.

Die stärksten Einbußen hatten dagegen Neustadt an der Weinstraße (–12,5 je 1 000 Einwohner), der Landkreis Birkenfeld (–11,4) und Pirmasens (–10,4) zu verzeichnen.

Zweitwohnungsteuer

In den vergangenen Jahren haben einige Städte – vornehmlich Universitätsstandorte – eine Zweitwohnungsteuer eingeführt. Dies veranlasste häufig Personen mit Nebenwohnsitz in einer solchen Stadt zur Umwandlung ihrer Nebenwohnung in eine Hauptwohnung. Überwiegend sind hier Studenten betroffen, die damit ihre Hauptwohnung am Heimatwohnsitz aufgegeben haben. Die Bevölkerungsfortschreibung zählt die Umwandlung in eine Hauptwohnung

G 3 Bevölkerungsentwicklung 2010 nach Verwaltungsbezirken



Sortierung nach der Bevölkerungsveränderung insgesamt

statistisch als Zuzug, der einen Zuwachs der Bevölkerung auslöst, obwohl keine Änderung der realen Wohnsituation erfolgt ist.

Die Einführung einer solchen Zweitwohnungsteuer hat es in Rheinland-Pfalz zuletzt in Kaiserslautern im Jahr 2009 gegeben. Die Stadt Landau in der Pfalz hatte diese Steuer bereits 2006 eingeführt, sodass ein hiervon ausgehender Effekt im vergangenen Jahr nicht vorgelegen haben kann.

Immer mehr ältere und weniger junge Menschen

Historische Ereignisse prägen Bevölkerungspyramide

Die aktuelle Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung ist stark durch die historische Entwicklung gekennzeichnet. So sind z. B. die Geburtenausfälle durch den Zweiten Weltkrieg Ursache für die derzeit schwache Besetzung der Mitte 60-Jährigen. Der Babyboom gegen Ende der 50er- und in den frühen 60er-Jahren ist für die derzeit hohe Zahl der etwa 40- bis 50-Jährigen verantwortlich.

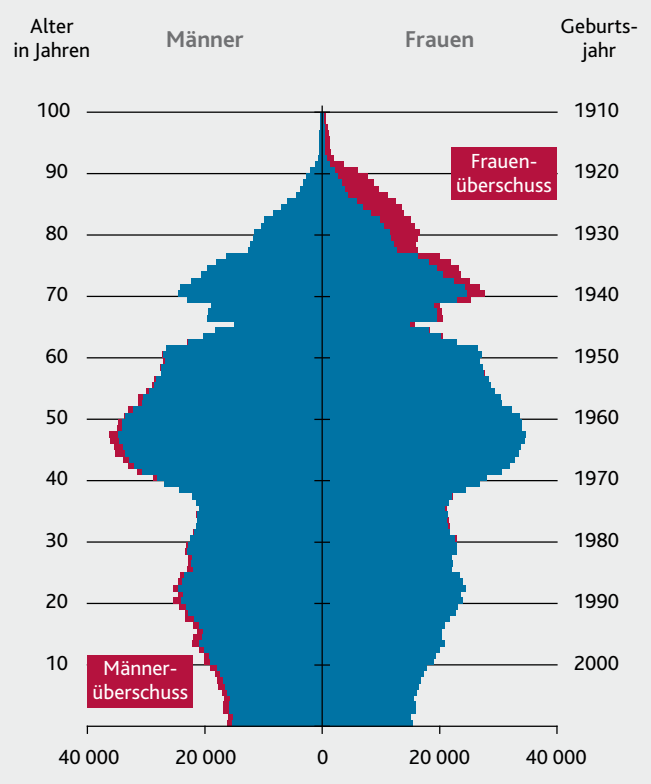
Demografischer Wandel

Weit stärker als durch Veränderungen in ihrer Gesamtzahl ist die Bevölkerungsentwicklung durch Veränderungen in der Altersstruktur gekennzeichnet. Neben sinkenden Geburtenzahlen und einer steigenden Lebenserwartung ist hierfür auch der unregelmäßige Altersaufbau verantwortlich, wie er in der grafischen Darstellung der Bevölkerungspyramide zum Ausdruck kommt. Diese mit dem Begriff des demografischen Wandels bezeichnete Entwicklung beinhaltet insbesondere eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen sowie eine zugleich rückläufige Zahl an Kindern und Jugendlichen.

Weniger Kinder, mehr Ältere

Eine Unterteilung in drei Hauptaltersgruppen grenzt den erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung von den normalerweise noch nicht sowie den nicht mehr erwerbstätigen Personen ab. Ende 2010 war weniger als ein Fünftel noch keine 20 Jahre alt und etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung 65 Jahre oder älter; drei Fünftel gehörten zur Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen. Bereits hier wird die Verschiebung der Altersstruktur in Richtung höherer Altersjahre deutlich. Die Zahl der älteren Menschen hat im Verlauf der letzten zehn Jahre um 17 Prozent zugenommen. Im Verlauf des letzten Jahres ist sie allerdings um 0,7 Prozent gesunken. Diese Entwicklung resultiert aus dem unregelmäßigen Altersaufbau der Bevölkerung; so ist der Geburtsjahrgang 1945 – kriegsbedingt – nur sehr schwach besetzt. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der 65-Jährigen Ende 2010 um fast 10 000 (24 Prozent) unter der des Jahres 2009 lag. Die Bevölkerungsgruppe der unter 20-Jährigen ist im Jahr 2010 um 2,1 Prozent, innerhalb von zehn Jahren um 13 Prozent geschrumpft.

G 4 Aufbau der Bevölkerung 2010 nach Alter und Geschlecht



T 1 Bevölkerung 2010 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Anzahl	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	Veränderung zu 2000
		%		
unter 3	95 507	2,4	-0,7	-18,2
3–6	98 359	2,5	-1,1	-21,5
6–10	141 541	3,5	-3,2	-21,0
10–16	246 953	6,2	-1,4	-11,6
16–20	181 758	4,5	-3,2	2,6
20–35	689 491	17,2	0,9	-9,7
35–50	901 272	22,5	-2,8	-5,8
50–65	825 565	20,6	4,1	12,4
65–80	598 333	14,9	-2,0	9,4
80 und älter	224 966	5,6	2,8	44,5
unter 20	764 118	19,1	-2,1	-13,0
20–65	2 416 328	60,4	0,5	-1,5
65 und älter	823 299	20,6	-0,7	17,2
Insgesamt	4 003 745	100	-0,2	-0,8

Der demografische Wandel kommt bei einer differenzierteren Altersuntergliederung noch deutlicher zum Ausdruck. Die Zahl der unter 3-Jährigen hat im letzten Jahr um 0,7 Prozent und im Verlauf der letzten zehn Jahre um 18 Prozent abgenommen. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen liegen die Rückgänge bei 1,1 Prozent bzw. 21,5 Prozent. Die Zahl älterer Menschen hat dagegen deutlich zugenommen. So ist die Zahl der Personen im Alter von 80 Jahren und älter im Jahr 2010 um 2,8 Prozent und im Verlauf der letzten zehn Jahre um 44,5 Prozent gestiegen.

Erhebliche Zunahme der über 80-Jährigen

Ende des vergangenen Jahres lebten in Rheinland-Pfalz fast 225 000 Menschen, die 80 Jahre oder älter waren; das sind im Vergleich zu 1970 dreieinhalb mal so viele. Im gleichen Zeitraum ist die Gesamtbevölkerung per saldo um 9,4 Prozent gewachsen. Hintergrund dieser Entwicklung ist in erster Linie die stetig steigende Lebenserwartung. Während 1970 noch weniger als 65 000 über 80-Jährige im Land lebten, ist deren Zahl bis Mitte der 90er-Jahre auf das Zweieinhalbfache gestiegen. In den Folgejahren waren dann die aufgrund der Geburtenausfälle des ersten Weltkriegs nur schwach besetzten Jahrgänge für eine vorübergehend rückläufige Zahl der Menschen in diesem Alter verantwortlich. Seit Ende der 90er-Jahre steigt deren Zahl aber kontinuierlich.

Eindeutiger zukünftiger Trend

Der weitere Trend ist eindeutig vorgezeichnet: So wird die Bevölkerung auch in den kommenden Jahren weiter schrumpfen und die Zahl älterer Menschen erheblich wachsen. Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass es in etwa dreißig Jahren doppelt so viele über 80-Jährige wie heute geben wird; die Gesamtbevölkerung wird nach diesen im gleichen Zeitraum um rund zehn Prozent abnehmen.[1]

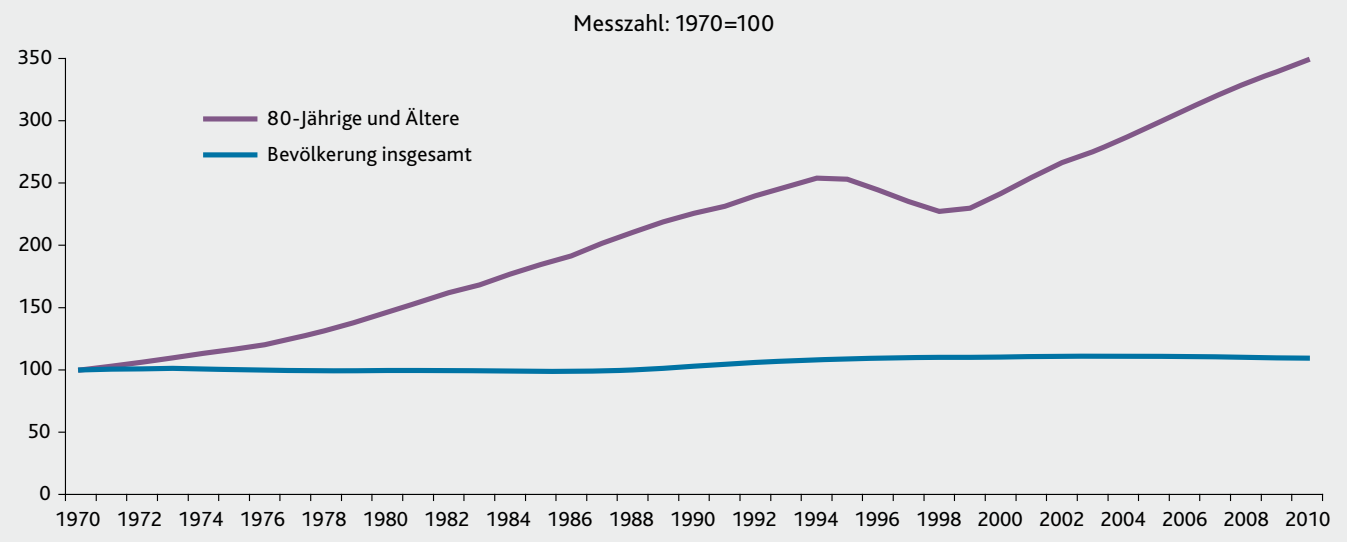
Bevölkerung sinkt Anfang 2011 unter vier Millionen

Bevölkerung März 2011: 3 999 617

Die Bevölkerungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2011 bestätigt den negativen Trend. Von Januar bis März erblickten 6 755 Kinder das Licht der Welt, die Zahl der Sterbefälle war mit 11 244 jedoch weit höher.

1 Siehe hierzu auch im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bevoelkerung-und-gebiet/demografische-entwicklung/

G 5 Bevölkerung insgesamt sowie 80-Jährige und Ältere 1970–2010



Während 60 441 Menschen in dieser Zeit nach Rheinland-Pfalz zogen, gab es 60 098 Fortzüge. Hieraus errechnete sich zwar ein leicht positiver Wanderungssaldo (343), der jedoch nicht ausreichte um den Gestorbenenüberschuss auszugleichen. Damit hatten Ende März nur noch 3 999 617 Menschen ihren Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz.

Bevölkerungszahlen aus dem Zensus 2011

Bevölkerungsfortschreibung ungenau

Das Prinzip der Bevölkerungsfortschreibung besteht darin, auf der Grundlage der letzten Volkszählung durch die laufende Berücksichtigung von Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen auf Gemeindeebene Bevölkerungszahlen zu ermitteln. Dieses Verfahren wird umso ungenauer, je älter die zugrunde liegende Ausgangsbasis ist. Untererfassungen bei Zu- und Fortzügen, insbesondere infolge unterlassener Abmeldungen bei Fortzügen ins Ausland, summieren sich im Verlauf der Zeit. Daher ist gelegentlich eine grundlegende Bestandsaufnahme erforderlich, die in den alten Bundesländern zuletzt im Jahr 1987 und in der ehemaligen DDR im Jahr 1981 stattfand.

Neue Bestandsaufnahme der Bevölkerung

Mit dem gegenwärtig laufenden Zensus 2011 findet seit langer Zeit wieder eine derartige Bestandsaufnahme statt, die als Quelle für die Ermittlung verlässlicher Bevölkerungszahlen im Rahmen der zukünftigen Fortschreibung benötigt wird.

Ergebnisse aus dem Zensus 2011, die eine Korrektur der aus der Fortschreibung ermittelten Bevölkerungszahlen nach sich ziehen, liegen voraussichtlich ab November 2012 vor. Schätzungen gehen davon aus, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands insgesamt um rund 1,3 Millionen Menschen überzeichnet ist. Die Differenzen können regional aber sehr unterschiedlich ausfallen. Die Volkszählung des Jahres 1987 offenbarte für Rheinland-Pfalz eine Einwohnerzahl, die um mehr als 25 000 bzw. 0,7 Prozent über der Bevölkerungsfortschreibung lag.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Neues Geheimhaltungsverfahren des Statistischen Landesamtes

Teil 2: Der Workflow der LIS-Geheimhaltung

Von Harald Wirtz und Claudia Baier

Die Gewährleistung der Geheimhaltung ist eine fundamentale Aufgabe der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Durch die Geheimhaltung wird die für die Aussagefähigkeit der Daten unabdingbare Vertrauensbasis geschaffen und erhalten. Bisher wurde im Statistischen Landesamt bei der Durchführung der Geheimhaltungsprüfungen ein großrechnerbasiertes Verfahren eingesetzt. Aufgrund seiner mangelnden Integration in den Aufbereitungsprozess des Landesinformationssystems (LIS) und der im Verbund zu Ende gehenden Großrechner-Ära wurde im Jahr 2009 die Konzeption und Programmierung eines neuen Geheimhaltungsverfahrens in Angriff genommen.

Nachdem in der letzten Ausgabe der Statistischen Monatshefte die methodischen Hintergründe des in das Landesinformationssystem (LIS) integrierten Geheimhaltungsverfahrens dargestellt wurden, steht in diesem Beitrag der zu praktizierende Workflow im Vordergrund.

LIS-Geheimhaltung, integratives Programmsystem mit standardisierter Benutzungsoberfläche

Das Verfahren zur Abwicklung des Workflows der LIS-Geheimhaltung umfasst fünf Anwendungsbereiche. Diese haben die Administration des Systems, die Meta-Datenverwaltung, die Auswertung des sogenannten Datenpools, die ETL-Datenübernahme und die Durchführung der Geheimhaltungsprüfungen i. e. S. zum Gegenstand.

Diese Funktionalitäten werden in einem geschlossenen Programmsystem und unter Verwendung einer vereinheitlichten Benutzungsoberfläche abgewickelt. Hierbei werden vielfach Programmmodule benutzt, die ursprünglich für das LIS-Auskunftssystem entwickelt wurden. Diese Module wurden so ausgelegt, dass sie automatisch erkennen, ob sie im Rahmen des LIS-Auskunftssystems oder im Zuge der Geheimhaltungsprogramme zum Einsatz kommen. Unterschiede ergeben sich für den Anwender lediglich hinsichtlich der Benennung der Bildschirmmasken in der Kopfzeile, in der Farbe einzelner Menüpunkte sowie einzelner Zusatzfunktionen. Auf diese Weise ließen sich Doppelentwicklungen vermeiden. Das LIS-Geheimhaltungsverfahren basiert darüber hinaus auf dem gleichen Datenbankmodell wie das LIS-Auskunftssystem. Beide Anwendungen benutzen die gleichen

G 1 Programme

Meta-Daten. Die Steuerung des Geheimhaltungsprogramms erfolgt ausschließlich menügestützt. Aufbau, Pflege und Zuführung externer Steuerungsdateien sind nicht erforderlich.

Durchführung der LIS-Geheimhaltung erfolgt auf separatem Server

Die LIS-Geheimhaltung wird unter Zuhilfenahme eines separaten Rechnersystems und einer eigenständigen Datenbank abgewickelt.[1] Die durchzuführenden Prüfungen sind sehr ressourcenintensiv. Deshalb ist die parallele Abwicklung auf dem für Auskunftszwecke eingesetzten LIS-Produktionsserver nicht möglich. Zudem stellte sich während der Verfahrensentwicklung heraus, dass die Prozeduren der Geheimhaltungsprüfung eine andere Datenbankparametrisierung als die Routinen zur Abwicklung der Auskunftsdatenbank erfordern.

Die nachstehenden Erläuterungen beschreiben auszugsweise den Workflow des Geheimhaltungsverfahrens differenziert nach den einleitend genannten fünf Funktionsbereichen. Dies in dem Bewusstsein, dass die LIS-Geheimhaltung eine Erweiterung des in der Vergangenheit entwickelten Workflows zur Definition und Befüllung von Datenquadern des LIS ist. Zum Zwecke der Illustration wird auf das Beispiel „Umsatzsteuerstatistik der Voranmeldungen" zurückgegriffen.

Meta-Datenverwaltung = Aufbau eines Datenpools

Über die Einrichtung von „Eigentümern der Datenpools" und explizite Freigaben wird – analog zum LIS – die Rechtevergabe zur Nutzung des LIS-Geheimhaltungsverfahrens gesteuert. Derartige Festlegungen sind allerdings nur dann notwendig, wenn die Geheimhaltungsarbeiten von verschiedenen Personen durchgeführt werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander keinen Zugriff auf die Daten der anderen haben sollen. Wird diese Differenzierung nicht gewünscht, kann das Geheimhaltungsprogramm unter einer Benutzergruppe zur Anwendung kommen. Dieser sind dann alle Benutzer zugeordnet; sie sind zugleich Eigentümer aller Datenpools.

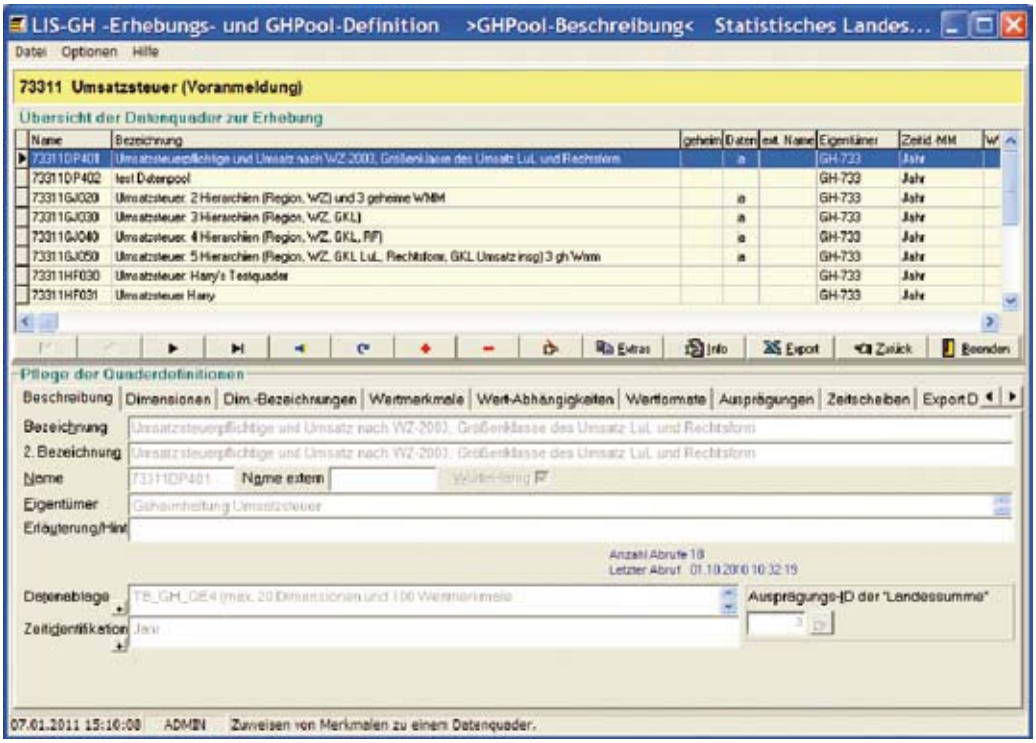
Definitionen

ETL = Extraktion, Transformation, Laden: Software im Sinne eines Bindeglieds zwischen der Datenbasis der operativen Ebene (z. B. der mittels Verbundprogrammen erzeugten Daten) und der informativen Datenbasis des LIS.

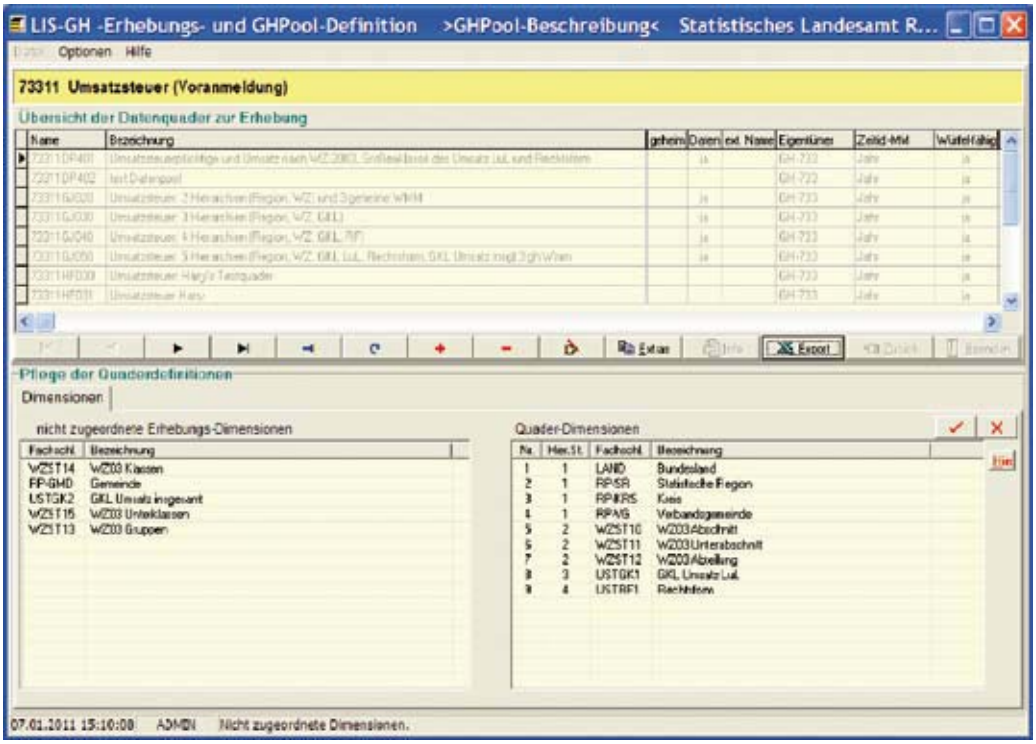
Die **Granularität** ist ein Maß für die Feinkörnigkeit (= regionale und/oder fachliche Tiefengliederung) der Daten. Sie ist damit zugleich ein Maß für die „Passgenauigkeit" einer Information aus Sicht des Empfängers. Daten, die wenig detailliert sind, weisen eine hohe Granularität auf und umgekehrt.

1 Zum Einsatz kommt ein Rechnersystem DELL PowerEdge R710 mit einem Quadcore-Prozessor Intel Xeon X5550, 16 GB Arbeitsspeicher und einer Plattenkapazität von einem Terabyte. Als Datenbanksystem wird ORACLE Version 11g verwendet.

G 2 Übersicht Datenquader



G 3 Dimensionen



Merkmale und deren Ausprägungen

Vorbereitend zur Datenpoolerstellung werden die erforderlichen Merkmale (z. B. die Kreisebene) definiert und diesen Merkmalsausprägungen (z. B. die Bezeichnungen der Kreise) zugeordnet. Die Merkmalsausprägungen werden hierbei aus der LIS-Auskunftsdatenbank in die Geheimhaltungsdatenbank importiert. Dies ist für die Konsistenz und Effizienz der Meta-Datenpflege beider Datenbanksysteme von großer Bedeutung.

Die der Geheimhaltungsprüfung zu unterziehenden Daten einer Statistik müssen zunächst in einen Datenpool eingelagert werden. Dieser stellt gewisse strukturelle Anforderungen. Er wird mit dem Quaderdefinitionsprogramm des LIS erstellt, wobei zunächst eine allgemeine Beschreibung erfolgt. Sie umfasst z. B. Angaben zur Bezeichnung, zum Eigentümer und zur Zeitidentifikation.

Datenpool, eine strukturierte Beschreibung der unter Geheimhaltungsaspekten zu prüfenden Daten

Im nächsten Schritt sind die regionalen, sachlichen und zeitlichen Hierarchien zu definieren. Eine zwingende Voraussetzung ist, dass die hierdurch beschriebenen Datenklassifizierungen eine durchgängige Summierung erlauben. Dies ist z. B. bei der Hierarchie „Bundesland – Statistische Regionen – Kreisebene – Verbandsgemeindeebene – Ortsgemeindeebene“ der Fall. Auf der Grundlage dieser Definitionen werden in die Prüfungen zur Sicherstellung der sekundären Geheimhaltung alle Rand- und Zwischensummen eines n-dimensionalen Datenquaders einbezogen.

Hinsichtlich des Beispiels der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ergibt sich folgendes Bild:

- Hierarchie-1 bildet über vier Stufen (Bundesland, Statistische Regionen, Kreisebene und Verbandsgemeindeebene) die regionalen Beziehungen des Datenraums ab.
- Hierarchie-2 beschreibt über drei Stufen (WZ-Abschnitt, WZ-Unterabschnitt, WZ-Abteilung) die im Datenpool abgebildete Wirtschaftszweigsystematik.
- Hierarchie-3 ist einstufig und beinhaltet die Größenklassen.
- Hierarchie-4 ist eindimensional und enthält die Rechtsformen.

In der Terminologie der LIS-Auskunftsdatenbank deckt der Datenraum somit über vier Hierarchien neun Dimensionen[2] ab. Maßgeblich für die Gliederungstiefe mehrdimensionaler Hierarchien ist die gewünschte Granularität der Auswertungen.

Im Beispiel sollen bis auf Verbandsgemeindeebene alle regionalen Stufen veröffentlicht werden; sachlich wird die Abteilung als tiefste Gliederung der Wirtschaftszweige vorgesehen. Durch die Wahl der Reihenfolge der sachlichen Hierarchien lässt sich eine gewisse Wertigkeit der Klassifikationen festlegen. Der sekundäre Sperralgorithmus sperrt tendenziell eher auf der Hierarchie-4 als auf der Hierarchie-2.

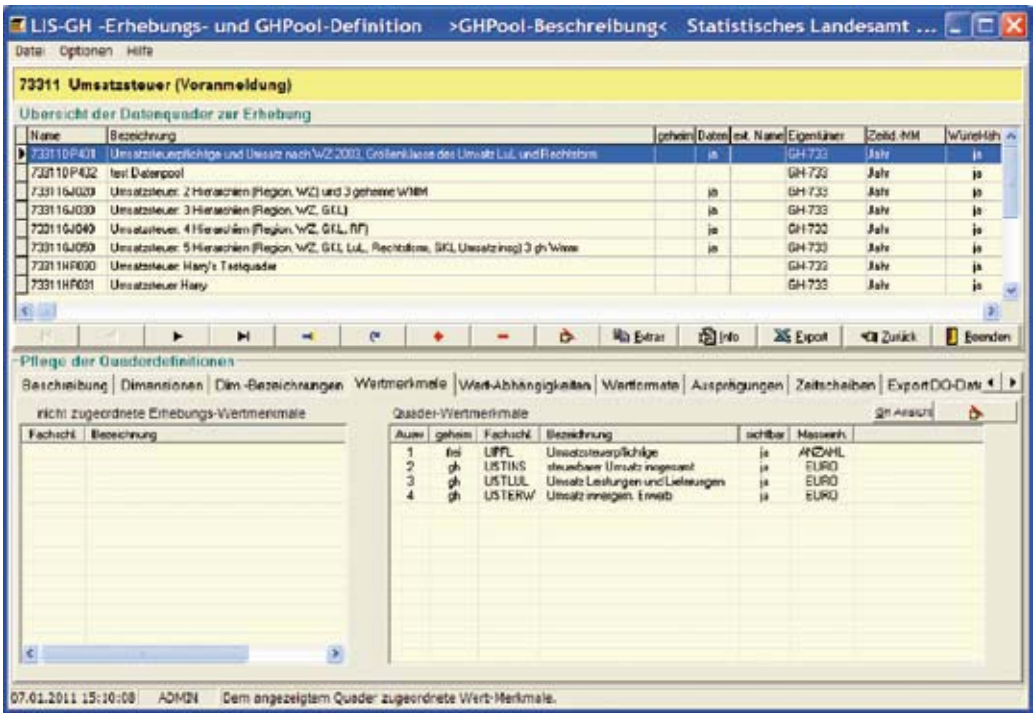
Folgende Restriktionen sind zu beachten:

- Die regionale Gliederung muss stets die Hierarchie-1 bilden.
- Die oberste Ebene der regionalen Hierarchie muss immer die Verdichtung auf einen einzelnen Wert ermöglichen; darf also nur eine Ausprägung enthalten. Im Regelfall handelt es sich hierbei um die Landessumme, also das Bundesland.
- Die Zeitklassifikation (z. B. Monate bei unterjährigen Statistiken) muss – falls vorhanden – auf der zweiten Hierarchiestufe definiert werden.
- Nach der aktuellen Bedarfsanforderung sieht der gegenwärtige Ausbaustand des Verfahrens maximal sieben Hierarchien vor.

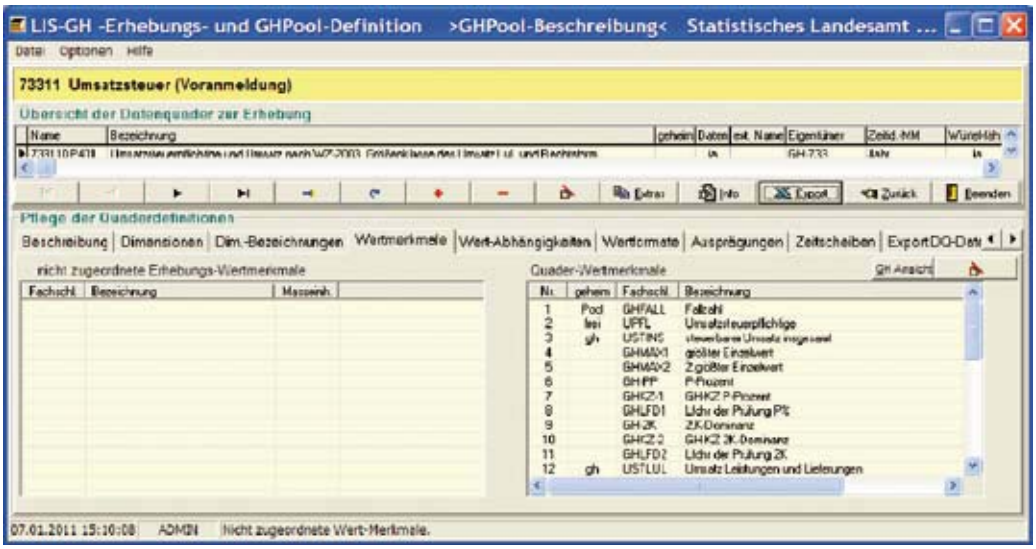
2 In der LIS-Auskunftsdatenbank wird z. B. jede regionale Ebene (Bundesland, ..., Ortsgemeinde) als eine Dimension bezeichnet

Dem Datenpool sind schließlich die Wertmerkmale des Datenraums zuzuordnen. Dabei wird zwischen Wertmerkmalen, die der Geheimhaltung unterliegen und freien Wertmerkmalen unterschieden. Im Beispiel der Umsatzsteuerstatistik sind dies die Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen als freies Merkmal sowie der Umsatz insgesamt, der Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und der Umsatz aus innergemeinschaft-

G 4 Wertmerkmale



G 5 Info-Merkmale



Ü 1 Datenpoolbeschreibung „Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)“

Lfd. Nummer	Inhalt
1	Fallzahl
2	Umsatzsteuerpflichtige (freier Wert)
3	Umsatz insgesamt
4 bis 11	Info-Wertmerkmale zum Umsatz insgesamt
12	Umsatz aus Lieferungen und Leistungen
13 bis 20	Info-Wertmerkmale zum Umsatz aus Lieferungen und Leistungen
21	Umsatz aus innergemeinschaftlichem Erwerb
22 bis 29	Info-Wertmerkmale zum Umsatz aus innergemeinschaftlichem Erwerb

lichem Erwerb als geheimhaltungskritische Merkmale.[3] Nach Abschluss dieser Definition werden automatisch ein Wertmerkmal Fallzahl und zu jedem geheim zu haltenden Merkmal zusätzlich acht Info-Wertmerkmale angelegt. Für das Beispiel erhält der Datenpool somit die in der Übersicht gezeigte Struktur.

Berücksichtigung von Abhängigkeiten zwischen Wertmerkmalen

Abhängigkeiten zwischen Wertmerkmalen, die bei der sekundären Geheimhaltungsprüfung von Relevanz sind, werden über eine entsprechende Menüfunktion definiert. Dabei werden einem Basismerkmal ein oder mehrere abhängige Wertmerkmale zugeordnet. In der Beispielanwendung setzt sich der Umsatz insgesamt aus dem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen sowie dem Umsatz aus innergemeinschaftlichem Erwerb zusammen. Im sekundären Geheimhaltungslauf wird aufgrund der vorgenommenen Definition dem Wert Umsatz aus Lieferungen und Leistungen eine höhere Wertigkeit als den beiden anderen Umsatzmerkmalen zugewiesen, d. h. bei notwendigen Sperrungen werden die beiden abhängigen Werte vorrangig von der Anzeige ausgenommen.

Sollen sich sachliche Hierarchiekombinationen nicht in den später zu befüllenden LIS-Auskunftsquadern bzw. sonstigen Tabellierungen wiederfinden, können diese Kombinationen gezielt von der Geheimhaltungsprüfung ausgenommen werden. So lassen sich gerade bei schwach besetzten sachlichen Klassifikationen unnötige Sperren vermeiden. In der Beispielanwendung soll die tiefste sachliche Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen, bzw. Wirtschaftszweigen und Rechtsformen erfolgen. Eine Kombination von Größenklassen und Rechtsformen ist in keinem Auskunftsquader vorgesehen.

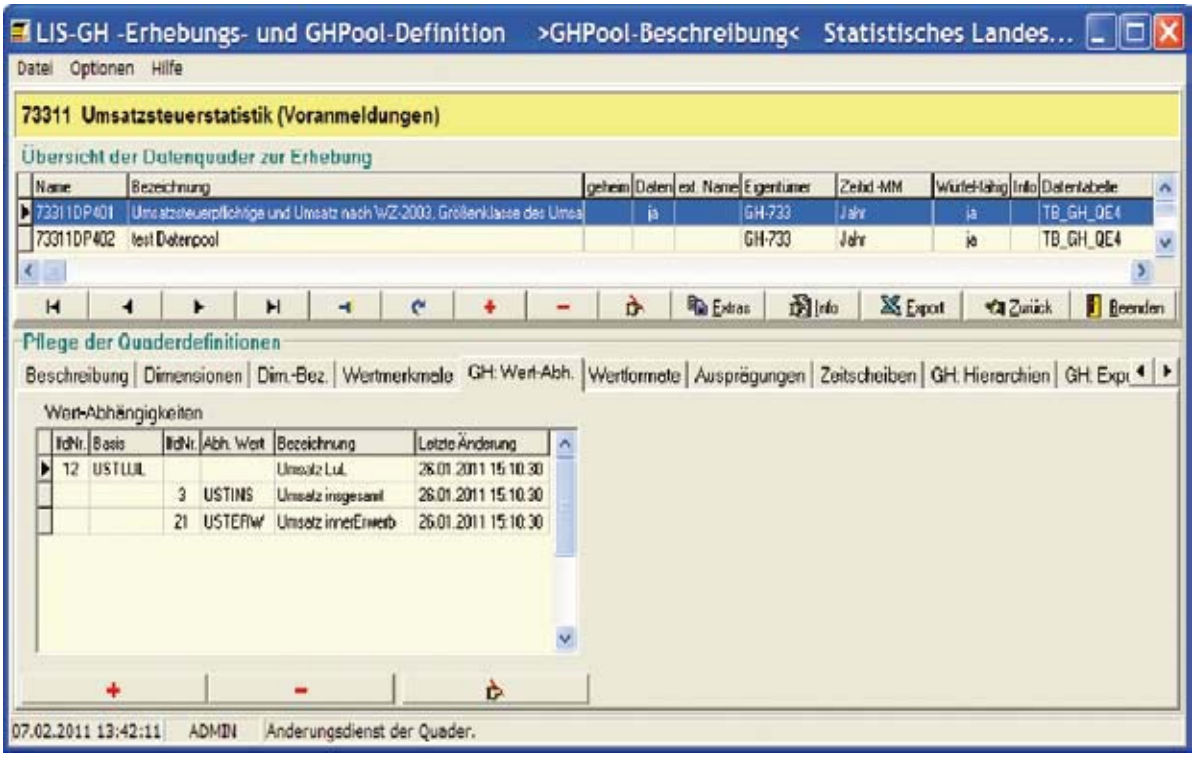
Datenübernahme

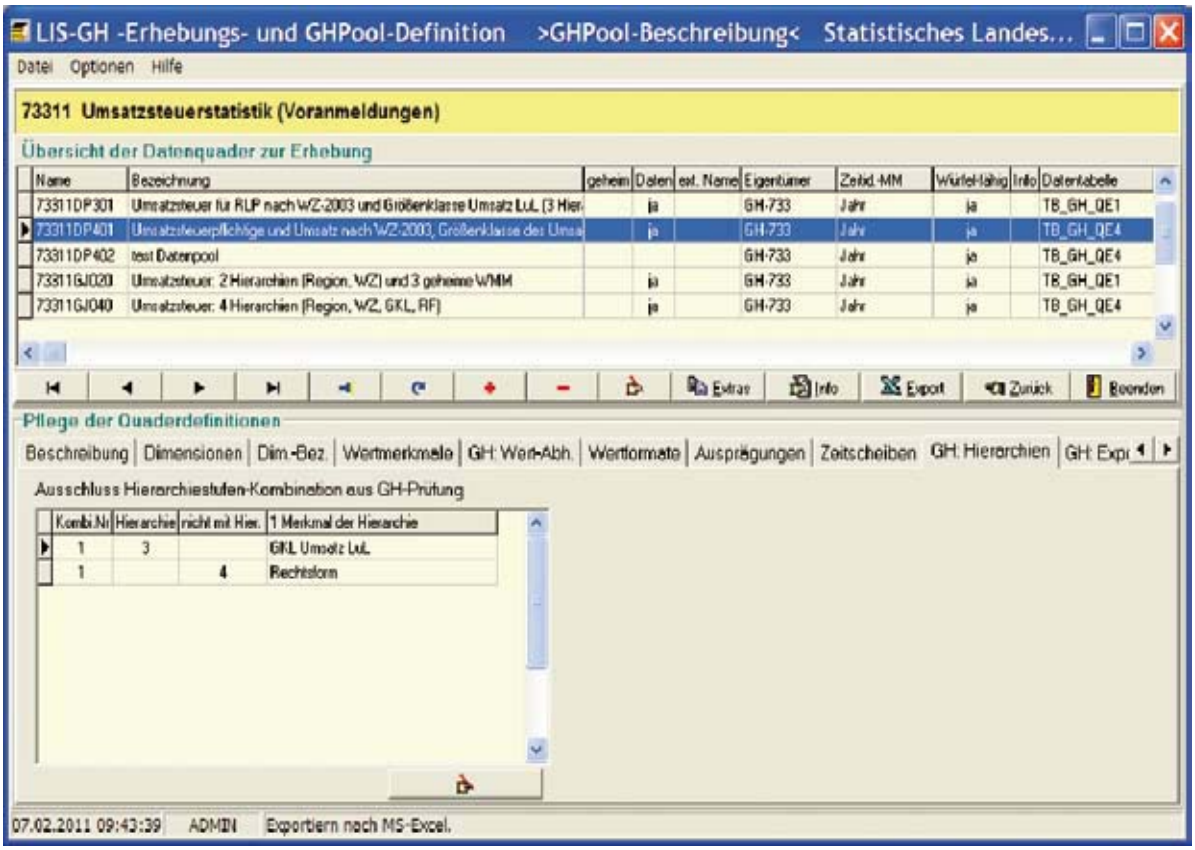
Das in die Geheimhaltungsprüfung einzubeziehende Datenmaterial muss auf Einzelsatzebene vorliegen. Außerdem muss je Erhebungseinheit ein Identifikationskriterium – z. B. eine anonymisierte Betriebsnummer – im Datensatz existieren oder beim ETL-Vorimport über den Satzzähler generiert werden.

Die Aufnahme der Daten in die Geheimhaltungsdatenbank erfolgt analog zum LIS über die ETL-Verfahrensmodule. Zu diesem Arbeitsgang gehören die Beschreibung der

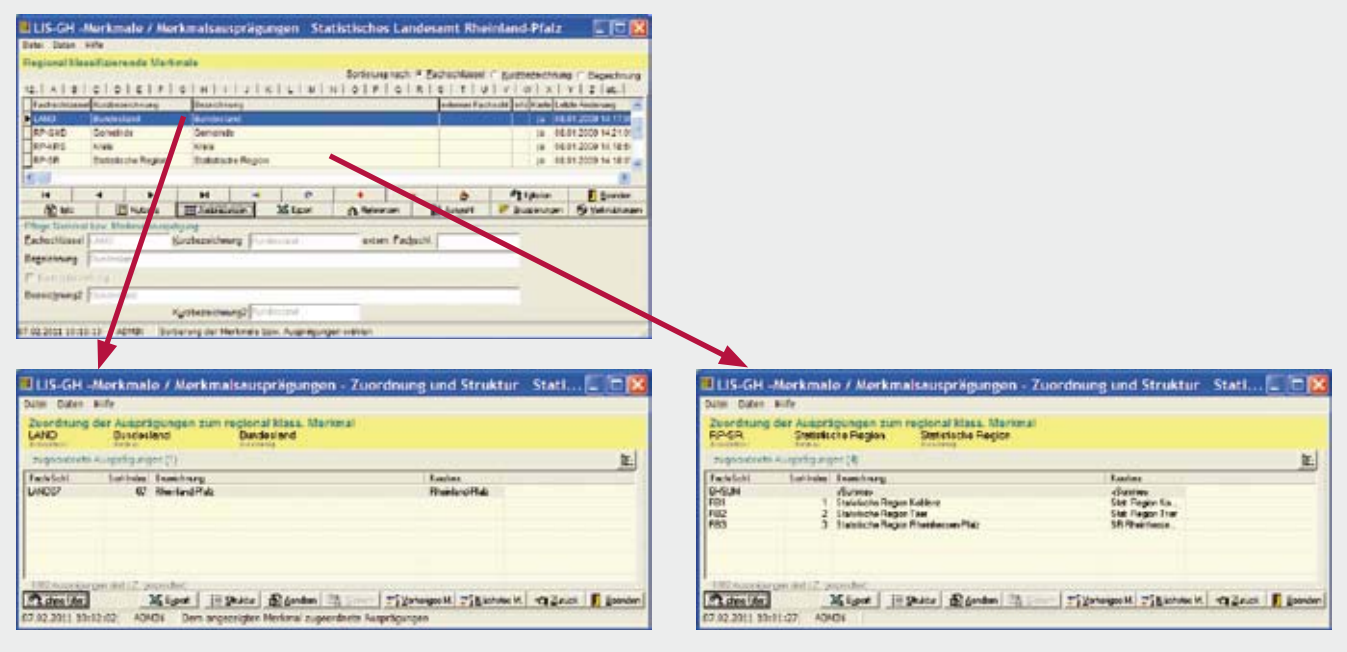
3 Diese Differenzierung wurde lediglich bezüglich der diesen Ausführungen zugrundeliegenden Testanwendung gewählt. Beim endgültigen Produktivlauf wurden alle vier Merkmale als geheimhaltungskritisch deklariert.

G 6 Wertabhängigkeiten und Kombinationsausschluss

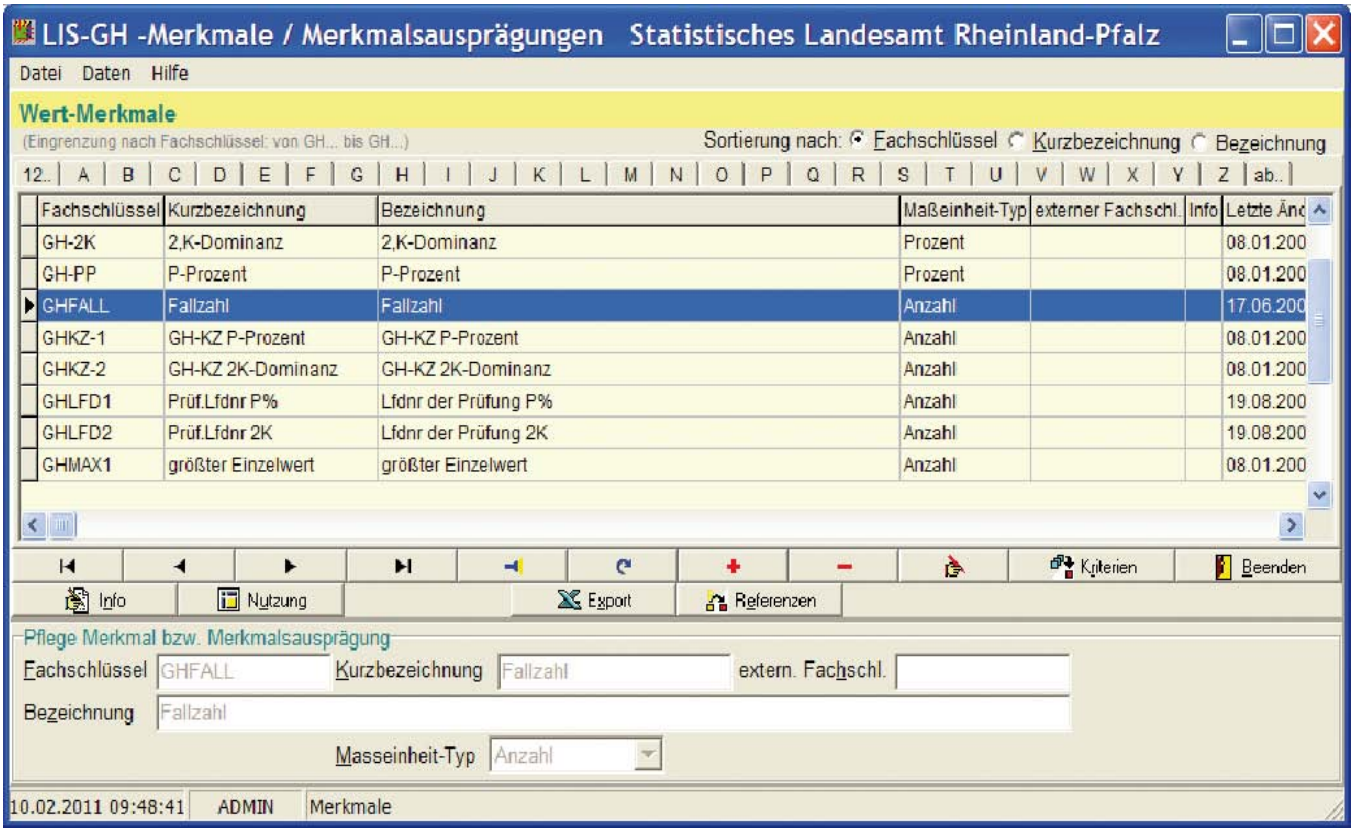




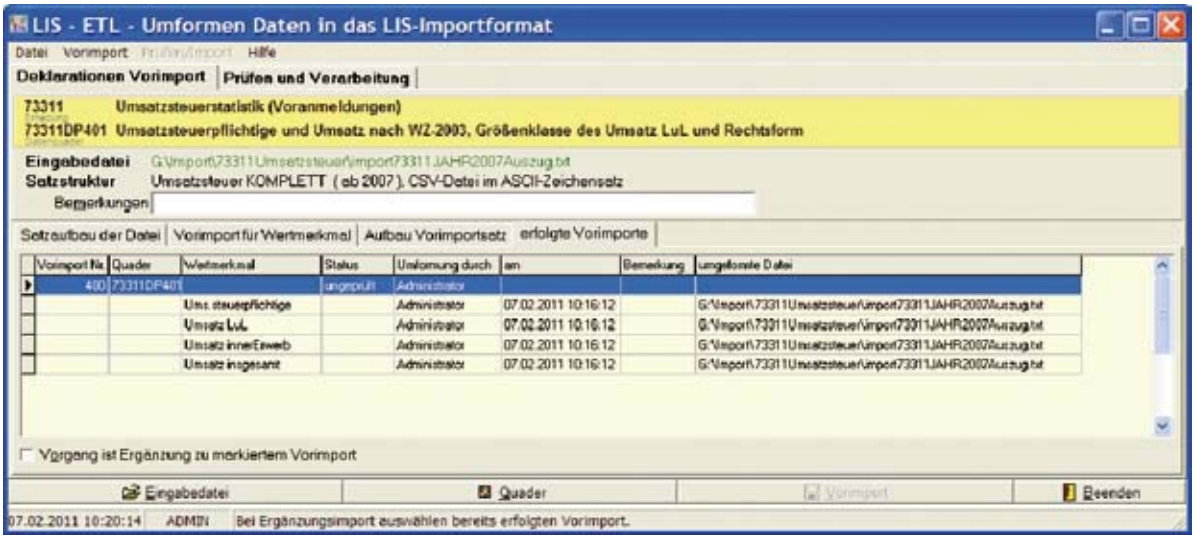
G 7 Regionalmerkmale, Ausprägungen



G 8 Wertmerkmale



G 9 Vorimport



Eingabedateien, die Definition von Umformungsregeln[4], die Verbindungsbeschreibung „Datensatz zu Datenpool" und schließlich der ETL-Vorimport der Einzelsätze.

Nach erfolgreicher Einlagerung der Einzelsätze wird ein sogenannter Geheimhaltungsvorgang erstellt; auf seiner Grundlage werden die weiteren Schritte mittels des Moduls „Durchführung Geheimhaltung" initiiert.

Durchführung der Geheimhaltung

Das Programm zeigt in der ersten Sicht alle Datenpools, zu denen es Geheimhaltungsvorgänge gibt. Nach Auswahl des gewünschten Datenpools werden auf der rechten Seite der Bildschirmanzeige alle dazugehörigen Vorgänge (z. B. die Geheimhaltungsprüfungen einzelner Statistikjahre betreffend) angelistet. Im Beispiel-Datenpool existiert ein Vorgang, der die Werte für das Jahr 2007 enthält.

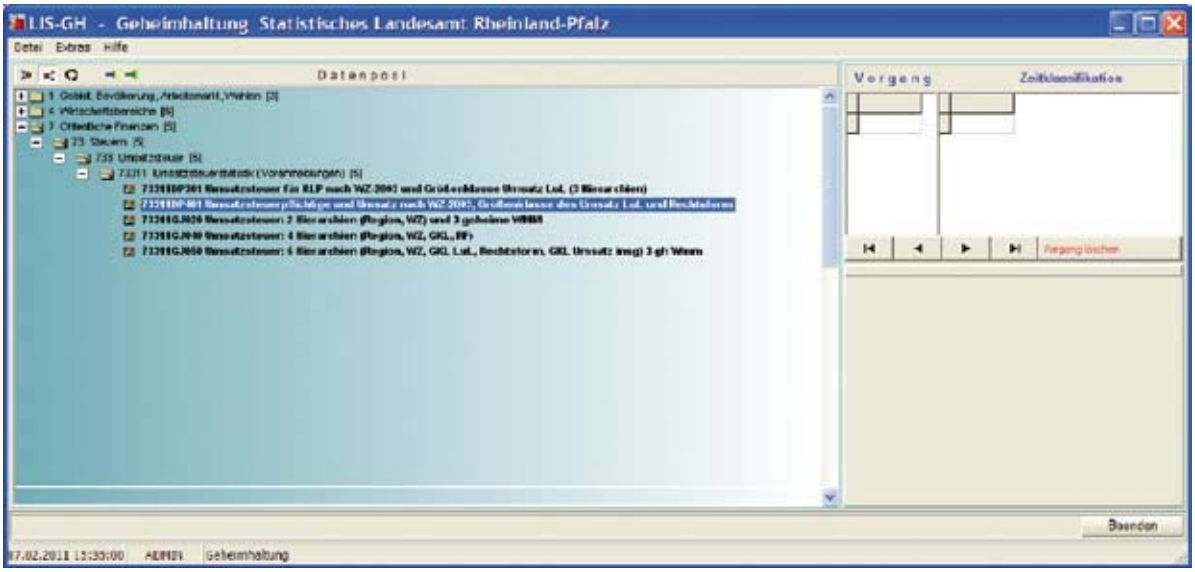
Ein Doppelklick auf den Vorgang öffnet die weiteren Menüschritte zur Steuerung der Geheimhaltungsprüfung. Zuerst muss die primäre Geheimhaltung initialisiert werden. Dazu gibt der Anwender die gewünschten Grenzwerte der primären Geheimhaltungsprüfung nach der p%- und der 2,k-Dominanzregel an. Die Primärsperren werden für beide Varianten in einem gemeinsamen Verarbeitungslauf gesetzt und gespeichert.

Bei der primären Geheimhaltungsprüfung erfolgt im ersten Schritt eine Generierung des kompletten Datenraums, der sich aus den Einzelsätzen und den über die Definition der Hierarchien resultierenden Summierungen ergibt. Für jedes auf Makroebene geheime Wertmerkmal werden über alle regionalen und sachlichen Ebenen/Summierungen hinweg die folgenden Informationswertmerkmale ermittelt und im Datenpool eingelagert:

- Anteil des größten Einzelberichtspflichtigen,
- Anteil des zweitgrößten Einzelberichtspflichtigen,
- p%-Wert und
- 2,k-Dominanzwert.

4 Importfunktionen erleichtern das Einrichten der Metadaten und synchronisieren die LIS-Auskunfts- und die LIS-Geheimhaltungsdatenbank.

G 10 Geheimhaltungsvorgänge und Vorgangsstatus



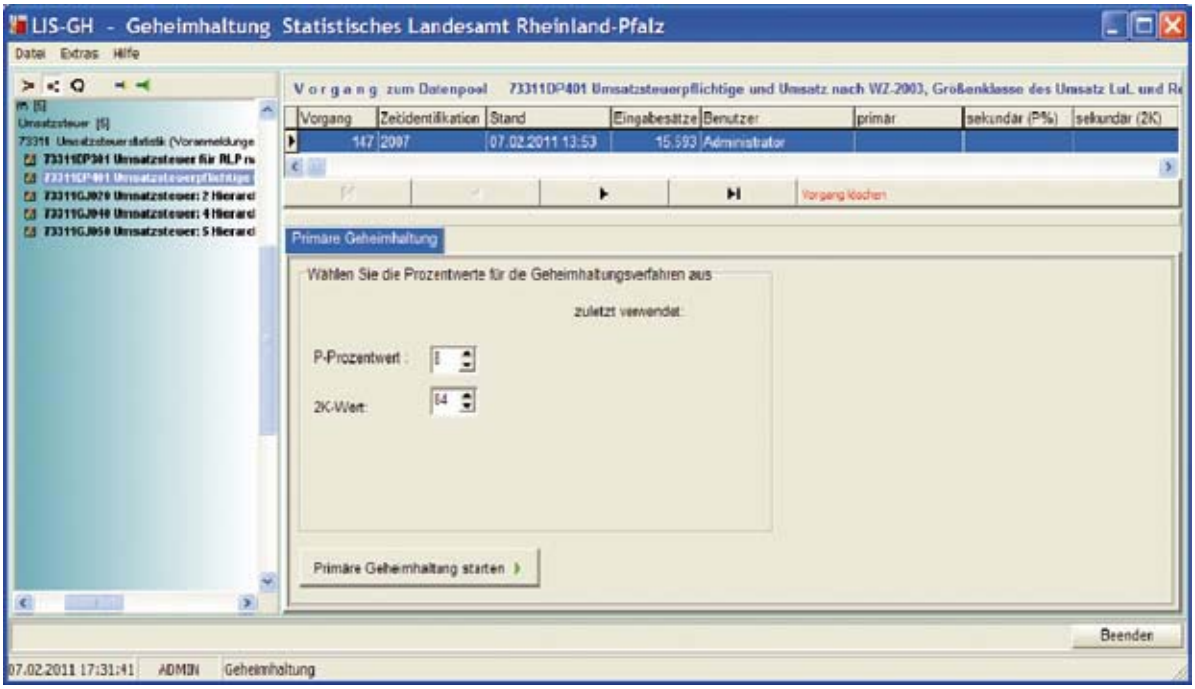
Anschließend werden die Geheimhaltungsstatusfelder für die p%- und die 2,k-Dominanz anhand der vom Benutzer vorgegebenen Parameter bei Bedarf auf „primär geheim" (Geheimhaltungskennzeichen 1 [GHZ 1]) gesetzt. Ein ausführliches Protokoll ist über die entsprechende Registerkarte abrufbar.

Vor dem Veranlassen der Sekundärprüfungen können eventuell vorhandene externe Sperren, wie sie z. B. aus einer bundeseinheitlich abgestimmten Geheimhaltung resultieren können, integriert werden.

Die Aufnahme der Sperren erfolgt analog zu dem Datenimport der Pooldaten über die ETL-Funktionen.

Im nächsten Verarbeitungsschritt wird die sekundäre Geheimhaltungsprüfung veranlasst. Hierbei ist zunächst vorzugeben, ob diese auf Basis der Ergebnisse der p%- oder der 2,k-Dominanzprüfung erfolgen soll. Zudem sind weitere Parameter zu setzen, die für die Wahl der sekundären Sperrpartner und die iterative Abwicklung der sekundären Geheimhaltungsprüfungen von Relevanz sind.

G 11 Primäre Geheimhaltung



Vergabe differenzierter GHZ

Während des Geheimhaltungslaufs werden wiederum entsprechende Geheimhaltungskennzeichen vergeben:

- GHZ 2 = übernommene externe Sperre,
- GHZ 3 = Sperrung erster Durchlauf der sekundären Geheimhaltung,
- GHZ 4 = Sperrung zweiter Durchlauf der sekundären Geheimhaltung,
- GHZ n = Sperrung n-ter Durchlauf der sekundären Geheimhaltung[5].

Alle Prüfungen einschließlich einer fortlaufenden Prüfungsnummer werden in einem Kurzprotokoll und in einem ausführlichen Protokoll festgehalten; ihre Anzeige wird durch Anklicken der entsprechenden Registerkarte veranlasst. Im Rahmen der Protokollierung wird u. a. die Anzahl der je Programmdurchlauf durchgeführten Sperrungen dokumentiert.

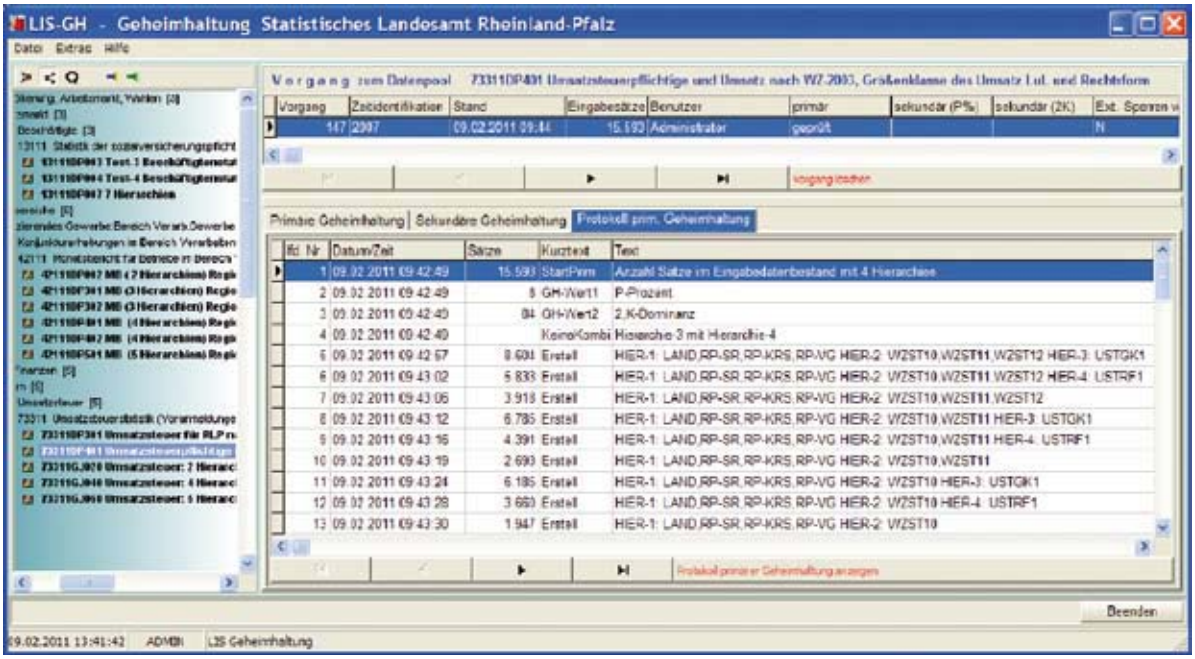
Wiederholungsläufe der gesamten oder nur der sekundären Geheimhaltungsprüfungen mit veränderten Parametern zum Ausloten der erforderlichen Geheimhaltungstiefe sind möglich.

Nach Abschluss der sekundären Geheimhaltungsprüfung werden die geheimhaltungsqualifizierten Daten für die einzelnen zu befüllenden Auskunftsquader exportiert, um sie anschließend in die LIS-Auskunftsdatenbank über die Standard-Importfunktionen zu laden bzw. sonstigen Tabellierungsprogrammen zuzuführen. Die Überleitung der Daten erfolgt im GENESIS-Datenformat[6]. Hierbei ist folgendes zu beachten: Der Datenpool umfasst das komplette Datenspektrum des im Rahmen der Meta-Datenverwaltung definierten Datenraums, während in die LIS-Quader zu Auswertungs- und Veröffentlichungszwecken unter Umständen nur Ausschnitte der Dimensionen, Ausprägungen

5 Die iterative Programmabwicklung endet, wenn keine weiteren Felder mehr sekundär zu sperren sind.

6 GENESIS = GEmeinsames NEues Statistisches InformationsSystem.

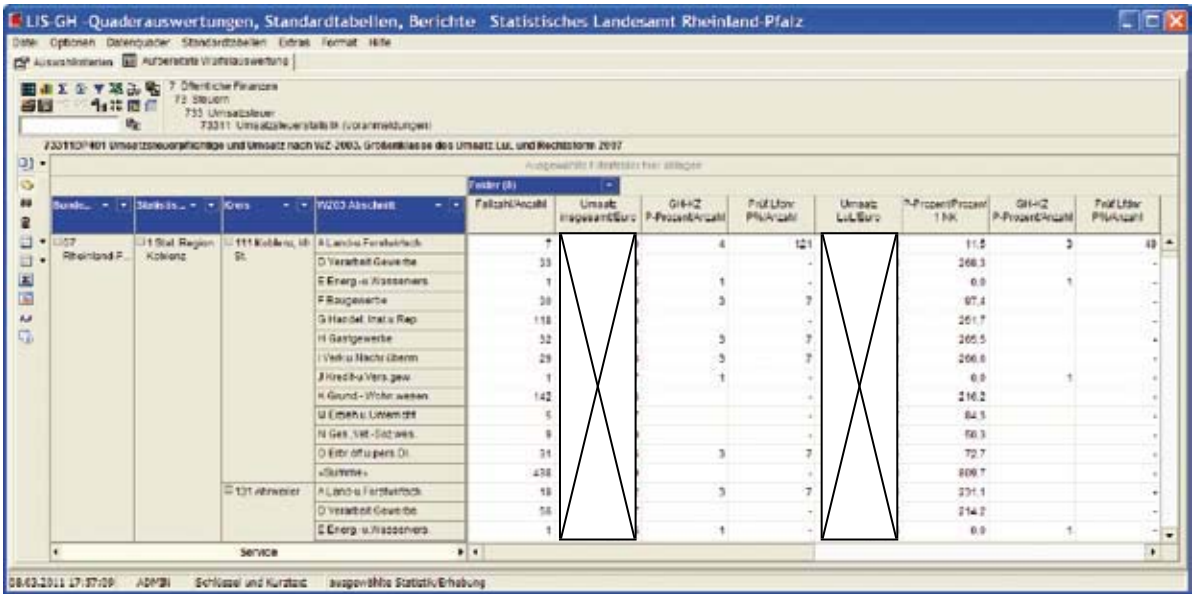
G 12 Protokoll



G 13 Auswertung

und der Werte aufzunehmen sind. Im Beispiel der Umsatzsteuerstatistik wurden im Datenpool die sachlichen Dimensionen Wirtschaftszweigsystematik, Rechtsformen und Größenklassen eingelagert. Die Kombination „Rechtsformen/Größenklassen" wurde im Rahmen der Datenpooldefinition für die Geheimhaltungsprüfung aber gezielt „ausgesteuert"; beide Merkmale dürfen somit nicht in Kombination für einen einzelnen Quader exportiert werden. Die entsprechenden Exportbeschreibungen werden mittels des Datenpooldefinitionsprogramms festgelegt und gespeichert.

G 14 Abruf



Auswertungen Datenpool

Transparenz der Geheimhaltung ist ein zentraler Vorteil des neuen Verfahrens

Nach Durchführung der primären und der sekundären Geheimhaltungsläufe liegen die der Prüfung unterzogenen und die hierbei zusätzlich generierten Daten (z. B. Geheimhaltungskennzeichen) im Datenpool auf Makroebene vor. Sie können mittels des Auswertungsmoduls des LIS zum Zweck der Qualitätssicherung zur Anzeige gebracht und analysiert werden. Diese Auswertungsmöglichkeit ist für die Transparenz der durchgeführten Geheimhaltungsprüfungen von zentraler Bedeutung. So kann z. B. kontrolliert werden, wie sich die Wahl alternativer p%- oder 2,k-Parameter konkret auf Merkmalsebene auswirkt. Ebenso wird das Setzen der Sekundärsperrungen transparent. Bei dem alten Geheimhaltungsverfahren des LIS war dies nicht gegeben. Konkrete Fragen nach den Gründen bestimmter Sperrungen konnten häufig nicht oder nur mit hohem Aufwand beantwortet werden.

Weiteres Vorgehen

Das neue LIS-Geheimhaltungsverfahren wird derzeit einer Qualitätssicherung unterzogen. Danach werden die bislang mit dem alten Geheimhaltungsverfahren überprüften Statistiken sukzessive der neuen Anwendung zugeführt.

Harald Wirtz leitet die Abteilung 3 „Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Finanzen, Steuern“.

Claudia Baier ist Programmiererin im Sachgebiet „Informationssysteme“.

Umsatzsteuerstatistik 2009

Weltwirtschaftskrise lässt Umsätze sinken

Von Dr. Dirk Schneider

Der durchschnittliche steuerbare Umsatz ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um gut neun Prozent gesunken. Die Umsatzsteuer sank dadurch um knapp neun Prozent. Diese Entwicklung dürfte im Wesentlichen in der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 begründet sein.

Die jährliche Bundesstatistik über die Umsatzsteuer-Voranmeldungen (kurz: Umsatzsteuerstatistik [Voranmeldungen]) liefert umfassende Informationen über die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen, die steuerbaren Umsätze, die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, die abziehbare Vorsteuer und die geleisteten Umsatzsteuervorauszahlungen. Die Aufbereitung für das Jahr 2009 erfolgte erstmals auf Grundlage der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008.

Bedeutung der Statistik

Die Steuerstatistiken bilden eine bedeutende Informationsgrundlage für die Politik, die Wissenschaft und die Gesellschaft. Der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) kommt dabei innerhalb der Steuerstatistiken eine besondere Bedeutung zu. Sie liefert umfassende Informationen über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erzielten Umsätze, wie sie in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind. Damit ist sie sowohl ein Instrument der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung, z. B. zum Zwecke der Haushaltsplanungen und Steuerschätzungen des Bundes und der Länder, als auch als ein wichtiges Instrument für die Fiskal- und Steuerpolitik.

Durchschnittlicher steuerbarer Umsatz sinkt um neun Prozent

Die Anzahl der Unternehmen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet waren, belief sich im Jahr 2009 auf 154 543. Diese Unternehmen erzielten einen steuerbaren Umsatz von 195,5 Milliarden Euro. Davon entfielen 178,5 Milliarden Euro, d. h. mehr als 91 Prozent, auf Umsätze aus Lieferungen und Leistungen und 17 Milliarden Euro auf Umsätze aus innergemeinschaftlichen Erwerben. Je Unternehmen ergab sich damit ein durchschnittlicher Umsatz von knapp 1,3 Millionen Euro. Die angefallene Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer betrug insgesamt 28,2 Milliarden Euro, die abziehbare Vorsteuer insgesamt 22,8 Milliarden Euro. Umsatzsteuervorauszahlungen wurden in Höhe von 5,5 Milliarden Euro geleistet.

Durchschnittlich 1,3 Millionen Euro Umsatz je Unternehmen

Die Anzahl der voranmeldungspflichtigen und somit in der Statistik nachgewiesenen Unternehmen sank im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um knapp zwei Prozent bzw. 2 800. Der steuerbare Umsatz brach gar

Steuerbarer Umsatz sinkt auf Niveau von 2006

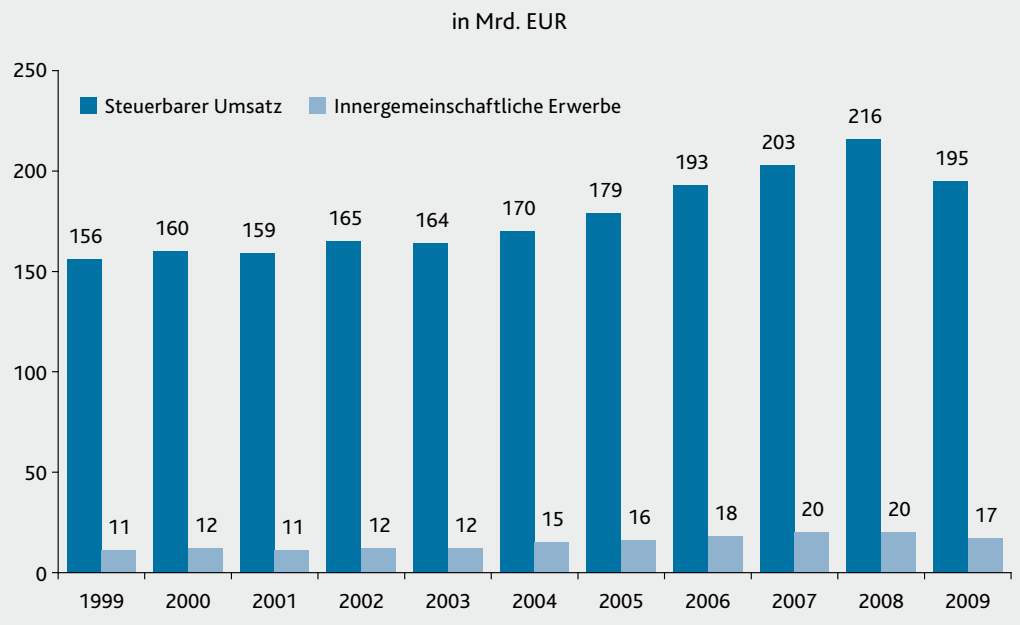
Rechtsgrundlagen

Die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ist eine Bundesstatistik, die seit dem Jahr 1996 im jährlichen Turnus erstellt wird. Die Rechtsgrundlage der Statistik für das Jahr 2009 bildet das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2008 (BGBl. I S. 1626), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

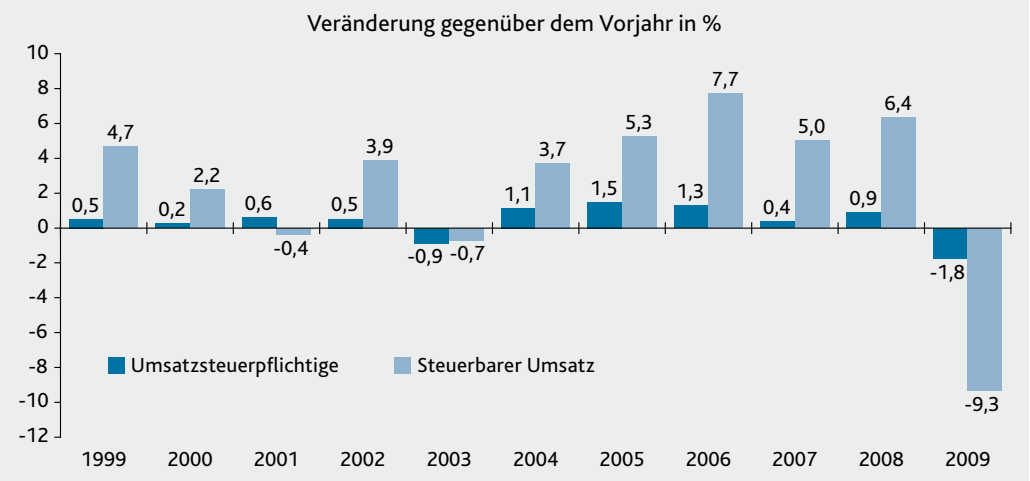
Das Erhebungsprogramm der Umsatzsteuerstatistik leitet sich aus den steuerrechtlichen Tatbeständen über die Besteuerung des Umsatzes ab. Die einschlägigen Rechtsgrundlagen dafür bilden das Umsatzsteuergesetz, die Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung und die Umsatzsteuerrichtlinien in der jeweils gültigen Fassung. Bei einem jahresübergreifenden Ergebnisvergleich sind folglich stets die zwischenzeitlich erfolgten Änderungen des Umsatzsteuerrechts zu beachten. Diese können Auswirkungen auf die Anzahl der in die Erhebung einzubeziehenden Unternehmen, die Erhebungsmerkmale und die Merkmalsausprägungen haben.

Im Jahr 2009 wurde die Grenze für die Steuerschuld gemäß § 18 Abs. 2 UStG, bis zu der das zuständige Finanzamt einen Unternehmer von der Verpflichtung zur Abgabe von Voranmeldungen und zur Entrichtung von Vorauszahlungen befreien kann, von 512 auf 1000 Euro angehoben. Diese Änderung bewirkt zwangsläufig einen Rückgang der Anzahl der Unternehmen, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind.

G 1 Steuerbarer Umsatz und innergemeinschaftliche Erwerbe 1999–2009



G 2 Umsatzsteuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 1999–2009



um rund neun Prozent bzw. 20,1 Milliarden Euro ein. Der durchschnittliche steuerbare Umsatz je Unternehmen verminderte sich um knapp acht Prozent bzw. 105 000 Euro. Insgesamt fielen damit die genannten Größen im Jahr 2009 etwa auf das Niveau des Jahres 2006 zurück. Ursächlich für die Entwicklung des steuerbaren Umsatzes dürfte im Wesentlichen die Weltwirtschaftskrise des Jahres 2009 gewesen sein. Der Rückgang der Zahl nachgewiesener Unternehmen ist dagegen eher auf die Steuerrechtsänderung hinsichtlich der Grenze zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung zurückzuführen (siehe Textkasten Erhebungsverfahren). Unternehmen, die im laufenden Jahr 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise zahlungsunfähig wurden, hatten bis zu diesem Zeitpunkt in der Regel Voranmeldungen abgegeben und wurden somit in der Statistik für das Jahr 2009 erfasst. Einzig und allein die Umsatzsteuervorauszahlungen stiegen an, und zwar um 4,6 Prozent. Dies ist vornehmlich durch einen Anstieg der Umsatzsteuervorauszahlungen bei Unternehmen mit einem Umsatz von einer Milliarde Euro und mehr zu erklären.

95 Prozent der Unternehmen setzen weniger als zwei Millionen Euro um

In der Umsatzsteuerstatistik werden die Ergebnisse nach detaillierten, mit zunehmenden Umsätzen breiter werdenden Umsatzgrößenklassen aufbereitet. Diese Einteilung verdichtet das Statistische Bundesamt in seinen Veröffentlichungen häufig auf vier Umsatzgrößenklassen: [1, 2]

- Kleinstunternehmen (Umsätze von höchstens zwei Millionen Euro)
- Kleine Unternehmen (Umsätze zwischen zwei und zehn Millionen Euro)
- Mittlere Unternehmen (Umsätze zwischen zehn und 50 Millionen Euro)
- Große Unternehmen (Umsätze mehr als 50 Millionen Euro).

Nach der EU-Nomenklatur sind für die Zuordnung zu den Größenklassen zusätzlich noch die Anzahl der Beschäftigten und die Höhe der Jahresbilanzsumme von Relevanz. Angaben zu diesen Größen werden im Rahmen

1 Diese sind den Größenklassen aus der Empfehlung 2003/361/EG der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003, betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleineren und mittleren Unternehmen (vgl. ABl. L124 vom 20. Mai 2003), angenähert.

2 Dieser Umsatzbegriff ist nicht deckungsgleich mit dem der steuerbaren Umsätze gemäß Umsatzsatzsteuerrecht.

T 1 Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz 2008 und 2009 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse	Umsatzgrößenklassen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz		
		2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008
		Anzahl		%	Mill EUR		%
Kleinstunternehmen	17 500 – 2 Mill.	149 239	146 907	-1,6	33 646	33 045	-1,8
Kleine Unternehmen	2 Mill. – 10 Mill.	6 252	5 914	-5,4	27 195	25 503	-6,2
Mittlere Unternehmen	10 Mill. – 50 Mill.	1 435	1 352	-5,8	31 682	30 181	-4,7
Große Unternehmen	50 Mill. und mehr	417	370	-11,3	123 020	106 736	-13,2
Insgesamt		157 343	154 543	-1,8	215 543	195 465	-9,3

der Umsatzsteuerstatistik aber nicht erhoben. Die Zuordnung der Unternehmen erfolgt deshalb ausschließlich nach der Höhe der Umsätze aus Lieferungen und Leistungen.

Über die Hälfte der steuerbaren Umsätze entfällt auf große Unternehmen

Die größte Anzahl an voranmeldungspflichtigen Unternehmen stellen gemäß der dargelegten Nomenklatur der Europäischen Kommission die Kleinstunternehmen. Im Jahr 2009 wurden 146 907 Kleinstunternehmen in Rheinland-Pfalz gezählt. Dies sind mehr als 95 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen. Mit zunehmender Höhe der Umsätze aus Lieferungen und Leistungen nimmt die Anzahl der Unternehmen, die zu einer Größenklasse gehören, ab. Die geringste Anzahl an Unternehmen stellen somit die großen, d. h. die Unternehmen mit Umsätzen von 50 Millionen Euro und mehr. Ihre Anzahl belief sich in Rheinland-Pfalz 2009 auf 370 Unternehmen, was 0,24 Prozent aller Unternehmen entspricht. Die großen Unternehmen erwirtschafteten allerdings insgesamt die höchsten steuerbaren Umsätze. Sie beliefen sich auf 106,7 Milliarden Euro und machten damit knapp 55 Prozent der steuerbaren Umsätze aller Unternehmen aus. Die Umsatzsummen der übrigen Unternehmen bewegten sich im Bereich zwischen 25,5 Milliarden Euro bei den kleinen Unternehmen und 33 Milliarden Euro bei den Kleinstunternehmen.

Große Unternehmen besonders stark von Krise betroffen

Im Vergleich zum Vorjahr erlitten die großen Unternehmen im Jahr 2009 die deutlichsten Einbußen. Bei ihnen reduzierte sich die Anzahl um mehr als elf Prozent und der steuerbare Umsatz um 13 Prozent. Die geringste Veränderung war bei den Kleinstunternehmen zu verzeichnen. Dort fiel die Anzahl der Unternehmen um etwa 1,6 Prozent und der steuerbare Umsatz um 1,8 Prozent. Bei den mittleren Unternehmen verlief der Rückgang des steuerbaren Umsatzes hingegen weniger stark als der Rückgang der Anzahl der Steuerpflichtigen, sodass der steuerbare Durchschnittsumsatz je Unternehmen sogar um gut ein Prozent stieg.

Verarbeitendes Gewerbe erwirtschaftet höchsten Anteil am steuerbaren Umsatz

Vorjahresvergleich durch Umstieg auf neue WZ erschwert

Die Umsatzsteuerstatistik wurde für das Berichtsjahr 2009 erstmals nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) aufbereitet. Gegenüber der WZ 2003 wurde hierin die Gliederungsstruktur an notwendige ökonomische, technische oder gesellschaftliche Veränderungen angepasst. So wurden unter anderem neue Wirtschaftsabschnitte eingeführt, z. B. der Abschnitt J (Information und Kommunikation), und der Dienstleistungsbereich wurde tiefer untergliedert. Dadurch ist ein Vergleich von Auswertungen auf Basis der WZ 2008

Erhebungsverfahren

Die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ist eine Sekundärstatistik. Die im Rahmen der Erstellung der Statistik verarbeiteten Daten stammen aus den Angaben, die die Finanzverwaltungen im Rahmen der Abwicklung des Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und -Vorauszahlungsverfahrens ermittelt haben. In Rheinland-Pfalz werden die Angaben dem Statistischen Landesamt vom Rechenzentrum der Oberfinanzdirektion Koblenz übergeben. Die Datenlieferungen beinhalten Angaben aus dem Besteuerungsverfahren und Angaben aus dem Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung. Letztere umfassen Ordnungsangaben, wie z. B. Kennziffern für den Wirtschaftszweig und die Rechtsform der Umsatzsteuerpflichtigen sowie den amtlichen Gemeindeschlüssel.

Erhebungseinheiten und Erhebungsgesamtheit

Die Erhebungseinheiten der Umsatzsteuerstatistik sind die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, die zur Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind. Bei der Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung. Die Erhebungsgesamtheit bilden daher alle Unternehmen, die für das betreffende Jahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben. In die Statistik werden somit aus umsatzsteuerrechtlichen Gründen die folgenden Unternehmen nicht einbezogen:

- sogenannte Jahreszahler (vgl. § 18 Abs. 2 UStG), d. h. Unternehmer, deren Steuerschuld für das Vorjahr nicht mehr als 1 000 Euro betragen hat. Dazu zählen
  - Unternehmen mit geringen Umsätzen.
  - Unternehmen mit hohen, aber nahezu ausschließlich steuerfreien Umsätzen gemäß § 4 UStG, z. B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte ohne Labor, Behörden und Versicherungsvertreter.
  - landwirtschaftliche Unternehmen, die gemäß § 24 Abs. 1 UStG nach Durchschnittssätzen besteuert werden.

  Diese Unternehmer kann das Finanzamt von der Verpflichtung zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung und der Entrichtung der Vorauszahlungen befreien. Sie müssen dann lediglich eine jährliche Umsatzsteuer-Erklärung einreichen. Haben die Unternehmer allerdings eine Voranmeldung abgegeben, so sind deren Unternehmen in die Statistik einzubeziehen.
- Kleinunternehmer (vgl. § 19 Abs. 1 UStG), d. h. Unternehmer mit einem Vorjahresumsatz von bis zu 17 500 Euro und einem Umsatz im laufenden Jahr, der voraussichtlich 50 000 Euro nicht übersteigen wird. Von diesen Unternehmern wird keine Umsatzsteuer erhoben.
- Organtöchter (vgl. § 2 Abs. 2 UStG), die finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des Organträgers eingegliedert sind. Diese Unternehmen üben ihre gewerbliche Tätigkeit nicht selbständig aus. Die Umsatzsteuer der Organtöchter wird deshalb bei der Organmutter erhoben.

Für die Zurechnung eines Unternehmens zur Erhebungsgesamtheit ist es unerheblich, ob das Unternehmen das gesamte Vorjahr und das gesamte Berichtsjahr über bestanden hat oder nicht.

Erhebungskatalog

Die Umsatzsteuerstatistik vermittelt einen detaillierten Überblick über die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen, die zur Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind, die von diesen erzielten Umsätze und die angefallene Umsatzsteuer, und zwar gegliedert nach Umsatzgrößenklassen, nach Wirtschaftszweigen, nach Rechtsformen und nach dem amtlichen Gemeindeschlüssel. Der Erhebungskatalog der Umsatzsteuerstatistik umfasst den steuerbaren Umsatz in der im Besteuerungsverfahren angezeigten Gliederung, die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, die abziehbare Vorsteuer und die geleistete Umsatzsteuervorauszahlung. Darüber hinaus beinhaltet er unter anderem den amtlichen Gemeindeschlüssel, die Rechtsform, den Wirtschaftszweig, die Dauer der Steuerpflicht, die Besteuerungsform und den Vorauszahlungszeitraum. Die Einordnung der Unternehmen in Wirtschaftsabschnitte erfolgt jeweils nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen, gemessen an der Wertschöpfung. Die Zuordnung zum amtlichen Gemeindeschlüssel richtet sich, sofern ein Unternehmer mehrere Betriebe unterhält oder ein Unternehmen aus mehreren Einheiten besteht, nach dem Sitz der Geschäftsleitung.

und der WZ 2003 bereits auf der Ebene der Wirtschaftsabschnitte erschwert. Aus diesem Grund wird nachfolgend auf einen tiefergehenden Vorjahresvergleich nach der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen verzichtet.

Gut ein Fünftel aller erfassten Unternehmen sind im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen tätig

Im Jahr 2009 ist die mit Abstand größte Anzahl an voranmeldungspflichtigen Unternehmen, nämlich gut 33 000 bzw. 21 Prozent aller Unternehmen, dem neuen Wirtschaftsabschnitt G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) zuzuordnen. Im Jahr 2008 wies der Wirtschaftsabschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt) mit knapp 41 400 Unternehmen bzw. gut 26 Prozent die stärkste Besetzung auf. Dieser Wechsel an der Spitze ist jedoch einzig und allein in der Änderung der Wirtschaftszweigsystematik begründet: Mit der Umstellung von der WZ 2003 auf die WZ 2008 wurde der Bereich K im Wesentlichen in die drei neuen Wirtschaftsabschnitte L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen) und N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen) unterteilt. Diese drei Wirtschaftszweige zusammen vereinigen eine Anzahl von knapp 39 900 bzw. knapp 26 Prozent aller Unternehmen. Weitere Wirtschaftsabschnitte, denen eine Anzahl von mehr als 10 000 Unternehmen zuzuordnen ist, sind die Abschnitte F (Baugewerbe) mit knapp 16 900 Unternehmen und C (Verarbeitendes Gewerbe) mit knapp 14 200 Unternehmen.

Der höchste steuerbare Umsatz entfiel auf die Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt C (Verarbeitendes Gewerbe). Hier wurden gut 86,8 Milliarden Euro bzw. 44 Prozent des steuerbaren Umsatzes insgesamt generiert. Darauf folgen die Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt G (Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen), die einen steuerbaren Umsatz von knapp 56,9 Milliarden Euro erwirtschafteten, was 29 Prozent des steuerbaren Umsatzes insgesamt ausmachte. Diese beiden Wirtschaftsabschnitte vereinigten damit etwa 73,5 Prozent des steuerbaren Umsatzes insgesamt und stellten somit die eindeutig dominanten Abschnitte dar. Dies entspricht auch der Situation im Vorjahr 2008.

71 Prozent aller Unternehmen sind Einzelunternehmen

Kapitalgesellschaften erwirtschafteten die Hälfte aller steuerbaren Umsätze

Die mit Abstand größte Anzahl an voranmeldungspflichtigen Unternehmen wurde im Jahr 2009 in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt. Insgesamt gehörten 109 617 bzw. 71 Prozent aller Unternehmen dieser Rechtsform an. Die Einzelunternehmen erzielten allerdings nur knapp 27 Milliarden Euro an steuerbaren Umsätzen und damit etwa 14 Prozent aller steuerbaren Umsätze. Die deutlich höchsten steuerbaren Umsätze erwirtschafteten hingegen die Kapitalgesellschaften, und zwar insgesamt gut 100 Milliarden Euro bzw. 51 Prozent aller Umsätze. Die Zahl der Kapitalgesellschaften belief sich aber nur auf 20 715, was 13 Prozent aller Unternehmen entspricht. Dies ist eine zwangsläufige Folge der unterschiedlichen Größen von Einzelunternehmen auf der einen und Kapitalgesellschaften auf der anderen Seite. Die Zahl der Personengesellschaften war mit 20 079 Unternehmen erheblich niedriger als die der Einzelunternehmen. Sie entsprach in etwa der Anzahl der Kapitalgesellschaften. Die steuerbaren Umsätze der Personengesellschaften lagen

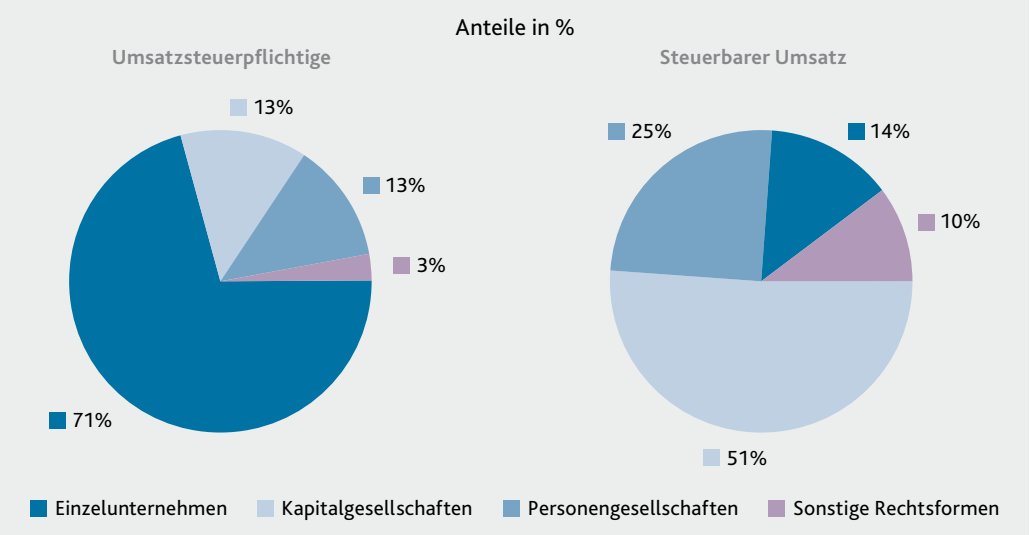
T 2 Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz 2009 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt		Steuerpflichtige	Steuerbarer Umsatz
		Anzahl	Mill. EUR
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8 382	1 552
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	153	1 113
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 173	86 797
D	Energieversorgung	939	6 019
E	Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	562	1 557
F	Baugewerbe	16 878	11 125
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	33 010	56 882
H	Verkehr und Lagerei	5 139	4 442
I	Gastgewerbe	14 363	2 772
J	Information und Kommunikation	4 903	4 643
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	841	1 413
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 195	2 810
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	18 685	5 401
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	7 001	2 993
P	Erziehung und Unterricht	2 020	290
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	1 865	3 230
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 026	1 344
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	7 408	1 082
A–S	Insgesamt	154 543	195 465

T 3 Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz 2008 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt		Steuerpflichtige	Steuerbarer Umsatz
		Anzahl	Mill. EUR
A	Land- und Forstwirtschaft	10 187	2 052
B	Fischerei und Fischzucht	16	4
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	159	1 106
D	Verarbeitendes Gewerbe	16 950	107 684
E	Energie- und Wasserversorgung	941	6 297
F	Baugewerbe	16 085	10 587
G	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	34 744	56 862
H	Gastgewerbe	14 568	2 801
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5 860	5 131
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	611	1 504
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftl. Dienstleistungen, a.n.g.	41 398	14 938
M	Erziehung und Unterricht	1 616	238
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 240	3 069
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	11 968	3 270
A–O	Insgesamt	157 343	215 543

G 3 Umsatzsteuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2009 nach Rechtsformen



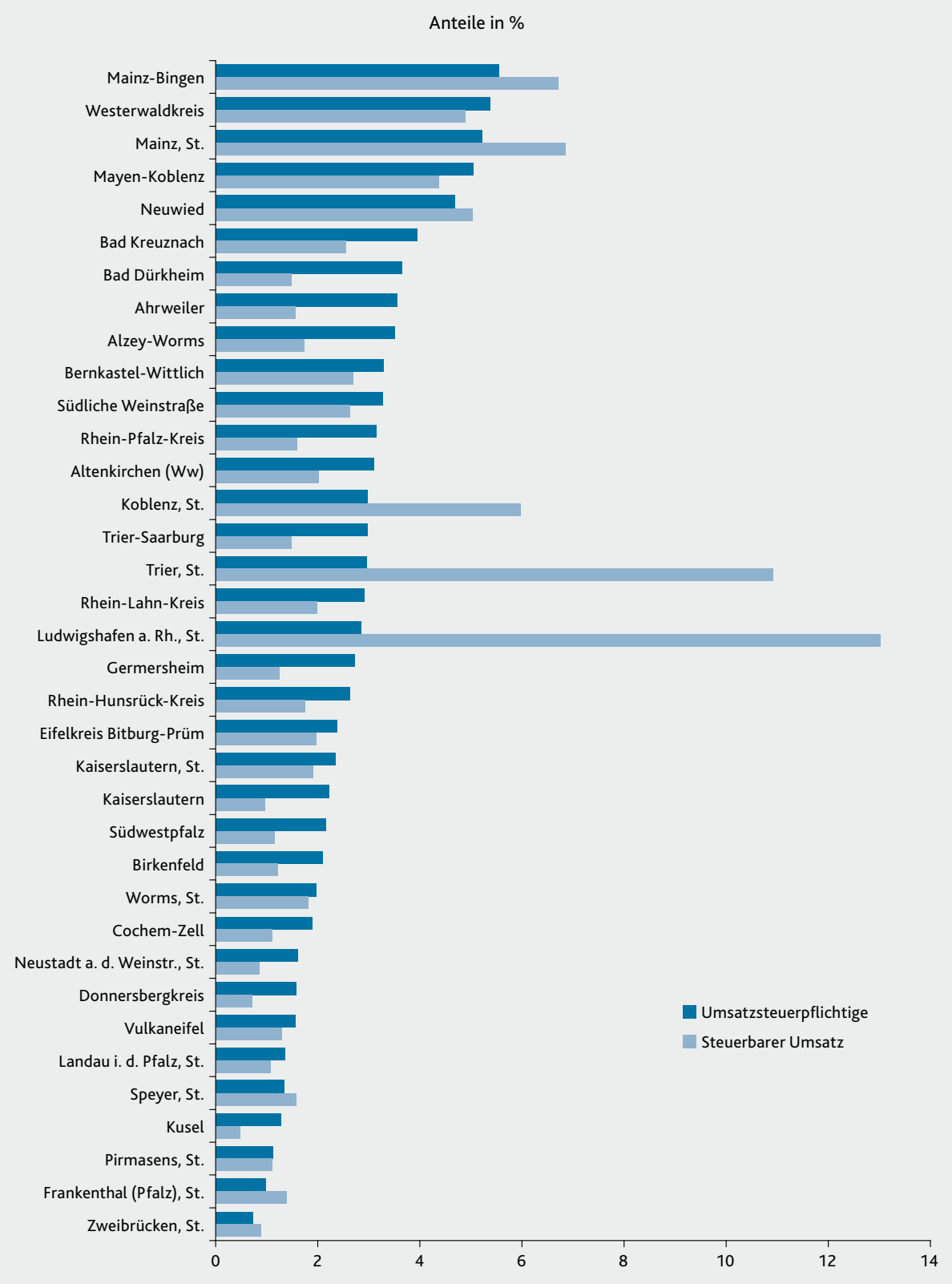
mit 48,8 Milliarden Euro zwischen den Umsätzen der Kapitalgesellschaften und der Einzelunternehmen. Den Unternehmen mit sonstigen Rechtsformen kam schließlich nur eine untergeordnete Rolle zu.

Damit ähnelt die Struktur der voranmeldungspflichtigen Unternehmen nach Rechtsformen der Unternehmen im Jahr 2009 der Struktur des Vorjahres. Die im Laufe des Jahres 2009 eingetretenen Änderungen gestalteten sich dennoch je nach Rechtsform unterschiedlich. Lediglich bei den Einzelunternehmen und den Unternehmen mit sonstigen Rechtsformen war hinsichtlich der Zahl ein Rückgang zu verzeichnen. Am stärksten waren die Einzelunternehmen betroffen, deren Zahl sich gegenüber dem Jahr 2008 um vier Prozent reduzierte. Die Zahl der Unternehmen mit sonstiger Rechtsform ging um 0,7 Prozent zurück. Die Anzahl der Kapitalgesellschaften dagegen erhöhte sich um 1,8 Prozent, die der Personengesellschaften sogar um 7,9 Prozent. Was die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen betrifft, hatten jedoch die Unternehmen aller Rechtsformen Einbrüche zu beklagen. Die heftigsten Rückgänge verzeichneten die Kapitalgesellschaften mit 9,1 Prozent, die geringsten Rückgänge die Einzelunternehmen mit 7,2 Prozent.

T 4 Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz 2008 und 2009 nach Rechtsformen

Rechtsform	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz		
	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008
	Anzahl		%	Mill EUR		%
Einzelunternehmen	114 213	109 617	-4,0	28 898	26 789	-7,3
Personengesellschaften	18 617	20 079	7,9	53 507	48 769	-8,9
Kapitalgesellschaften	20 353	20 715	1,8	111 430	99 988	-10,3
Sonstige Rechtsformen	4 160	4 132	-0,7	21 708	19 919	-8,2
Insgesamt	157 343	154 543	-1,8	215 543	195 465	-9,3

G 4 Umsatzsteuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2009 nach Verwaltungsbezirken



T 5 Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz 2008 und 2009 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz		
	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008
	Anzahl		%	Mill EUR		%
Frankenthal (Pfalz), St.	1 550	1 518	-2,1	2 939	2 725	-7,3
Kaiserslautern, St.	3 709	3 636	-2,0	4 001	3 747	-6,3
Koblenz, St.	4 683	4 593	-1,9	13 485	11 694	-13,3
Landau i. d. Pfalz, St.	2 169	2 099	-3,2	2 171	2 083	-4,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	4 548	4 411	-3,0	29 992	25 437	-15,2
Mainz, St.	8 179	8 062	-1,4	13 462	13 383	-0,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 523	2 481	-1,7	.	1 679	.
Pirmasens, St.	1 764	1 728	-2,0	.	2 152	.
Speyer, St.	2 135	2 086	-2,3	3 259	3 072	-5,7
Trier, St.	4 612	4 561	-1,1	22 949	21 342	-7,0
Worms, St.	3 079	3 033	-1,5	4 069	3 558	-12,6
Zweibrücken, St.	1 141	1 126	-1,3	.	1 745	.
Ahrweiler	5 482	5 492	0,2	3 027	3 049	0,7
Altenkirchen (Ww.)	4 899	4 800	-2,0	4 642	3 924	-15,5
Alzey-Worms	5 492	5 423	-1,3	3 626	3 379	-6,8
Bad Dürkheim	5 798	5 638	-2,8	3 112	2 910	-6,5
Bad Kreuznach	6 158	6 095	-1,0	5 793	4 998	-13,7
Bernkastel-Wittlich	5 285	5 082	-3,8	5 958	5 256	-11,8
Birkenfeld	3 313	3 240	-2,2	2 533	2 382	-6,0
Cochem-Zell	3 057	2 925	-4,3	2 148	2 158	0,4
Donnersbergkreis	2 544	2 438	-4,2	1 858	1 406	-24,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 710	3 674	-1,0	4 173	3 848	-7,8
Germersheim	4 314	4 205	-2,5	2 719	2 428	-10,7
Kaiserslautern	3 447	3 434	-0,4	2 073	1 877	-9,5
Kusel	2 026	1 970	-2,8	1 005	952	-5,3
Mainz-Bingen	8 626	8 586	-0,5	13 722	13 121	-4,4
Mayen-Koblenz	7 906	7 808	-1,2	9 589	8 532	-11,0
Neuwied	7 357	7 240	-1,6	10 863	9 849	-9,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 098	4 068	-0,7	3 906	3 418	-12,5
Rhein-Lahn-Kreis	4 612	4 504	-2,3	4 187	3 890	-7,1
Rhein-Pfalz-Kreis	4 986	4 873	-2,3	.	3 116	.
Südliche Weinstraße	5 166	5 069	-1,9	5 888	5 130	-12,9
Südwestpfalz	3 387	3 334	-1,6	.	2 240	.
Trier-Saarburg	4 681	4 591	-1,9	3 970	2 914	-26,6
Vulkaneifel	2 420	2 411	-0,4	2 464	2 526	2,5
Westerwaldkreis	8 487	8 309	-2,1	10 297	9 547	-7,3
Insgesamt	157 343	154 543	-1,8	215 543	195 465	-9,3
kreisfreie Städte	40 092	39 334	-1,9	102 501	92 616	-9,6
Landkreise	117 251	115 209	-1,7	113 042	102 849	-9,0

Steuerbarer Umsatz je Unternehmen in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen

Großteil der erfassten Unternehmen in den Landkreisen ansässig

Eine Aufgliederung der Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken zeigt, dass in den rheinland-pfälzischen Landkreisen deutlich mehr voranmeldungspflichtige Unternehmen ansässig waren als in den kreisfreien Städten des Landes. Für das Jahr 2009 wurden 115 209 Unternehmen in den Landkreisen ermittelt gegenüber 39 334 Unternehmen in den kreisfreien Städten. Die Summe der steuerbaren Umsätze hingegen war in den Landkreisen nur leicht höher als in den kreisfreien Städten. Sie erreichte im Jahr 2009 Werte von 102,9 Milliarden Euro in den Landkreisen gegenüber 92,6 Milliarden Euro in den kreisfreien Städten. Der steuerbare Umsatz je Unternehmen fiel demzufolge in den Landkreisen deutlich niedriger aus als in den kreisfreien Städten. Er betrug im Jahr 2009 bei den Landkreisen 0,9 Millionen Euro und bei den kreisfreien Städten 2,4 Millionen Euro. Verglichen mit den Ergebnissen des Vorjahres erlitten die Landkreise im Jahr 2009 leicht höhere relative Rückgänge. Die Anzahl der Steuerpflichtigen verminderte sich in den Landkreisen um 1,7 Prozent und in den kreisfreien Städten um 1,9 Prozent, der steuerbare Umsatz um neun bzw. 9,6 Prozent und der steuerbare Umsatz je Unternehmen um 7,4 Prozent bzw. 7,9 Prozent.

Spitzenreiter: Ludwigshafen am Rhein

Die höchsten steuerbaren Umsätze je steuerpflichtigem Unternehmen unter den kreisfreien Städten wurden in Ludwigshafen am Rhein mit knapp 5,8 Millionen Euro erreicht, gefolgt von Trier mit knapp 4,7 Millionen Euro und Koblenz mit gut 2,5 Millionen Euro. Die steuerbaren Umsätze je Unternehmen in den Landkreisen lagen deutlich darunter: Den höchsten Wert erzielte der Landkreis Mainz-Bingen mit 1,5 Millionen Euro sowie der Kreis Neuwied mit gut 1,3 Millionen Euro. Gemessen an den relativen Änderungen waren unter den kreisfreien Städten Zweibrücken (–16 Prozent) und Ludwigshafen am Rhein (–13 Prozent) und unter den Landkreisen Kaiserslautern (–50 Prozent), Trier-Saarburg (–25 Prozent) sowie der Donnersbergkreis (–21 Prozent) am stärksten betroffen. Lediglich die kreisfreie Stadt Mainz sowie die Landkreise Cochem-Zell, Vulkaneifel, Südwestpfalz und Ahrweiler hatten im Durchschnitt keine Rückgänge zu verzeichnen. Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung des steuerbaren Umsatzes je umsatzsteuerpflichtigem Unternehmen jeweils durch die Entwicklung des absoluten steuerbaren Umsatzes.

Gesamtbetrachtung

Zusammenfassend betrachtet haben sich im Jahr 2009 die Zahl der Unternehmen, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind, und die getätigten steuerbaren Umsätze der Unternehmen insgesamt in einem historischen Ausmaß vermindert. Die Einnahmen des Staates aus der Umsatzsteuer fielen erheblich geringer aus als ursprünglich erwartet. Unternehmen und Staat waren von dieser negativen Entwicklung somit gleichermaßen betroffen. Eine Aufgliederung der Ergebnisse nach Umsatzgrößenklassen, Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Regionen offenbart jedoch ein differenzierteres Bild.

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat Finanzen, Steuern.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in der deutschen Wirtschaft trübt sich ein

ifo Geschäftsklimaindex gesunken

Der ifo Index hat im Juli deutlich nachgegeben. Der Indexwert sank von 114,5 auf 112,9 Punkte. Belastungsfaktoren wie die Schuldenkrise in Europa, die nach wie vor schwache Konjunkturentwicklung in den USA und die steigenden Rohstoffpreise drücken die Stimmung in der Wirtschaft.

Geschäftslage und Geschäftserwartungen ungünstiger beurteilt

Sowohl die Beurteilung der Geschäftslage als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich eingetrübt. Der Lageindex verschlechterte sich von 123,3 auf 121,4 Punkte, nachdem er im Vormonat noch leicht gestiegen war. Der Erwartungsindex gab zum fünften Mal in Folge nach, er sank von 106,2 auf 105 Punkte. Vor allem im Auslandsgeschäft sind die Unternehmen nicht mehr so optimistisch.

Nur im Bauhauptgewerbe ist die Stimmung besser

Lediglich im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung der Unternehmen im Juli verbessert, und zwar vor allem aufgrund einer günstigeren Lagebeurteilung. In der Industrie sowie im Groß- und Einzelhandel ist das Geschäftsklima ungünstiger als noch im Vormonat.

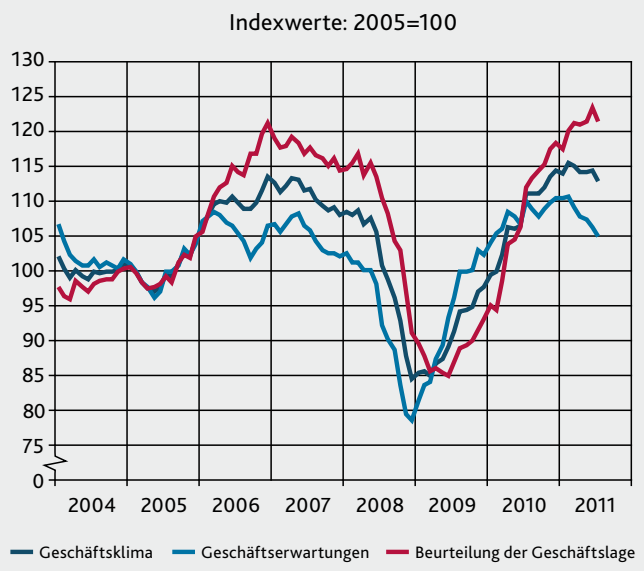
Produktion im verarbeitenden Gewerbe zieht kräftig an

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +14 Prozent

Für Rheinland-Pfalz deuten die harten Indikatoren für April 2011 noch auf eine gute konjunkturelle Lage hin. Der „geglättete" Produktionsindex für die Industrie weist im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des Güterausstoßes um 14 Prozent aus. Damit

Stand: Juli 2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft[1]



1 Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

liegen die Zuwachsraten bereits seit März 2010 im zweistelligen Bereich. Die Produktion erreichte wieder das Vorkrisenniveau vom August 2008.

In den großen Branchen zieht die Produktion weiter an

Die drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im April 2011 alle eine höhere Produktion als ein Jahr zuvor: Die chemische Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen"; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) steigerte ihren Ausstoß allerdings lediglich um 1,2 Prozent. Den kräftigsten Zuwachs verbuchte mit einem Plus von 40 Prozent wiederum der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen"; Anteil 2010: zwölf Pro-

zent). Im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich ein Anstieg um 27 Prozent.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Die Auftragseingänge deuten darauf hin, dass die günstige Entwicklung in der rheinland-pfälzischen Industrie in den kommenden Monaten anhalten wird. Dazu leistet das Auslandsgeschäft einen wesentlichen Beitrag.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes steigen um zehn Prozent

Die geglätteten Auftragseingänge haben sich im April 2011 gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent verbessert und erreichten damit wieder fast das Niveau vom Juli 2008. Die Bestellungen aus dem Ausland legten erneut deutlich stärker zu als die Auftragseingänge aus dem Inland (Inland: +5,9 Prozent; Ausland: +14 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +1,7 Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im April die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr etwas verbessert (+1,7 Prozent). Während die Nachfrage aus dem Inland unverändert blieb, gab es im Auslandsgeschäft eine leichte Verbesserung um 2,6 Prozent.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Der Fahrzeugbau verbuchte wiederum ein sehr deutliches Auftragsplus von 28 Prozent. Trotzdem fiel die Steigerung im April geringer aus als in den vorangegangenen 16 Monaten, als die Zuwächse sogar zwischen 35 und 75 Prozent gelegen hatten. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen in der Wirtschaftskrise zogen vor allem die Auslandsaufträge mit +53 Prozent erneut sehr deutlich an. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich dagegen nur noch um 3,3 Prozent.

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im April den Vorjahreswert um 21 Prozent. Die heimische Nachfrage verbesserte sich um 17 Prozent. Bei der Auslandsnachfrage gab es mit +23 Prozent erneut einen kräftigeren Anstieg, der allerdings hinter den starken Verbesserungen seit November 2009 zurückblieb.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Kräftige Zunahme der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +8,7 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im April 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,7 Prozent gestiegen. Davor hatte es von Januar bis März bereits Zuwächse zwischen 6,2 bzw. 15 Prozent gegeben, nachdem es im November und Dezember 2010 noch zu leichten Rückgängen gekommen war.

Im Tiefbau sinken die Auftragseingänge tendenziell seit einem Jahr; im April 2011 lag das Minus bei 2,4 Prozent. Im Hochbau hatte es dagegen – mit Ausnahme eines Rückgangs im Dezember – in den vorangegangenen zwölf Monaten steigende Auftragszahlen gegeben. Im April 2011 verbuchte dieser Teilbereich mit einem deutlichen Anstieg wiederum eine starke Verbesserung (+25 Prozent). Im Februar und März hatte das Plus sogar 42 bzw. 34 Prozent betragen. Gerade im Bauhauptgewerbe ist allerdings zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt sprunghaft an

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im April 2011 wieder kräftig gestiegen (+54 Prozent). Bereits von Dezember 2010 bis März 2011 war es zu sehr deutlichen Verbesserungen gekommen (zwischen +40 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel steigt weiter

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im April 2011 einen realen Anstieg um 2,4 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Dezember 2010 Umsatzsteigerungen festgestellt.

Umsatzplus von 7,2 Prozent im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze zu Beginn des zweiten Quartals preisbereinigt schwächer verbessert als zuletzt (+7,2 Prozent). Davor hatte es von Dezember 2010 bis März 2011 Zuwachsraten in einem Bereich von 9,1 bis 16 Prozent gegeben.

Leicht steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im April 2011 einen leichten Anstieg der realen Umsätze um ein Prozent. Die Großhandelsumsätze hatten sich davor – mit Ausnahme des Oktobers 2010 – seit Februar 2010 verbessert.

Umsätze im Gastgewerbe deutlich verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im April 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um fünf Prozent. Davor hatte es im Februar und März bereits Verbesserungen von 5,3 bzw. 6,2 Prozent gegeben.

Jahresteuerungsrate im Juli bei 2,4 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im Juli 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,4 Prozent erhöht. Damit stieg die Jahresteuerungsrate auf den höchsten Wert seit September 2008 und übertraf zum sechsten Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Zuletzt war es im Mai und Juni 2011 zu Erhöhungen um jeweils 2,1 Prozent gekommen. Zu der Verteuerung im Juli 2011 tru-

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **April 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate März bis Mai 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Juli 2011** herangezogen.

gen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe bei (+28 bzw. +13 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel" wies dagegen nur einen Anstieg von 1,4 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr" (+4,7 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe" (+3,1 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung" (–3,1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit steigt im Juli

Zahl der Arbeitslosen nimmt zu

Nach dem Rückgang in den Vormonaten ist die Arbeitslosigkeit im Juli wieder gestiegen. Dies ist allerdings eine typische Entwicklung, weil im Sommer verstärkt Schul- bzw. Hochschulabsolventen den Übergang in die Ausbildung bzw. in den Beruf suchen. Darüber hinaus laufen zum Quartalsende oft Zeitverträge aus und es kommt häufiger zu Kündigungen. Zudem werden in der Urlaubs- und Ferienzeit weniger Einstellungen als sonst vorgenommen.

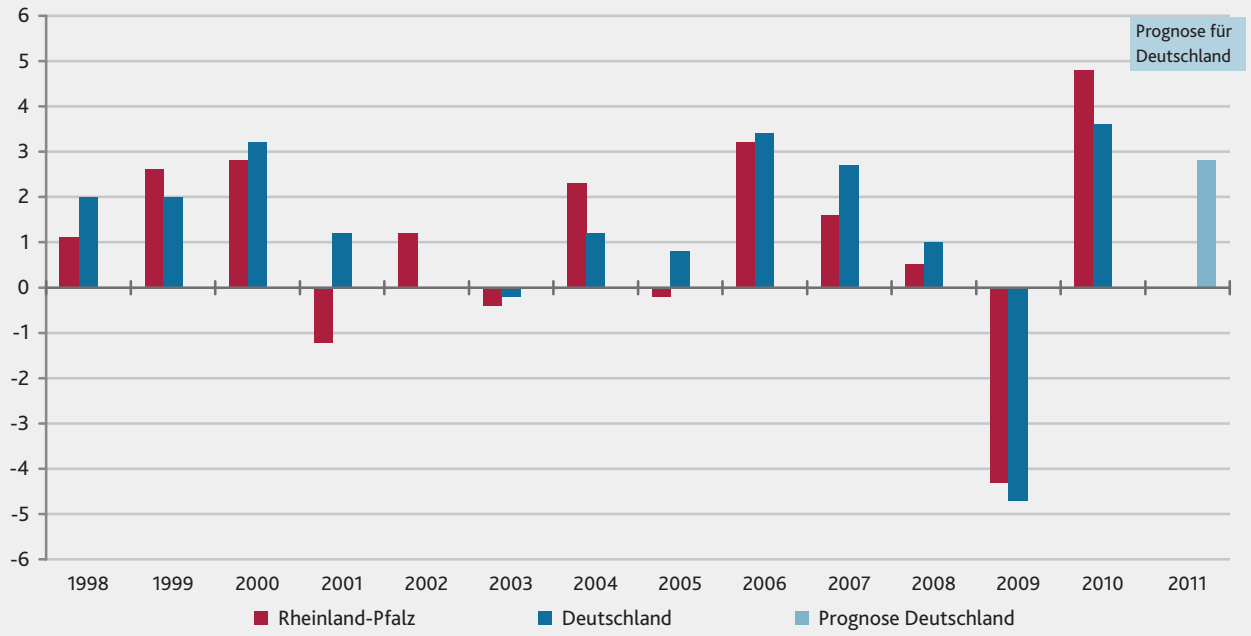
Im Juli 2011 waren fast 111 800 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind 4 400 bzw. 4,1 Prozent mehr als im Vormonat. Gegenüber Juli 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen dagegen um 9 000 bzw. 7,5 Prozent ab.

Arbeitslosenquote liegt bei 5,3 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, erhöhte sich im Juli 2011 auf 5,3 Prozent. Im Vergleich zum Juni ist die Quote um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Gegenüber Juli 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

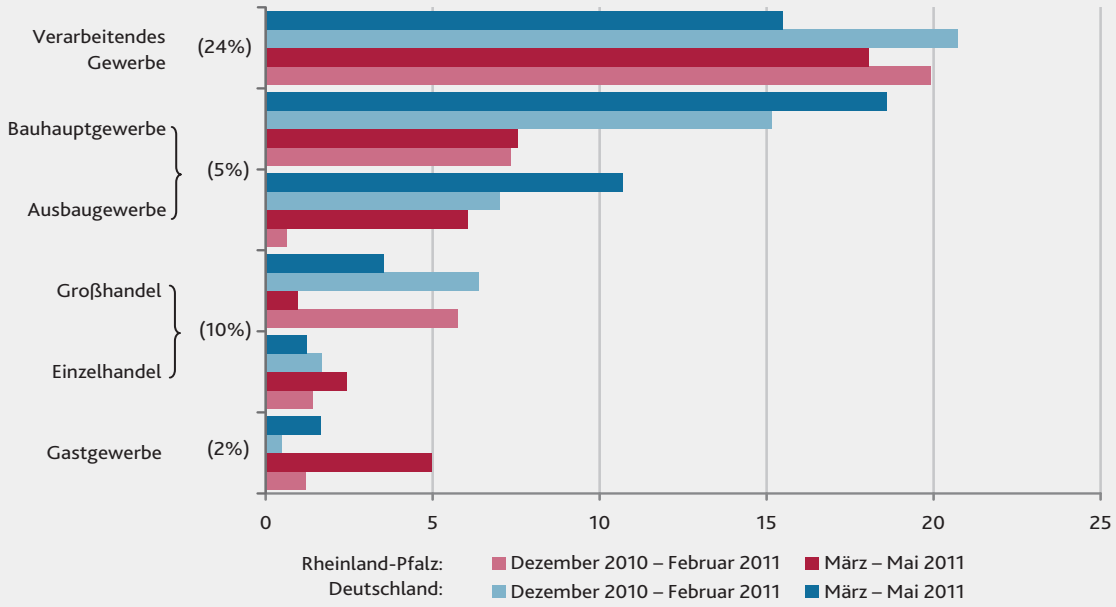
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz[1] und in Deutschland
– Preisbereinigt –
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Nächster Fortschreibungstermin im September 2011. Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1]
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2 3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

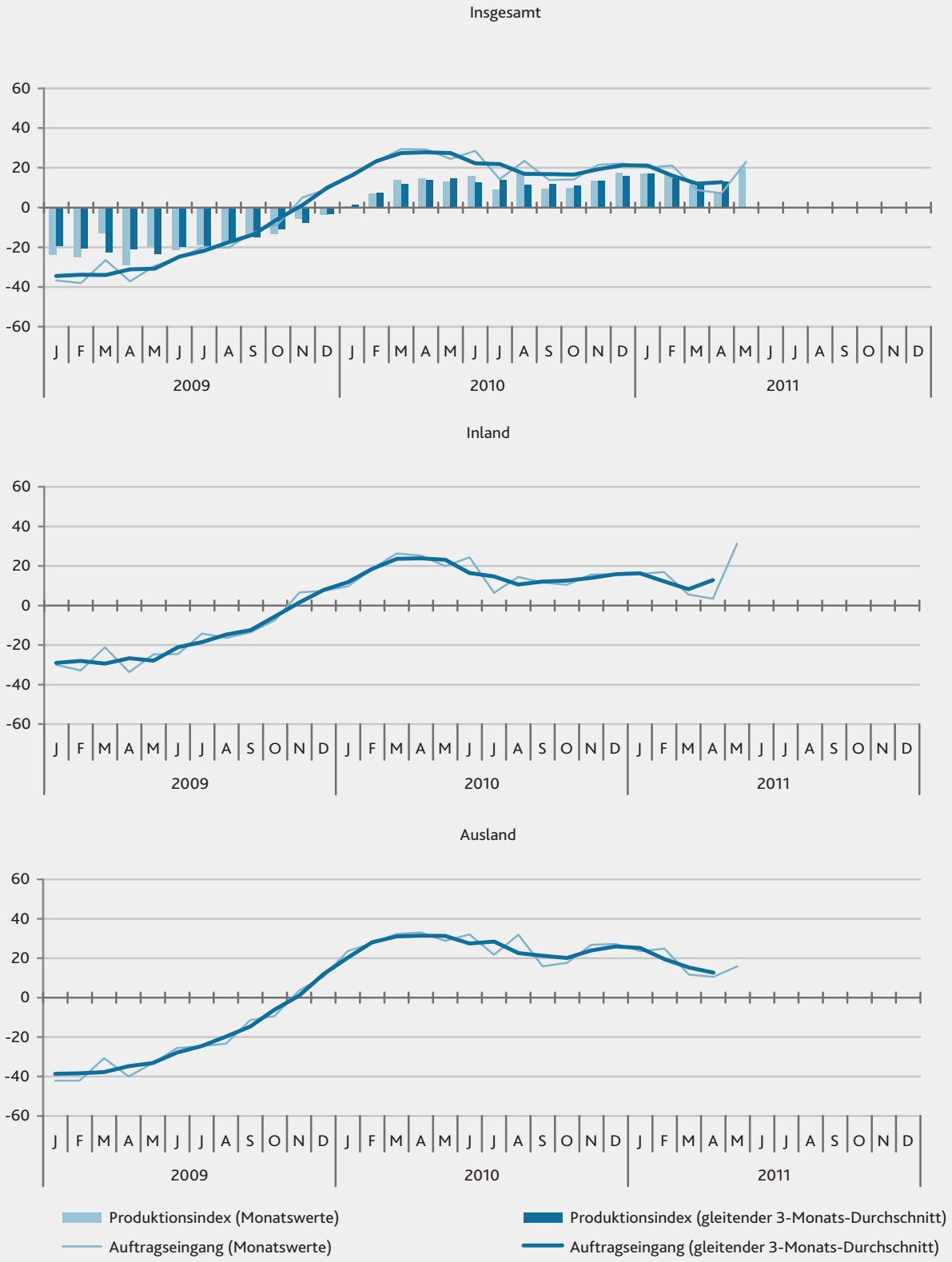


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

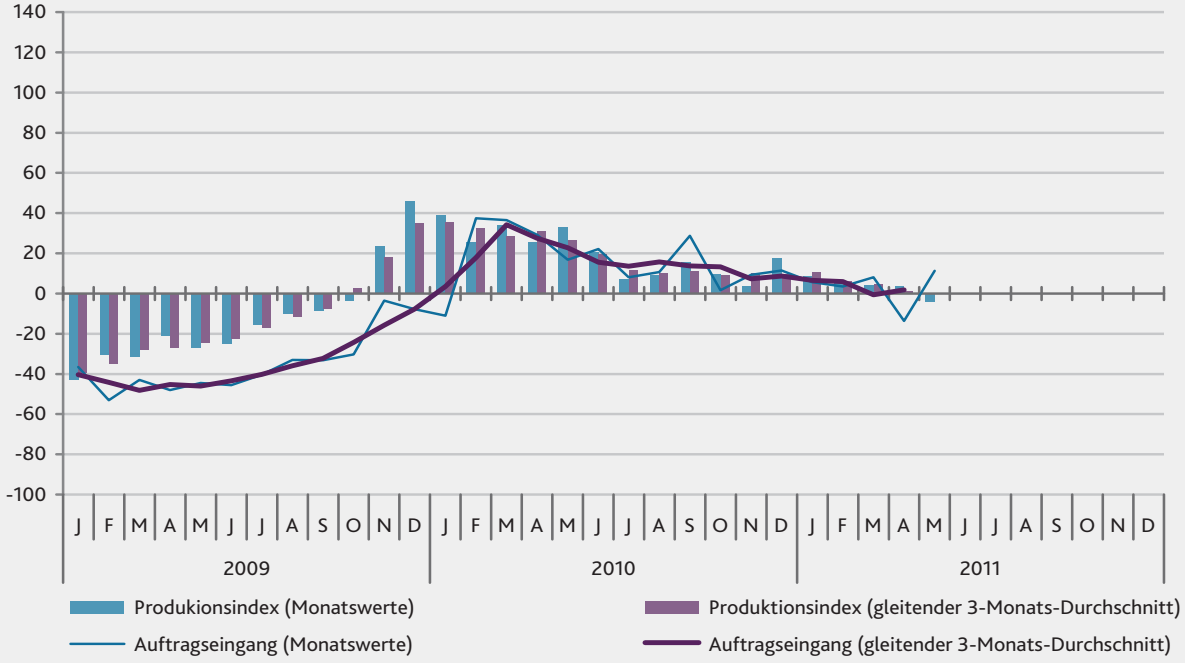
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

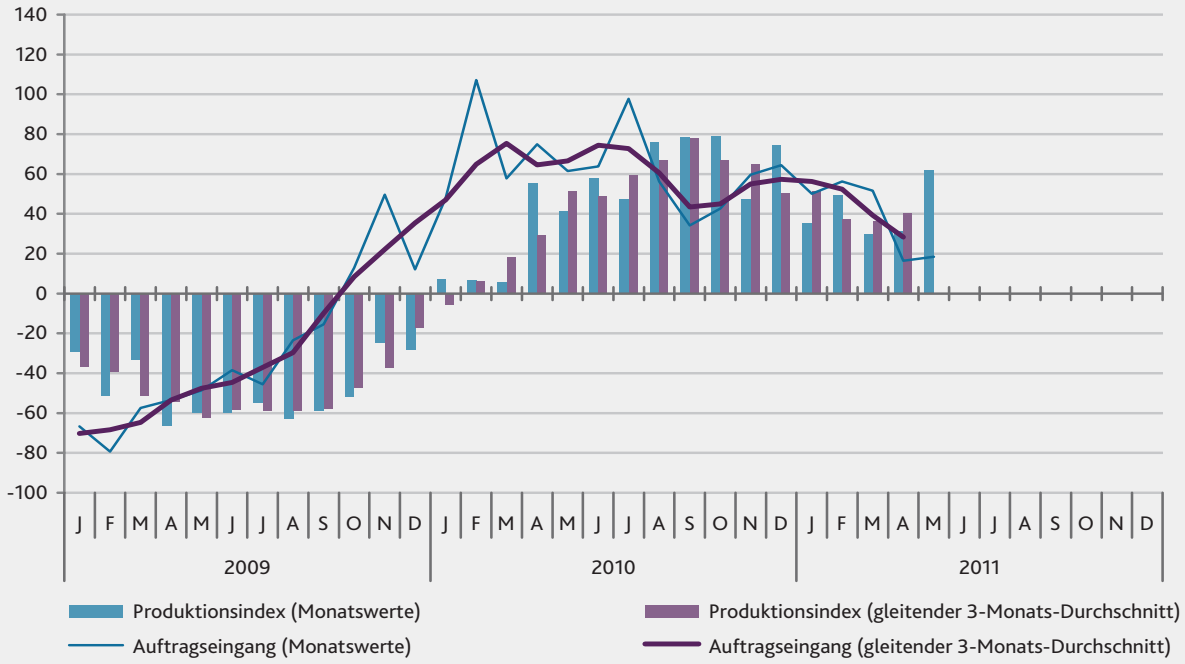
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

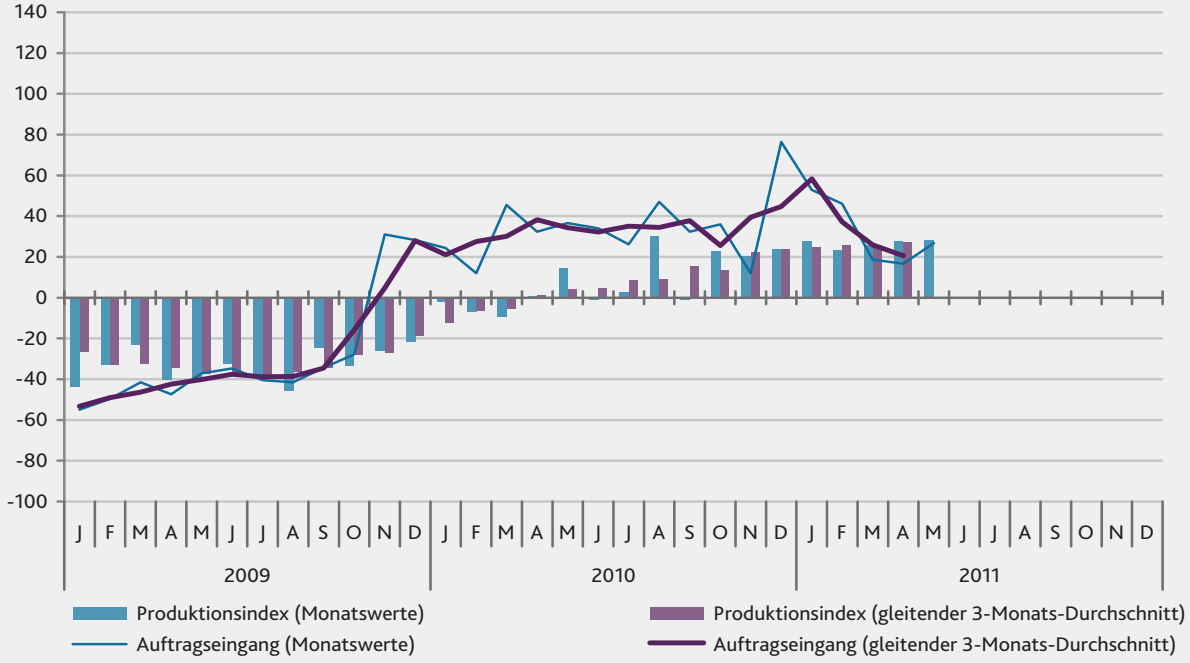
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

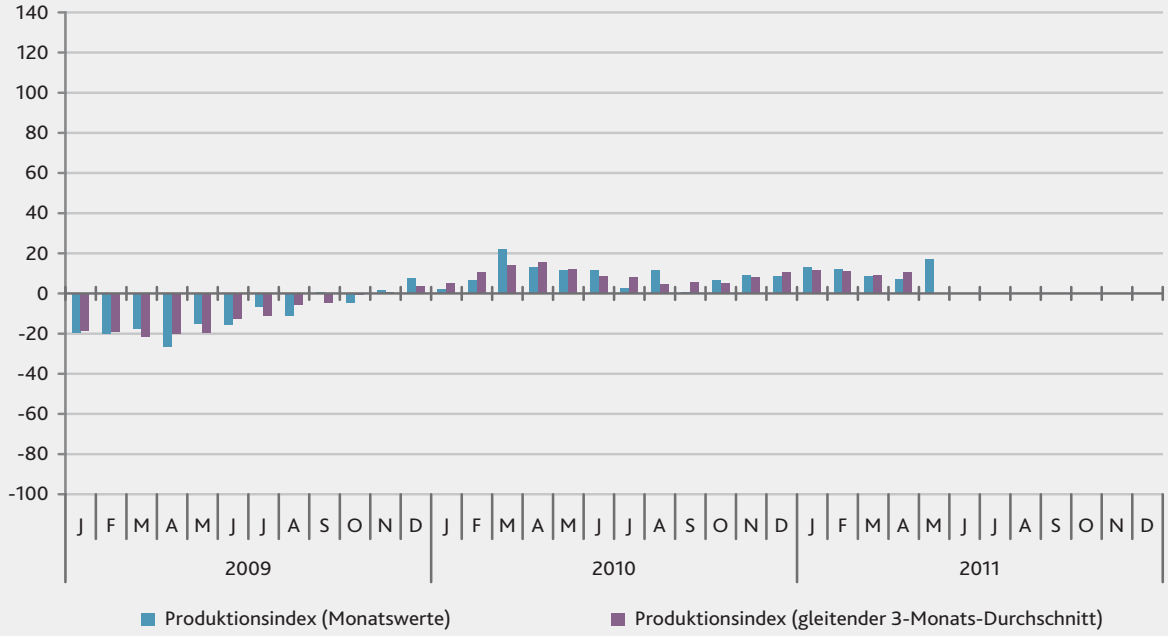
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

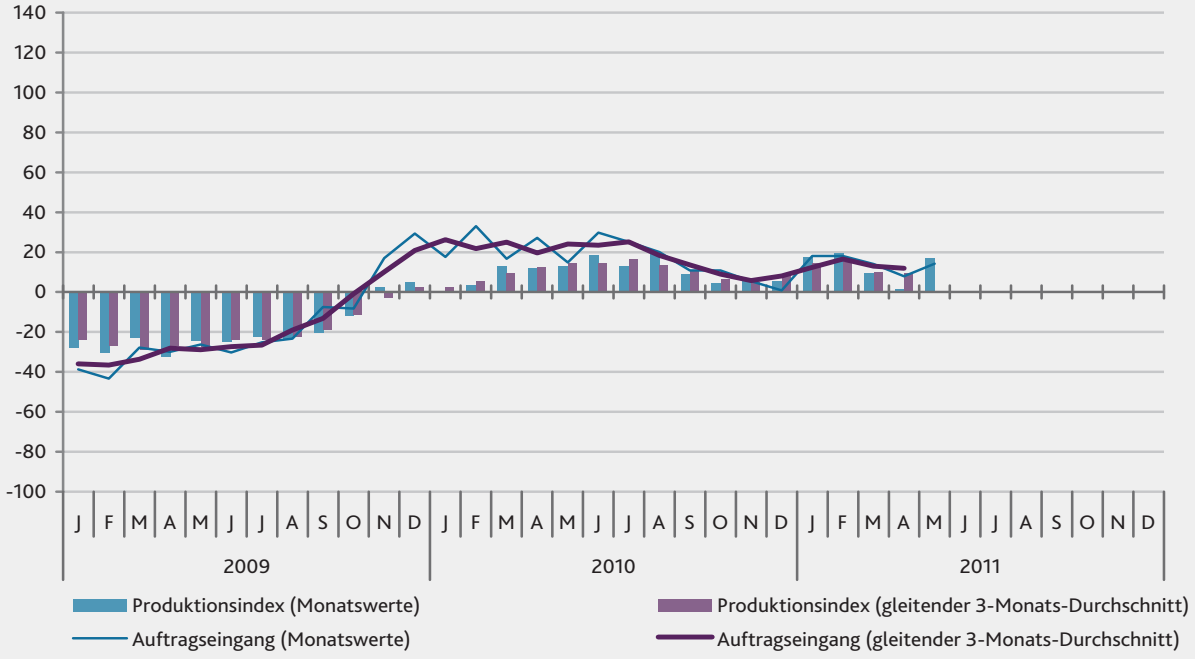
Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

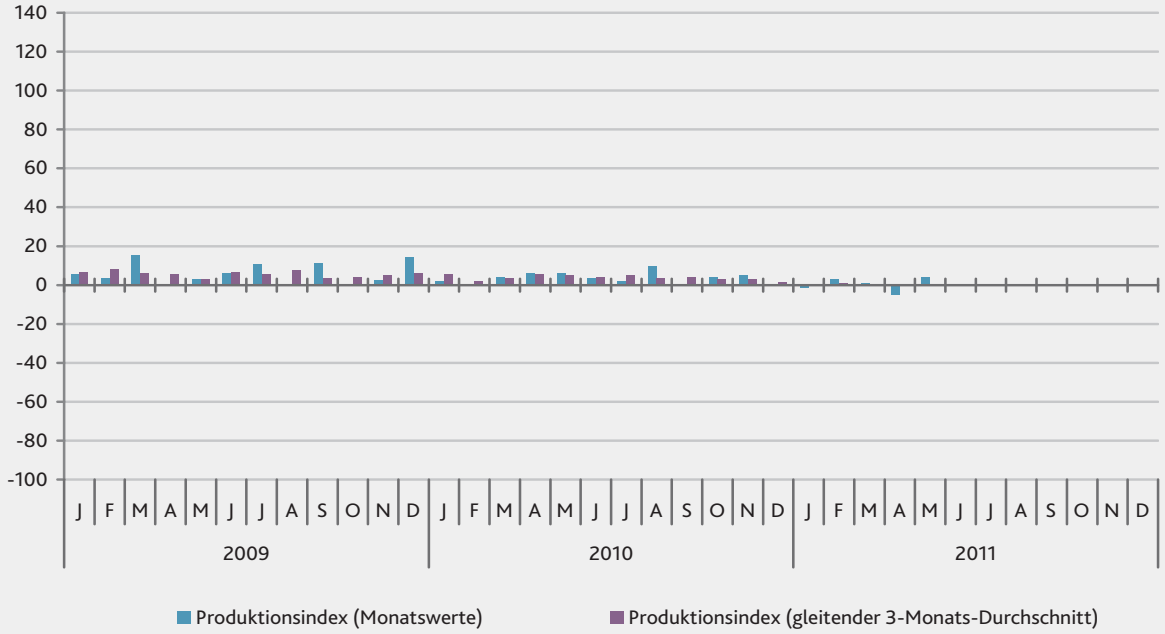
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Metallerzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

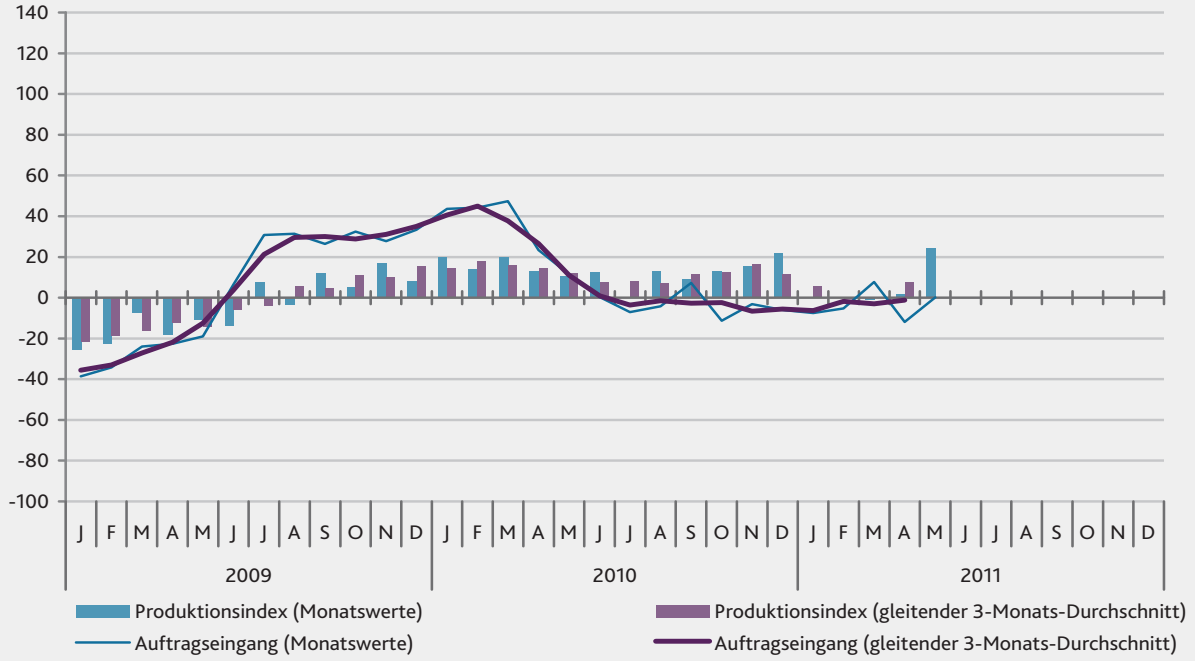
Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

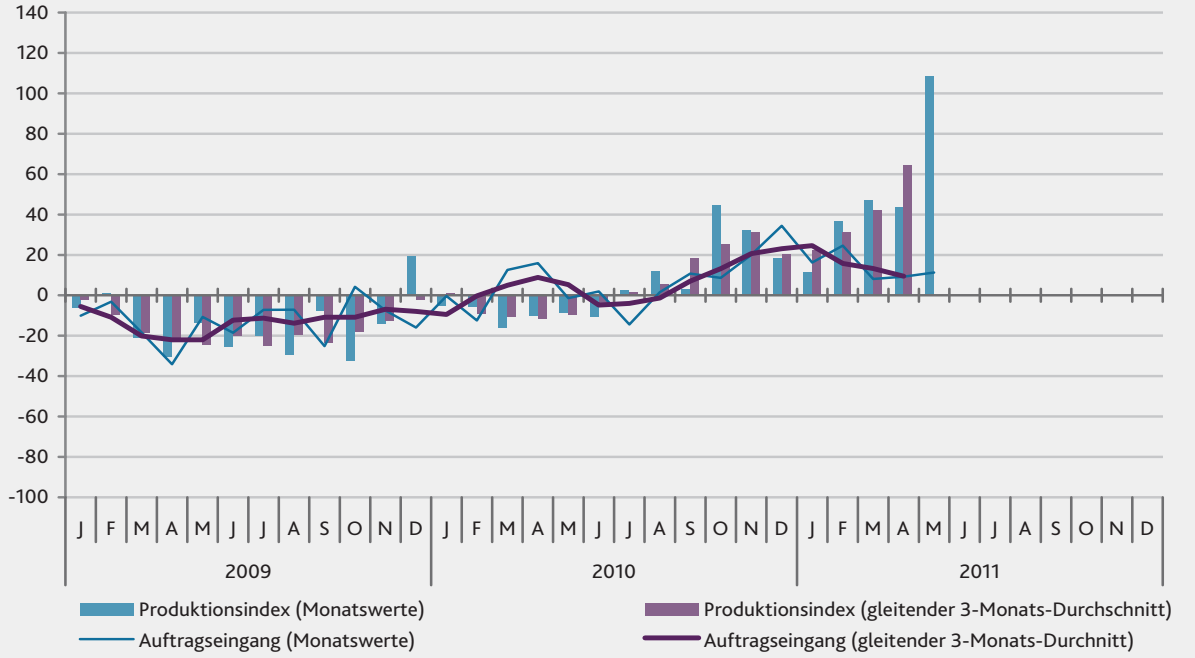
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Metallerzeugung und -bearbeitung
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

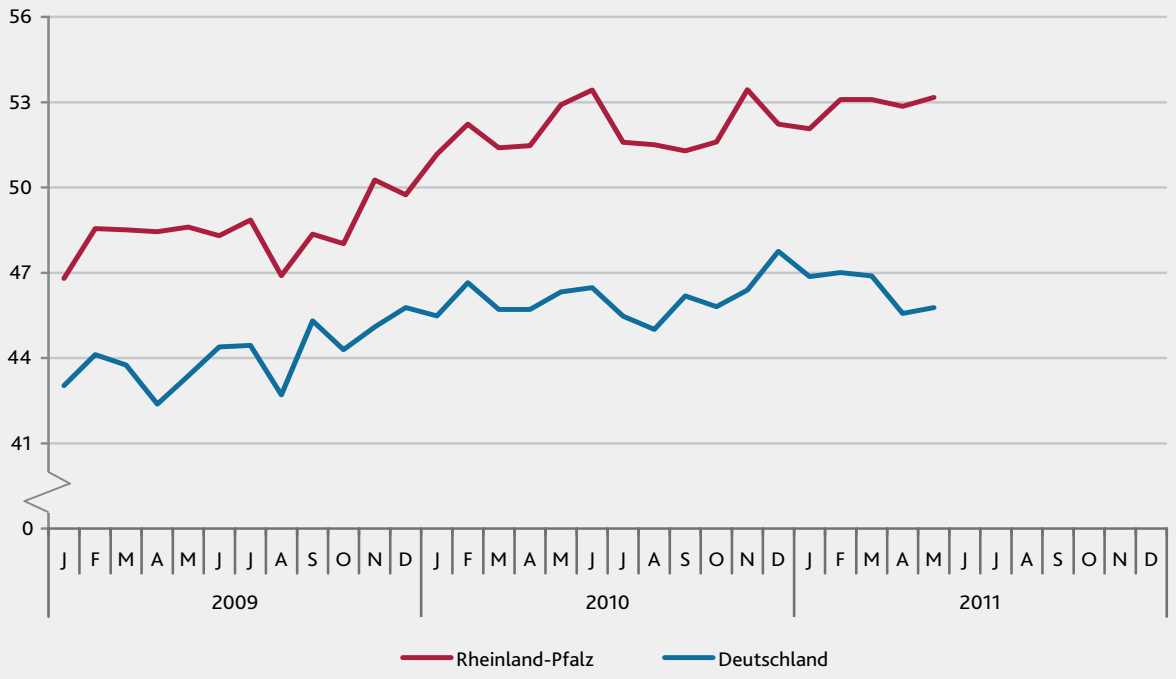


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

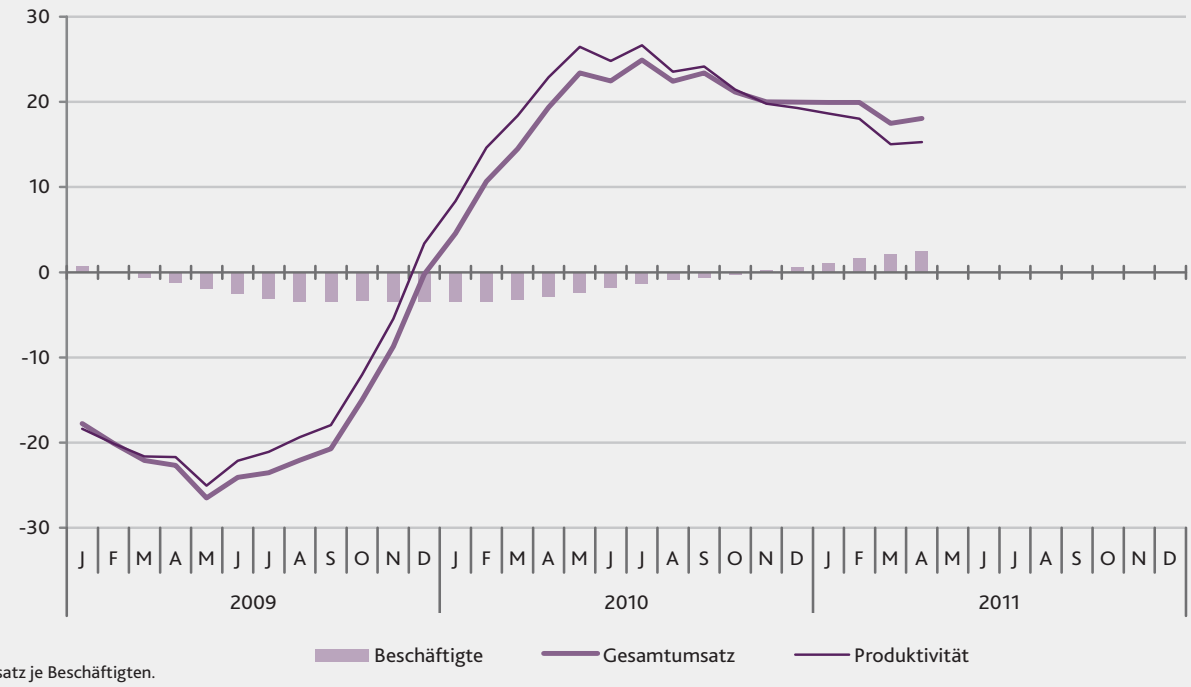
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

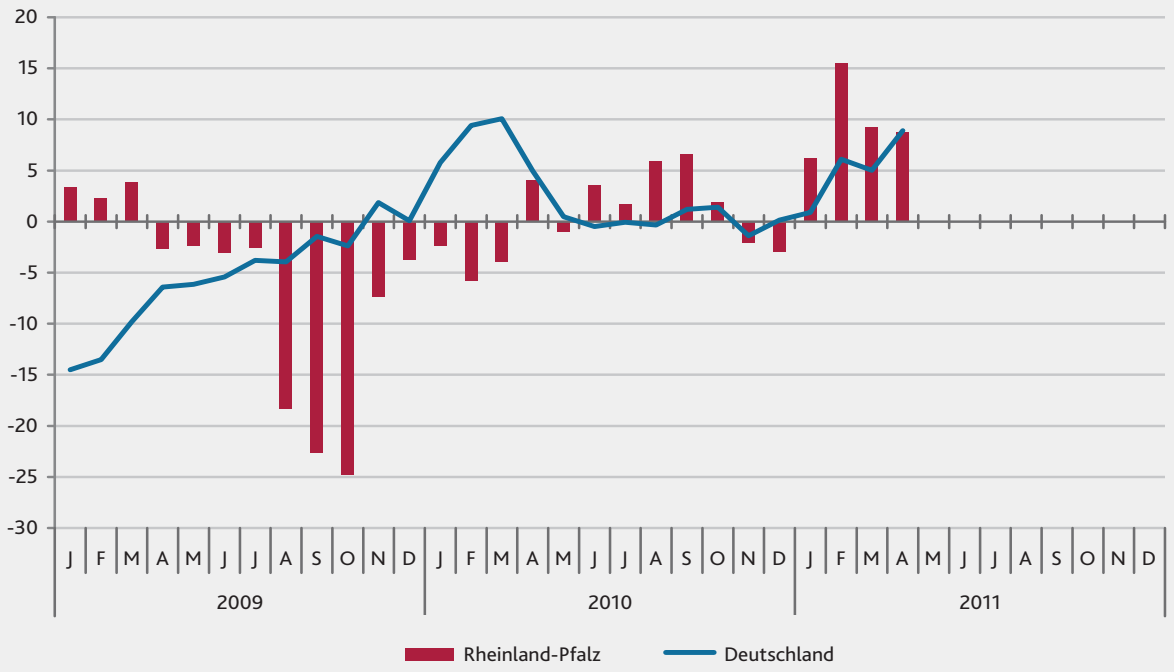


1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

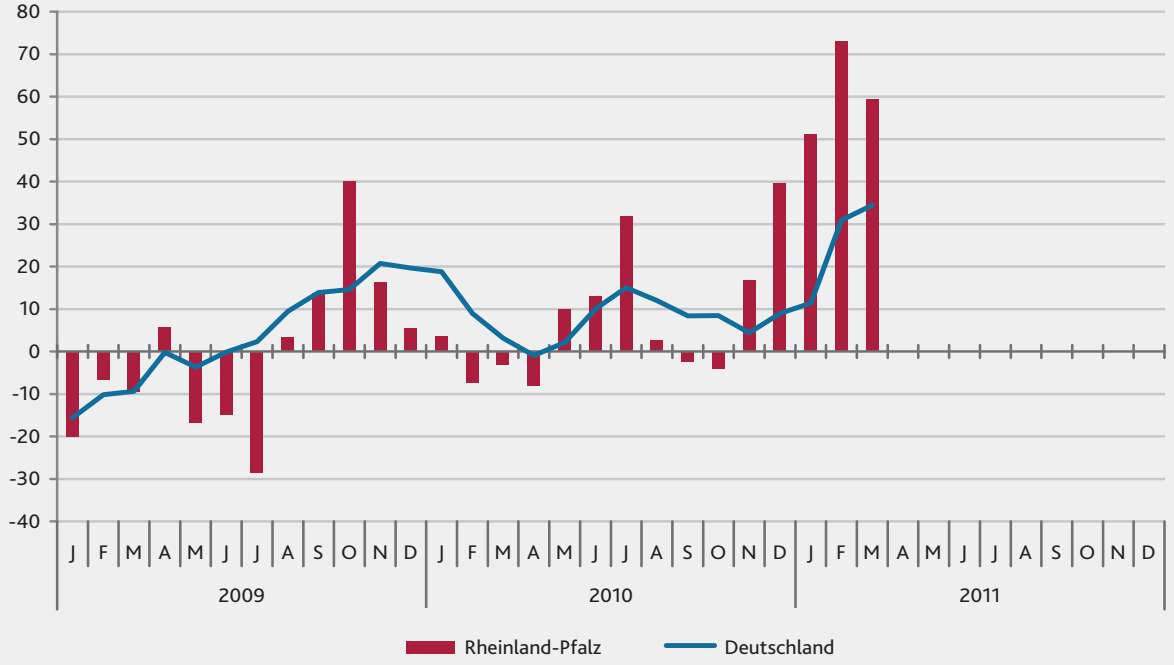


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

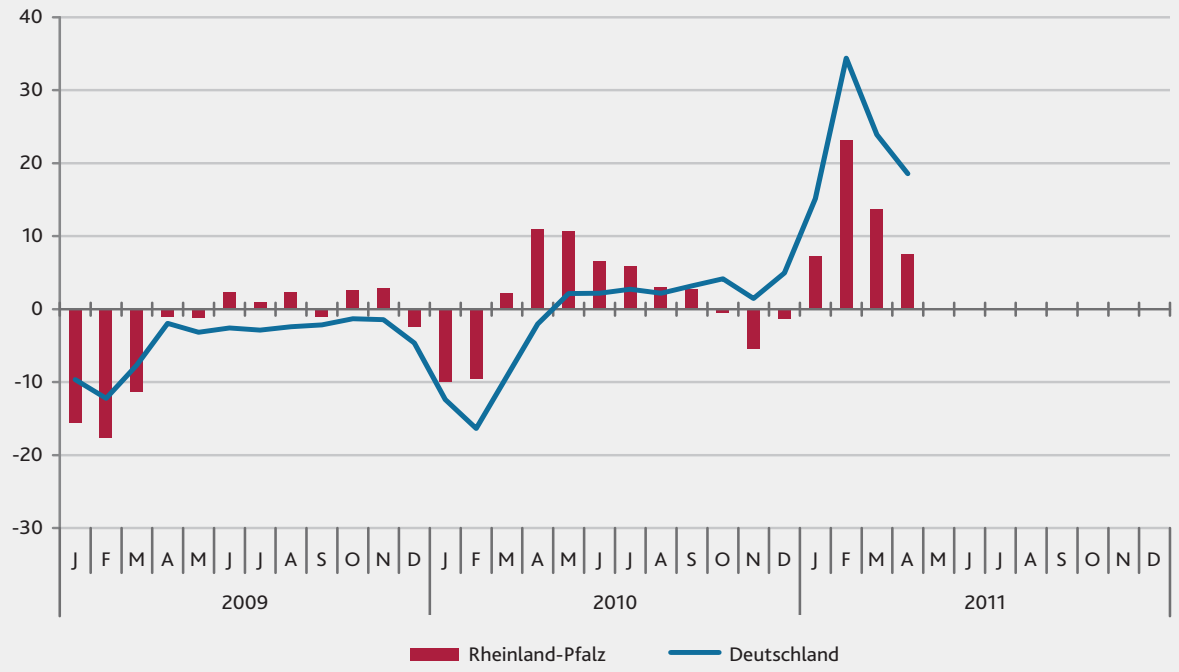


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

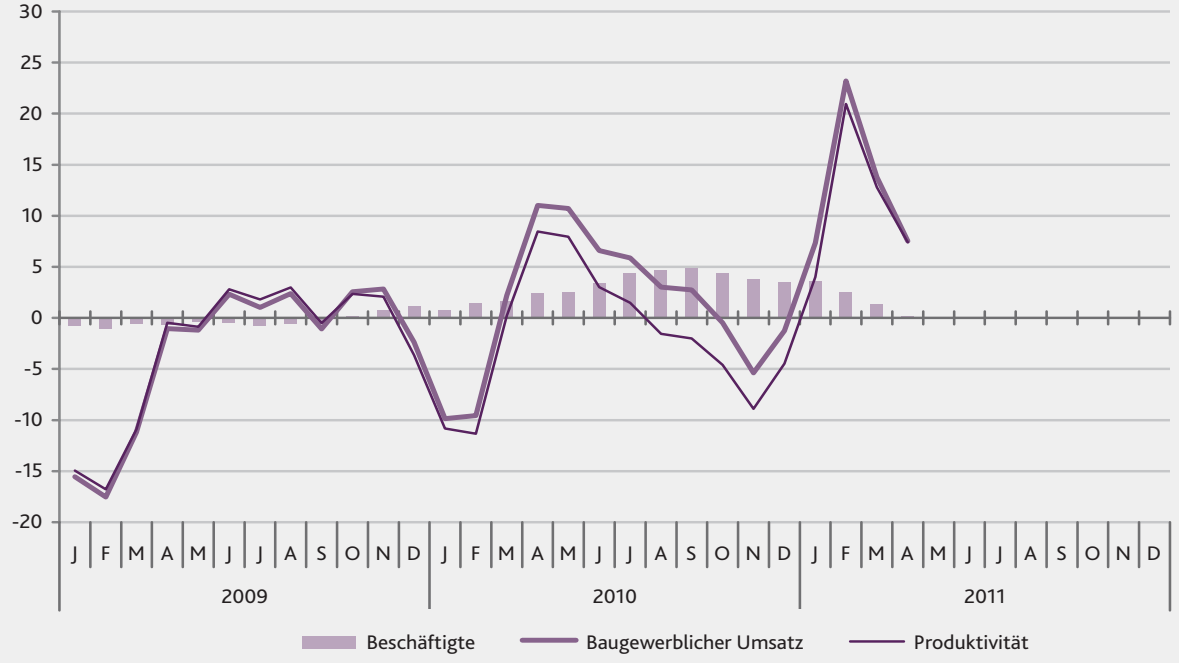


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

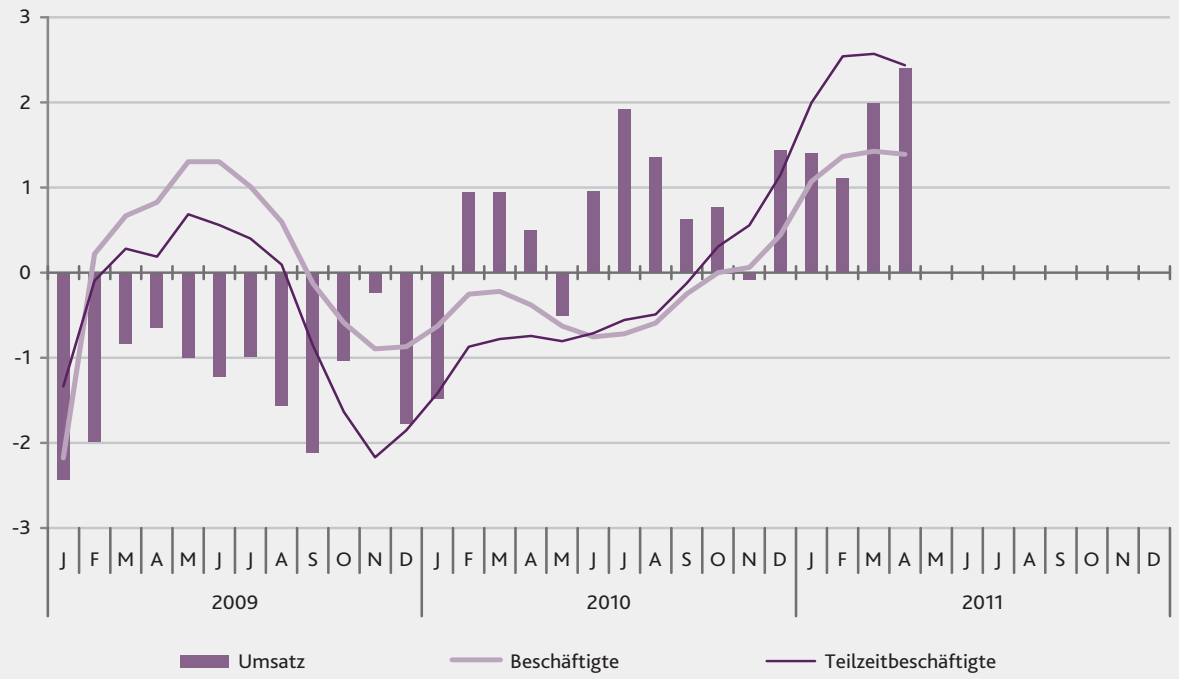


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

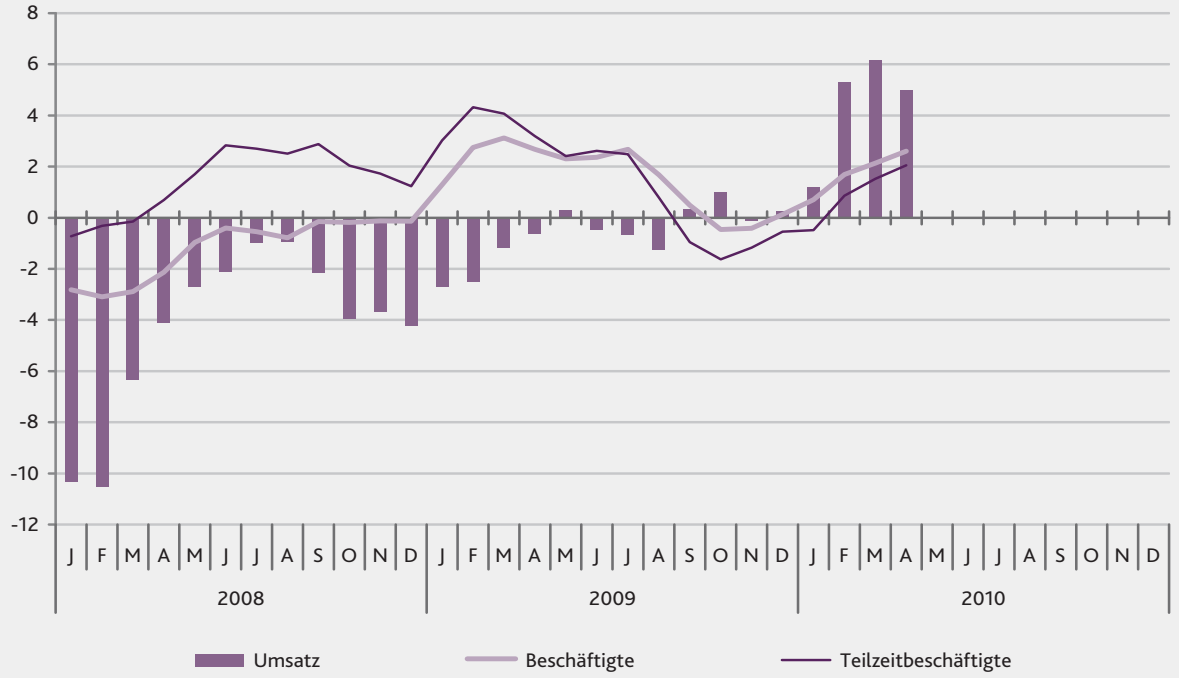


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

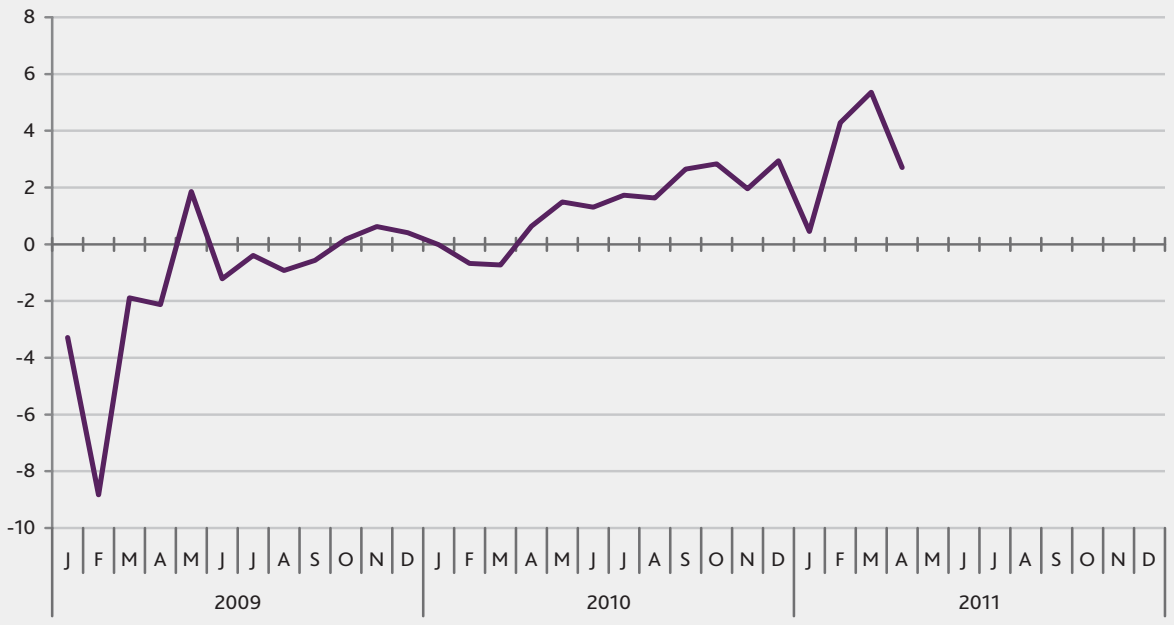


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

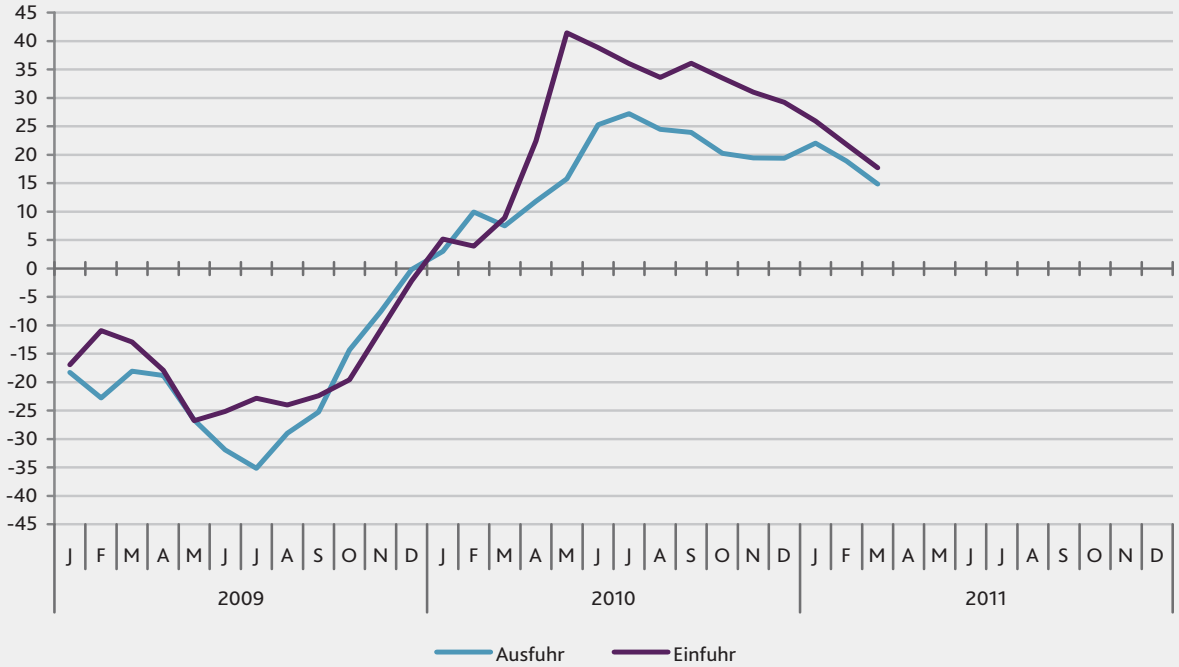


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

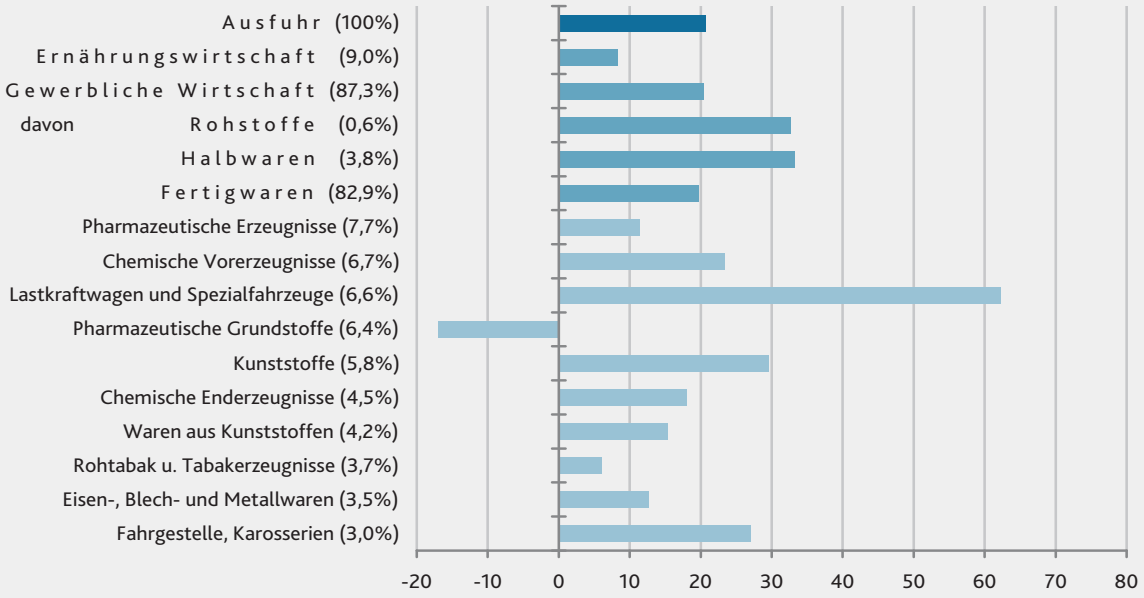
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

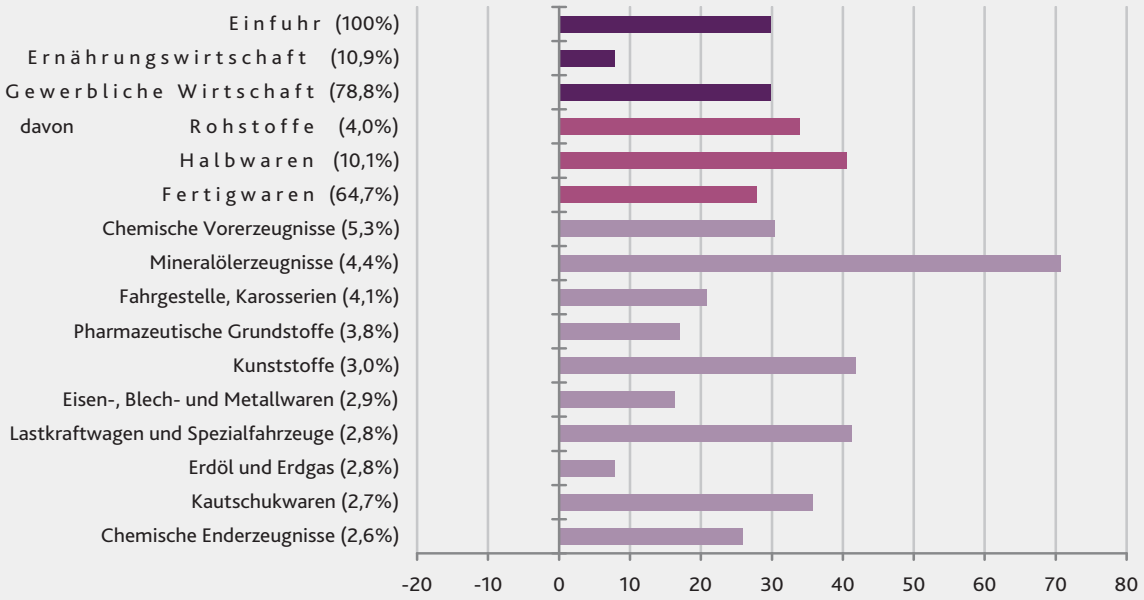
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2010 - April 2011 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

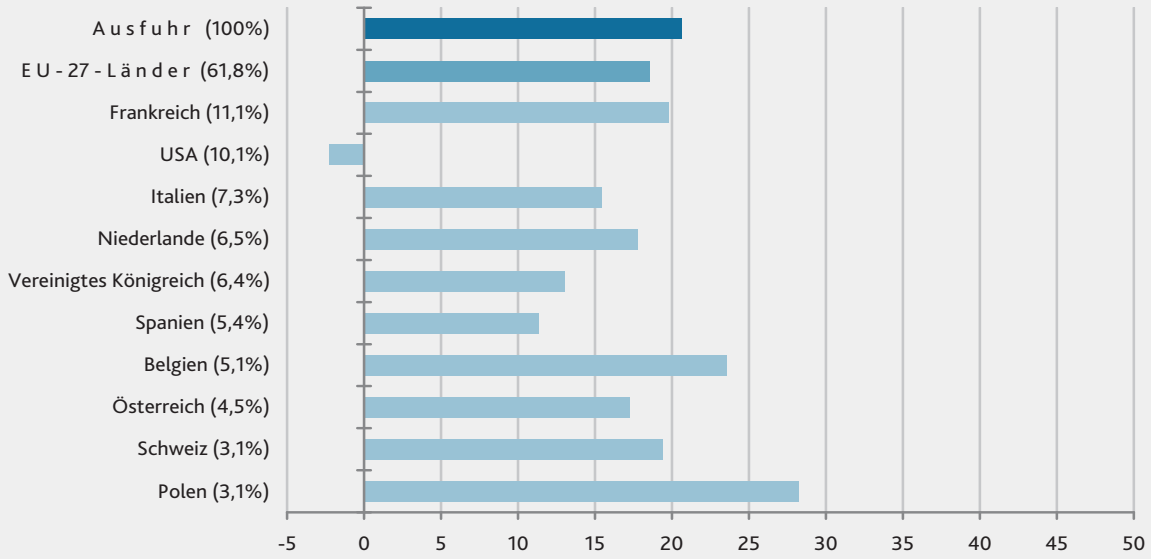
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2010 - April 2011 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

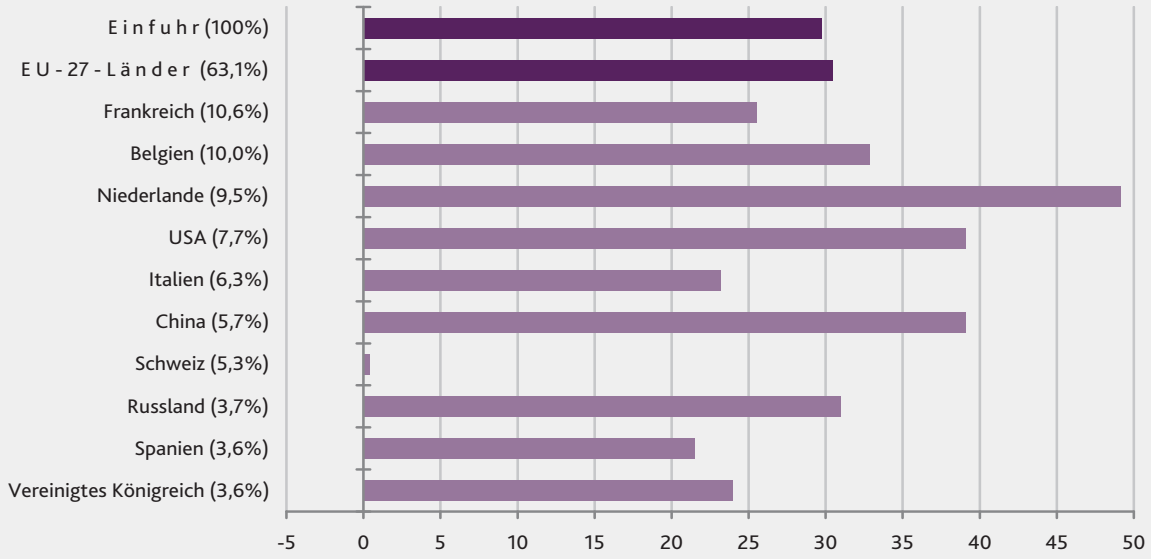
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2010 - April 2011 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

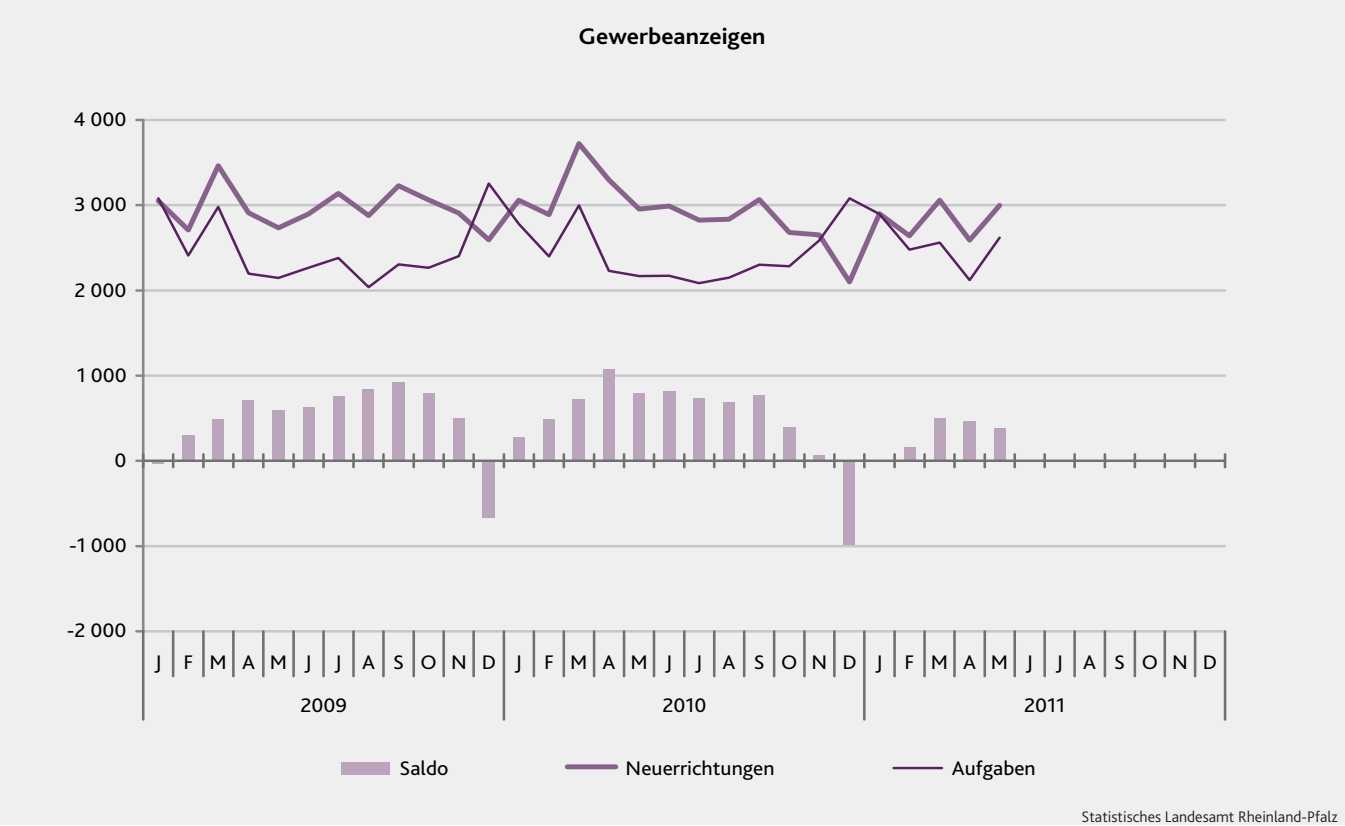
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2010 - April 2011 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



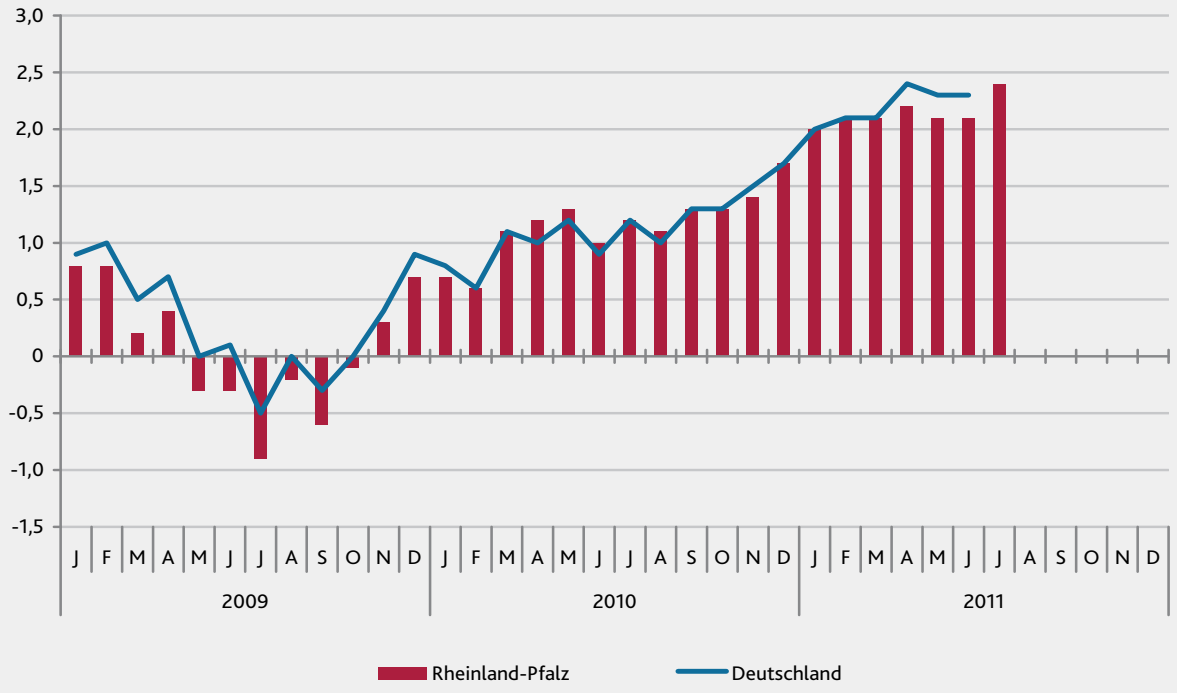
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2009
2010
2011
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

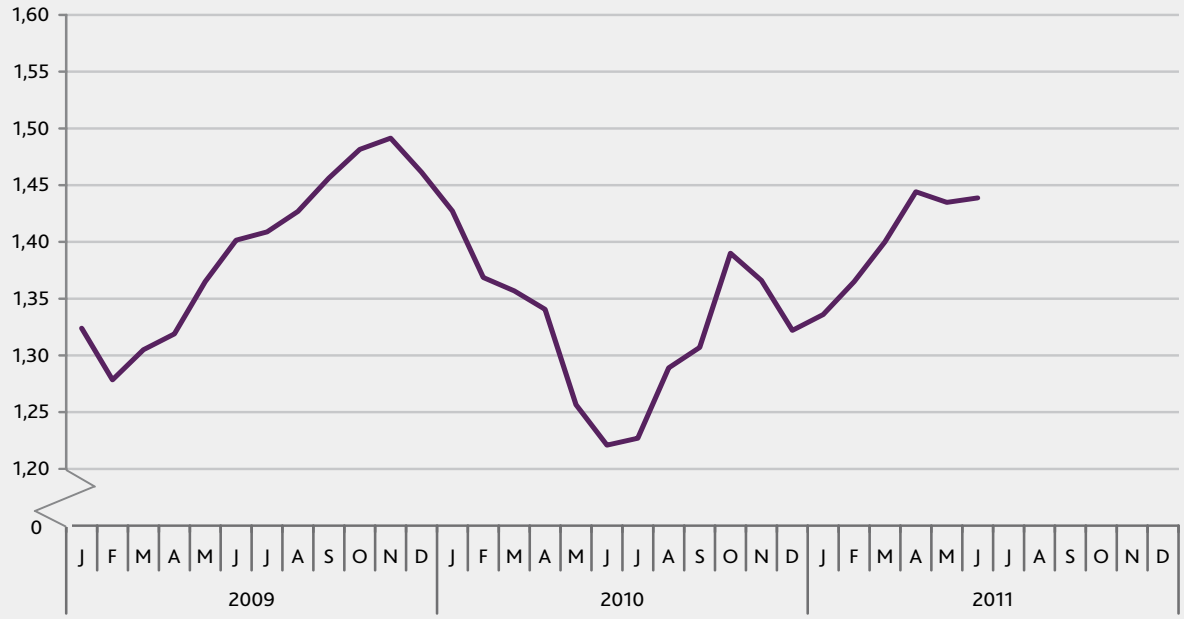
Unternehmensinsolvenzen
160
150
140
130
120
110
100
90
80
70
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2009
2010
2011
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

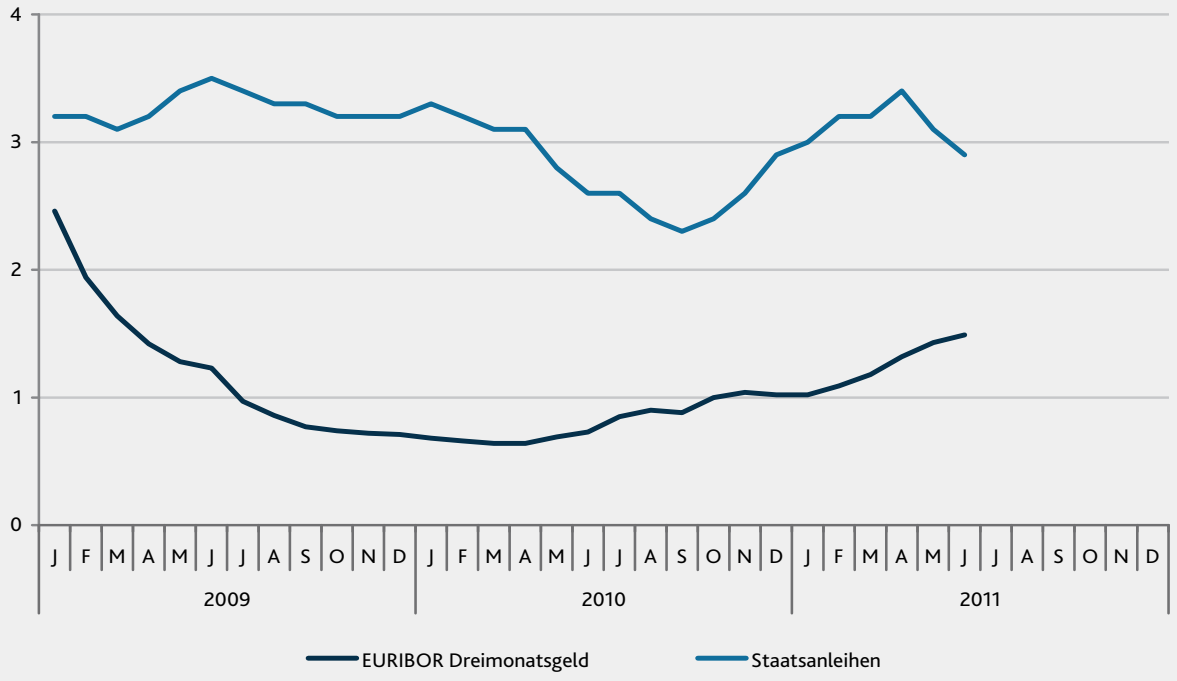
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

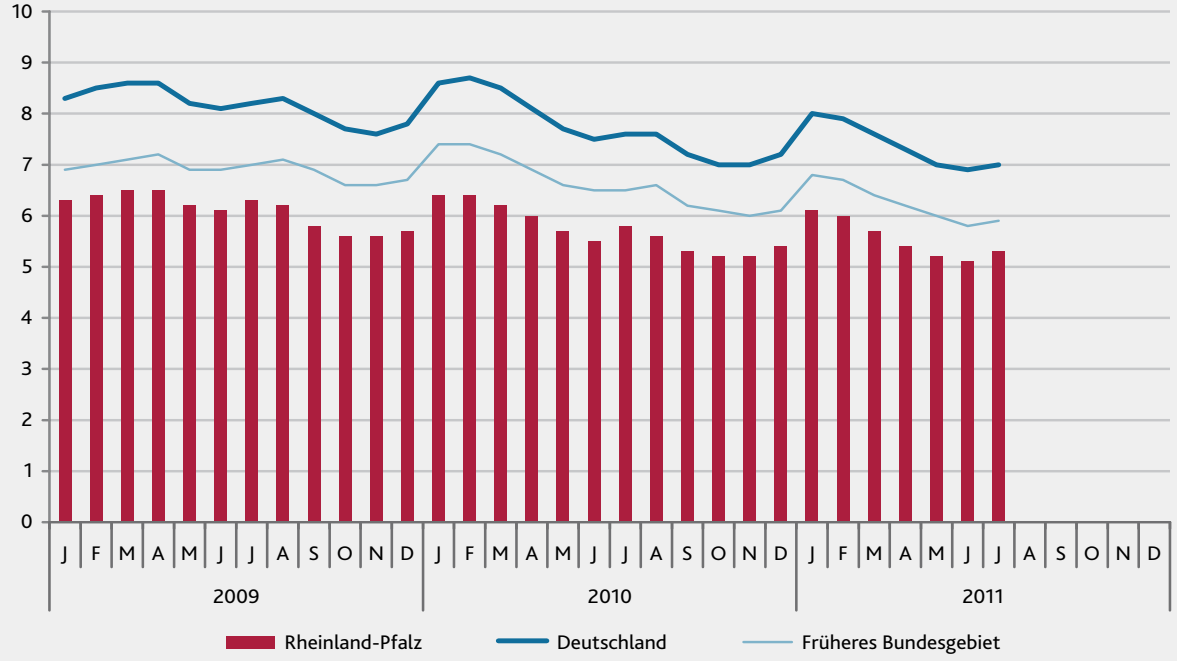
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

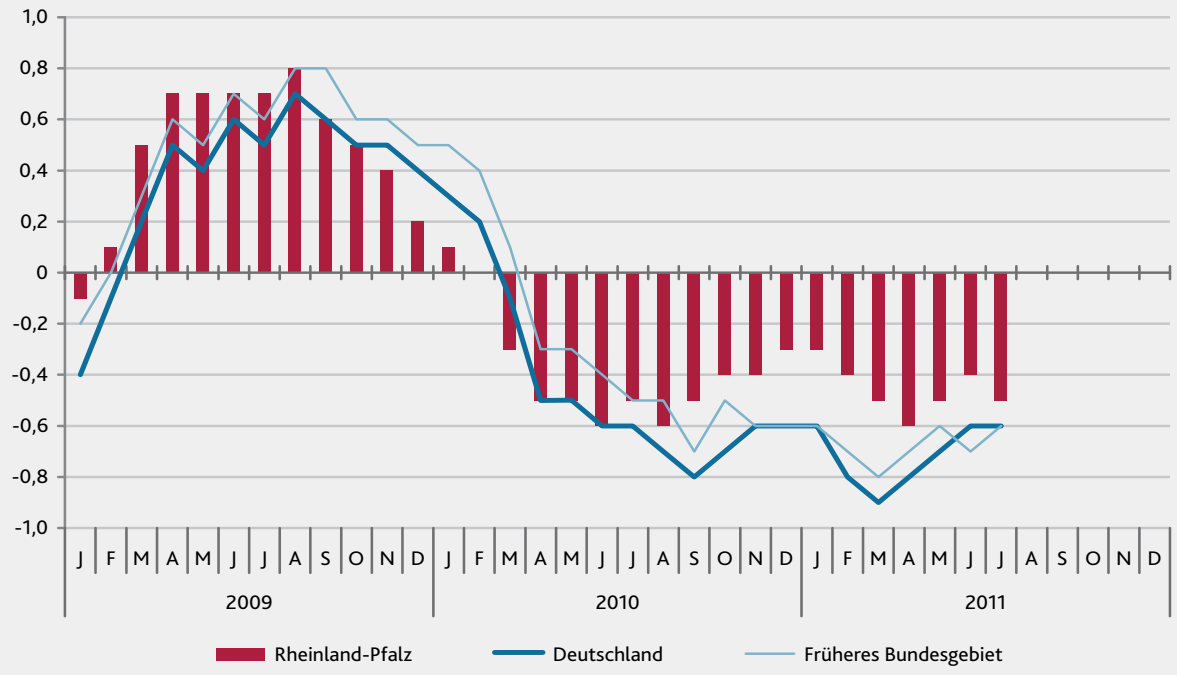
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

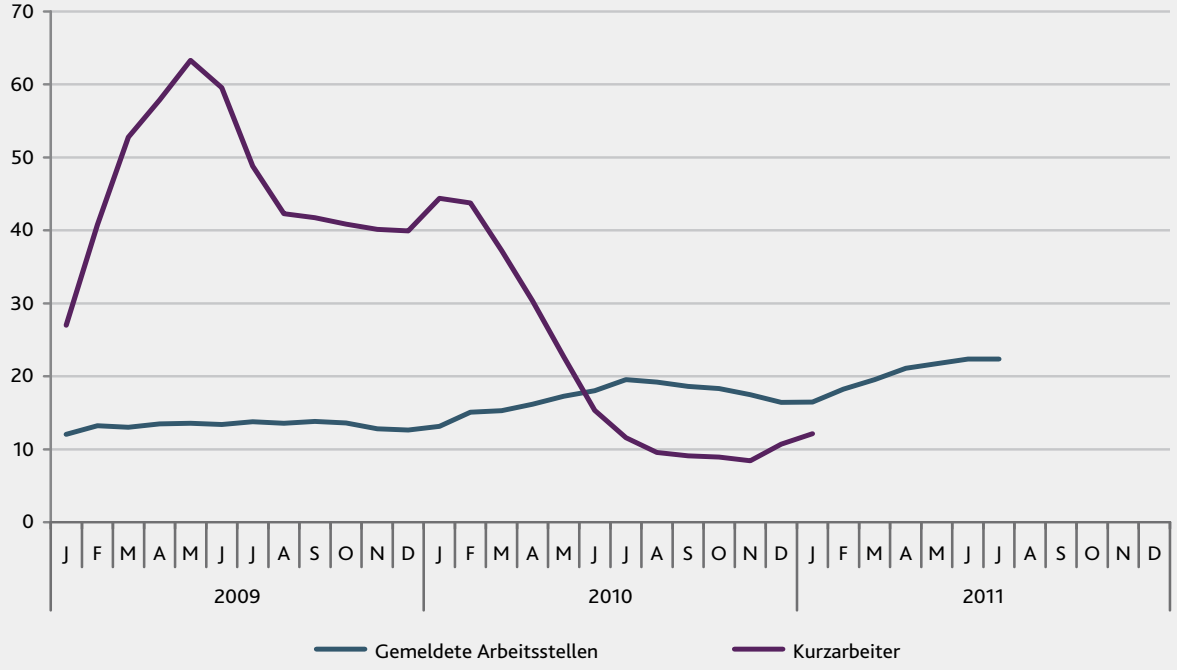
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

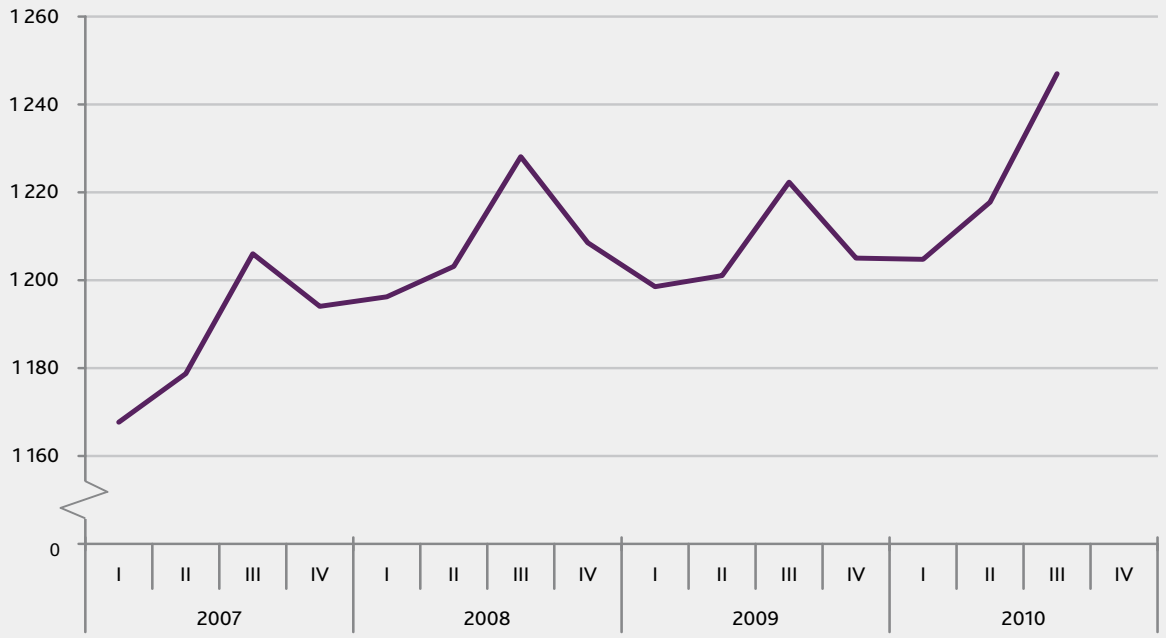
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

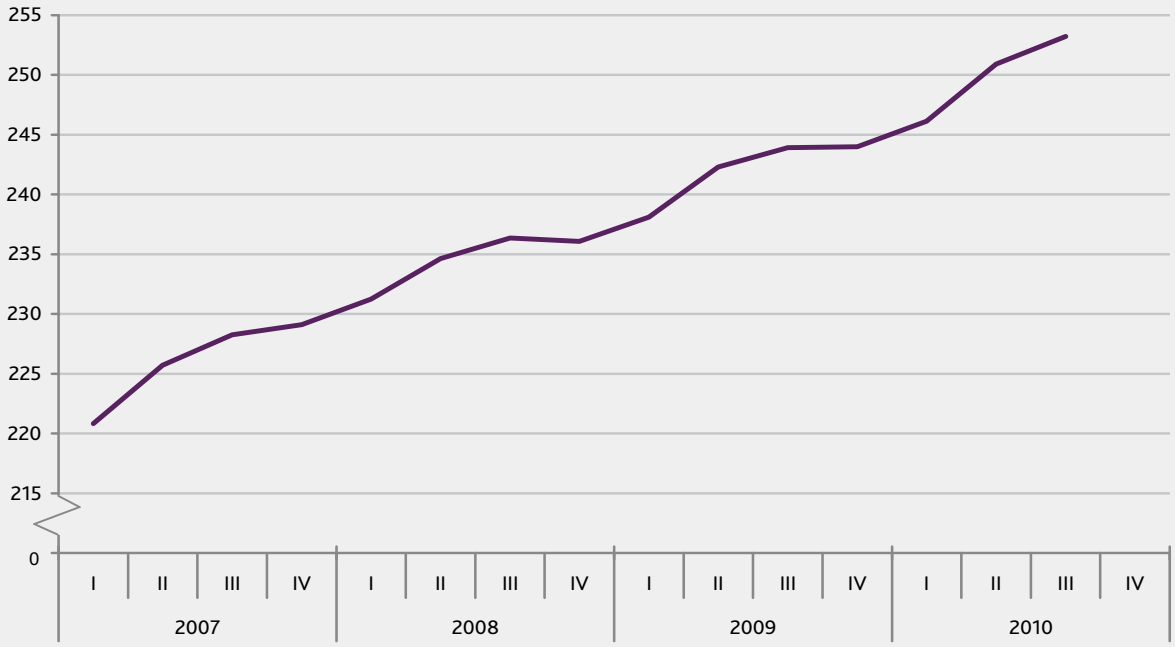
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

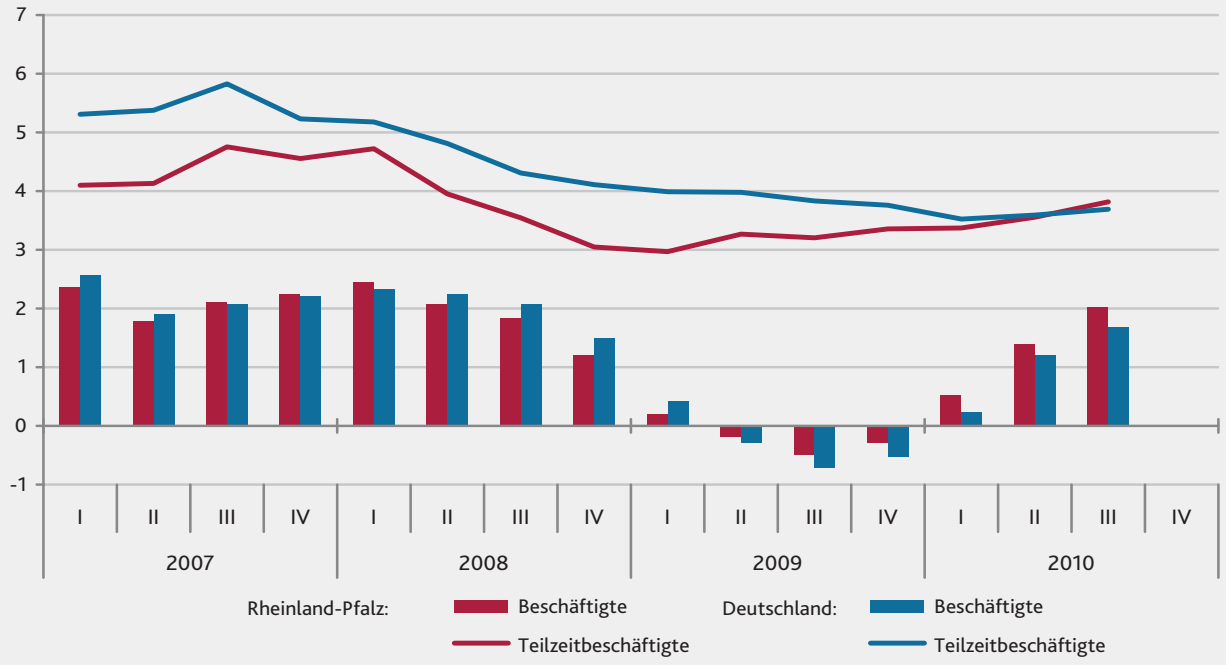


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

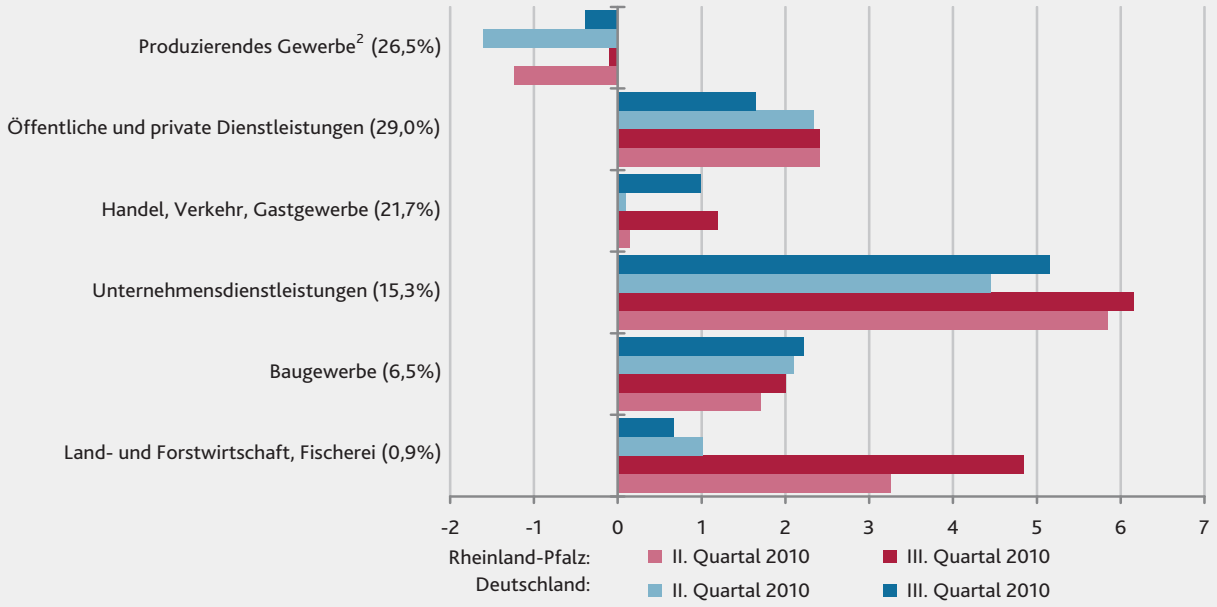


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

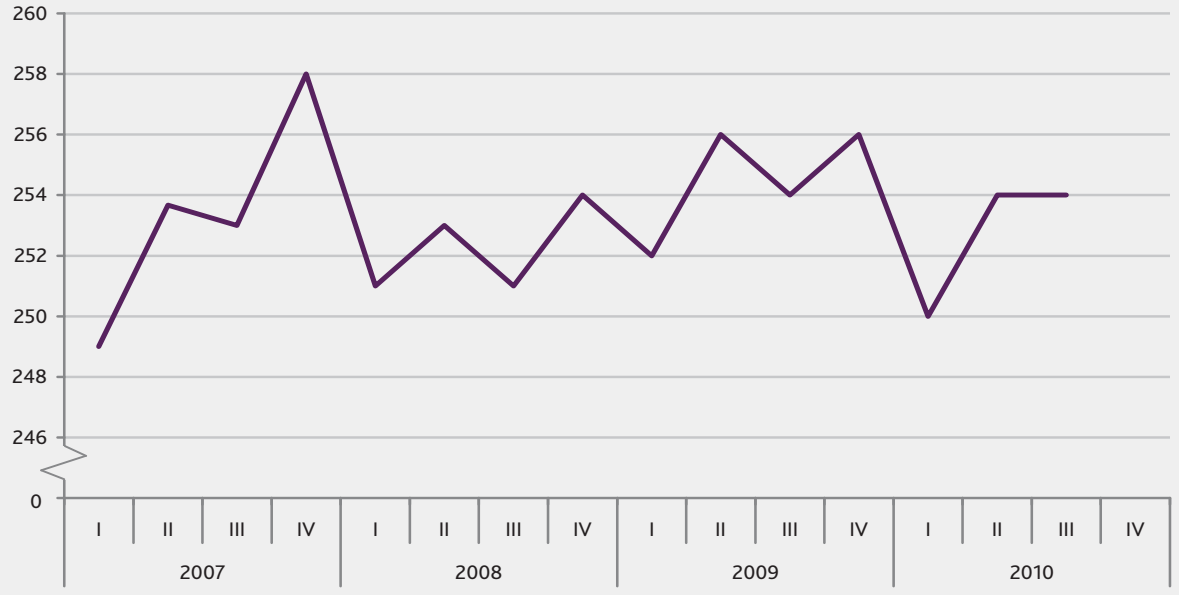
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

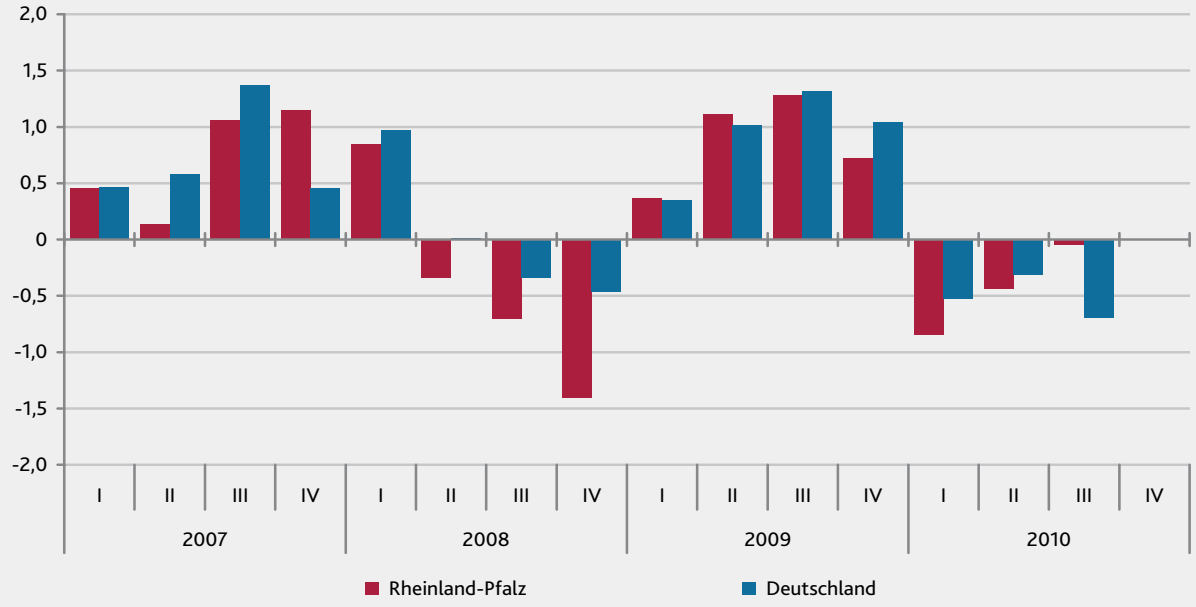
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

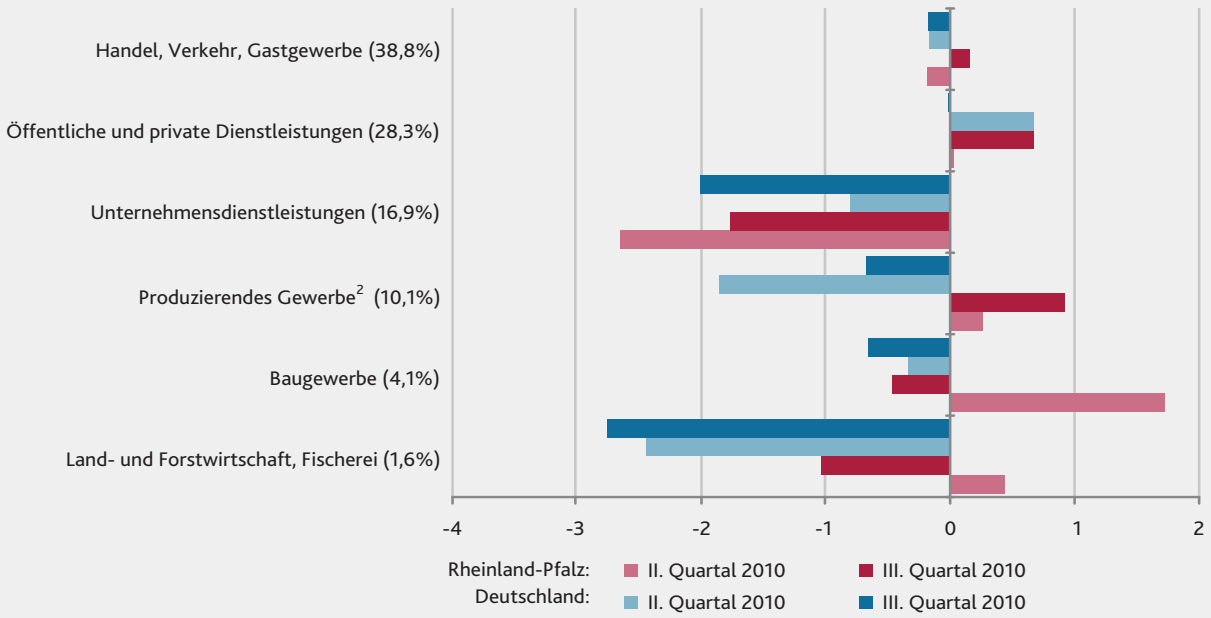


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. Juli 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebig-

keit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 [1]	4 004 [1]	4 011	4 009	4 008	4 004	4 002	4 000	4 000
darunter Ausländer[2]	1 000	306 [1]	309 [1]	306	306	306	309	309	309	309
Natürliche Bevölkerungsbewegung[3]										
* Eheschließungen[4]	Anzahl	1 656	1 681	456	622	953	2 119	433	643	802
* Lebendgeborene[5]	Anzahl	2 573	2 631	1 921	2 339	2 762	3 260	1 907	2 285	2 563
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	5,6	7,6	8,1	9,6	5,6	7,4	7,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[6]	Anzahl	3 659	3 622	3 420	3 613	4 134	4 288	3 523	3 720	4 001
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,0	11,7	12,1	12,6	10,4	12,1	11,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[6]	Anzahl	10	8	4	7	9	7	10	9	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	2,1	3,0	3,3	2,1	5,2	3,9	3,9
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	-1 499	-1 274	-1 372	-1 028	-1 616	-1 435	-1 438
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 4,4	- 4,1	- 4,0	- 3,0	- 4,8	- 4,7	- 4,2
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	7 370	6 244	8 144	6 339	7 670	6 802	8 426
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	2 430	2 030	2 946	2 031	2 536	2 412	3 248
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	7 509	6 973	7 870	6 952	7 803	6 921	7 831
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 495	2 369	2 472	2 171	2 327	2 175	2 277
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	- 139	- 729	274	- 613	- 133	- 119	595
* Innerhalb des Landes Umgezogene[7]	Anzahl	12 832	12 576	11 941	11 047	13 098	11 372	13 077	11 405	13 061

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[8, 9]	Einheit	2007	2008	2009				2010		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[10]	1 000	1 179	1 203	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247
* Frauen	1 000	527	540	549	549	559	556	556	558	571

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2007	2008	2009				2010		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	74	76	77	71	74	78	81
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	238	242	244	244	246	251	253
* darunter Frauen	1 000	195	202	205	208	209	209	211	214	216
davon nach Wirtschaftsbereichen[3]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	10	11	11	8	9	11	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	407	404	409	401	398	402	410
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	263	264	269	264	262	265	272
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	...	185	175	176	181	177	181	187	192
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	344	345	352	354	354	353	361

Arbeitsmarkt[4]	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	118 905	116 427	120 787	114 076	108 164	107 430	111 787
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	54 460	54 212	57 537	53 311	51 301	51 640	54 439
Männer	Anzahl	69 477	64 735	64 445	62 215	63 250	60 765	56 863	55 790	57 348
SGB III (Arbeitslosengeld I)[5]	Anzahl	52 882	46 790	44 346	42 987	47 024	40 585	37 626	38 177	41 939
SGB II (Arbeitslosengeld II)[6]	Anzahl	74 332	73 143	74 559	73 440	73 763	73 491	70 538	69 253	69 848
* Arbeitslosenquote[7]	%	6,1	5,7	5,7	5,5	5,8	5,4	5,2	5,1	5,3
* Frauen	%	6,0	5,7	5,6	5,5	5,9	5,4	5,2	5,3	5,6
* Männer	%	6,2	5,8	5,7	5,5	5,6	5,4	5,1	5,0	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	5,3	5,2	6,9	4,6	4,4	4,8	6,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	3,2	3,2	4,9	2,9	2,9	3,1	4,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,9	5,8	5,8	6,2	5,7	5,6	5,6
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,1	6,1	6,2	6,7	6,1	6,1	6,1
* Ausländer/-innen	%	13,5	12,6	12,5	12,2	12,4	12,1	11,4	11,2	11,4
Deutsche	%	5,5	5,2	5,1	5,0	5,2	4,9	4,7	4,7	4,9
* Kurzarbeiter/-innen[8]	Anzahl	42 408	21 000	22 669	15 312	11 578	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[9]	Anzahl	13 243	17 048	17 275	18 040	19 557	21 106	21 739	22 355	22 365

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	432	452	440	477	432	513	679	621	615
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	422	449	413	484	639	588	575

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	440	477	432	513	679	621	615
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	...	1	2	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	63	50	41	63	35	63	66	45	63
private Haushalte	Anzahl	366	401	399	414	396	448	611	575	550
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	565	682	618	832	1 014	914	936
* Umbauter Raum	1 000 m^3	441	464	415	485	459	561	748	680	666
* Wohnfläche	1 000 m^2	80	87	77	92	84	102	140	128	126
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	3 166	3 703	3 396	4 292	5 477	5 104	5 153
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	107	128	118	149	194	178	176
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	106	128	127	141	134	99	122	130	144
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	14	22	11	14	6	13	16
Unternehmen	Anzahl	89	107	106	116	119	82	116	117	127
private Haushalte	Anzahl	2	4	7	3	4	3	-	-	1
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	14	7	3	25	10	9	100
* Umbauter Raum	1 000 m^3	707	748	488	988	785	628	707	961	1 539
* Nutzfläche	1 000 m^2	98	104	73	132	101	74	107	143	170
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	51	101	69	46	78	100	116
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	645	740	673	941	1 163	1 008	1 199
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	3 763	4 205	3 838	4 803	6 188	5 747	6 072

Landwirtschaft

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	10 468	10 541	11 725	10 473	10 245	10 225	11 098	10 321	11 093
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 591	2 158	2 008	2 110	2 286	2 236	2 368
darunter										
* Kälber[2]	t	13	12	20	8	10	7	12	20	8
* Jungrinder	t	11	9	11	6	4	26	11	22	25
* Schweine	t	8 001	8 198	9 064	8 287	8 179	8 078	8 769	8 017	8 670
* Eiererzeugung[3]	1 000	8 738	11 908	10 118	12 303	12 415	13 620	15 270	14 252	14 088

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 007	1 004	1 003	994	994	994	996
* Beschäftigte[5]	Anzahl	242 777	238 784	237 066	236 912	237 096	241 132	241 686	242 959	243 323
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	32 016	32 652	29 893	28 927	31 268	33 796	31 096	33 328
* Entgelte[6]	Mill. EUR	852	853	805	831	899	823	855	941	1 164
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 501	6 080	6 129	6 569	7 625	6 859	7 582
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[7]	Mill. EUR	2 805	3 609	3 832	3 622	3 610	3 855	4 404	3 913	4 296
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 495	1 395	1 391	1 516	1 921	1 737	1 979
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	108	92	91	105	117	97	110
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 066	970	1 036	1 093	1 183	1 112	1 198
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	2 178	2 092	2 081	2 236	2 508	2 243	2 419
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	772	688	680	756	985	859	1 009
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	3 338	3 129	3 244	3 488	4 048	3 626	4 031
Exportquote[8]	%	48,5	52,1	51,4	51,5	52,9	53,1	53,1	52,9	53,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	102,9	98,3	92,3	102,0	118,2	100,2	105,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	102,5	98,0	91,2	96,4	109,5	90,2	98,6
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	101,1	95,9	91,2	107,0	128,8	109,8	111,5

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	111,5	98,4	102,4	112,7	123,0	117,8	111,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	112,1	111,8	102,6	113,4	123,4	116,6	114,9
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	89,8	86,3	77,7	81,7	97,1	74,6	86,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	81,7	89,7	86,2	95,8	123,9	104,5	102,1

Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe[2, 3]	Anzahl	116	164	163	163	166	169	169	169	169
* Beschäftigte[2, 3, 4]	Anzahl	10 014	9 470	9 479	9 447	9 431	9 430	9 410	9 394	9 402
* Geleistete Arbeitsstunden[2, 3]	1 000 h	1 272	1 205	1 343	1 201	1 143	1 211	1 281	1 119	1 301
* Bruttoentgeltsumme[2, 3]	Mill. EUR	36	36	33	42	36	33	34	43	36
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	592	492	422	480	497	441	151
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	575	479	408	467	484	429	144

Baugewerbe[6] Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	36 991	37 177	37 349	36 738	36 973	37 375	37 324
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	3 835	4 022	3 824	3 082	3 947	3 958	4 549
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 470	1 501	1 432	1 227	1 489	1 530	1 757
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	877	873	1 003	984	928	803	985	937	1 078
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 362	1 537	1 464	1 052	1 473	1 491	1 714
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	630	800	712	469	723	759	878
* Entgelte[9]	Mill. EUR	83	85	78	90	88	73	87	89	92

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	311	356	381	238	346	366	415
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	110	119	127	87	126	125	152
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	102	94	84	94	102	66	90	110	100
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	117	143	152	85	131	131	163
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	52	67	75	36	58	63	80

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	358	362	358	359	364	362	362	361	355
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 063	13 268	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257
* Entgelte[6]	Mill. EUR	90	94	90	97	86	95	93	101	92
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	329	436	258	328	348	439	274

Handel[7]

Großhandel[p, 8]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2005=100	118,2	117,1	116,3	116,6	116,0	118,2	119,2	118,6	119,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,3	118,5	118,3	116,4	118,0	119,5	117,2	117,3
* Umsatz nominal[9]	2005=100	105,7	113,0	123,4	112,4	114,0	108,3	133,0	117,3	126,6
* Umsatz real[9]	2005=100	100,6	102,5	114,0	102,6	103,7	94,5	114,3	100,5	108,6

Einzelhandel[p, 10]

* Beschäftigte	2005=100	106,3	105,9	105,5	105,5	105,4	106,8	106,4	107,0	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	107,4	106,5	106,7	106,8	109,2	108,6	109,2	110,0
* Umsatz nominal[9]	2005=100	109,3	110,8	116,6	111,5	109,8	99,2	115,5	118,9	115,7
* Umsatz real[9]	2005=100	106,5	106,9	112,1	107,0	105,1	94,8	109,9	112,8	109,3

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,9	105,1	105,5	105,7	106,1	106,8	107,7	107,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,7	128,6	129,5	128,4	127,1	129,4	130,8	131,2
* Umsatz nominal[3]	2005=100	94,0	92,8	104,2	98,5	94,3	86,6	110,5	105,6	105,5
* Umsatz real[3]	2005=100	89,7	88,2	99,2	93,5	89,7	82,0	104,2	99,2	99,2

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,4	100,4	106,2	108,3	99,2	102,9	108,9	111,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,8	110,4	116,4	119,2	108,3	113,4	118,7	121,0
* Umsatz nominal[3]	2005=100	98,7	100,9	85,2	100,7	115,5	76,7	91,5	109,2	119,0
* Umsatz real[3]	2005=100	92,7	92,0	78,1	92,1	105,4	69,6	83,0	99,1	107,2

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	620	640	439	618	832	361	474	689	816
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	83	147	205	77	98	156	188
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	1 118	1 577	2 189	901	1 196	1 771	2 025
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	197	364	593	184	238	393	509

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 950	1 886	1 361	1 622	1 918	1 501	1 439	1 671	1 992
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	752	1 028	1 403	912	887	1 146	1 454
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	12	16	32	10	7	19	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	9	10	9	3	6	5	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	-	2	15	1	-	6	9
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	-	2	-	-	4	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	2	2	4	4	1	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	994	1 342	1 825	1 213	1 165	1 513	1 911

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	149	218	387	199	208	290	394
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	92	123	130	105	116	148	164
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	73	9	29	138	19	18	55	116
Radfahrer	Anzahl	48	43	9	23	64	23	11	39	72
Fußgänger	Anzahl	32	31	29	27	37	39	36	32	31

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	14 053	13 580	12 604	10 816	16 712	13 612	14 728
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	1 301	1 189	865	431	1 293	1 141	1 032
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	14 675	10 154	11 376	11 220	10 686	9 147	13 664	10 982	12 003
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	970	798	730	832	1 169	945	1 116
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	331	311	271	318	536	451	490

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167
Personenkilometer[3]	Mill.	574	530	499	629	539	535	455	589	543

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Güterempfang	1 000 t	985	1 153	984	1 260	1 055	859	1 012	1 134	1 007
* Güterversand	1 000 t	834	930	788	1 056	958	564	789	929	802

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	...	2 921	3 594	3 379	3 309	3 628	4 098	3 636
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	...	246	277	265	260	266	301	276
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	...	2 582	3 206	3 017	2 975	3 267	3 649	3 231

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	...	13	23	17	20	20	29	23
* Halbwaren	Mill. EUR	111	...	120	137	135	141	160	195	158
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	...	2 448	3 045	2 864	2 814	3 087	3 425	3 050
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	...	776	964	1 064	884	932	1 040	896
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	...	1 672	2 081	1 800	1 930	2 155	2 385	2 154
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 002	...	2 052	2 477	2 248	2 335	2 530	2 879	2 586
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	1 766	...	1 807	2 176	1 956	2 042	2 199	2 453	2 226
Belgien	Mill. EUR	145	...	150	171	160	171	182	209	173
Luxemburg	Mill. EUR	44	...	51	59	57	48	47	61	62
Dänemark	Mill. EUR	33	...	31	37	35	32	33	37	36
Finnland	Mill. EUR	22	...	22	24	27	23	25	30	30
Frankreich	Mill. EUR	321	...	354	432	361	397	436	503	441
Griechenland	Mill. EUR	32	...	31	34	27	28	30	37	22
Großbritannien	Mill. EUR	184	...	177	218	182	200	219	221	202
Irland	Mill. EUR	8	...	8	10	8	8	10	12	9
Italien	Mill. EUR	211	...	228	256	246	239	254	282	273
Niederlande	Mill. EUR	185	...	172	222	187	209	230	234	224
Österreich	Mill. EUR	126	...	117	144	137	139	146	170	159
Schweden	Mill. EUR	41	...	49	53	61	56	63	78	67
Spanien	Mill. EUR	157	...	169	167	176	187	181	199	174
Portugal	Mill. EUR	18	...	17	24	18	22	23	24	21
* Afrika	Mill. EUR	76	...	77	88	80	67	88	91	79
* Amerika	Mill. EUR	406	...	342	495	590	410	403	465	407
darunter nach USA	Mill. EUR	296	...	228	339	460	257	242	285	241
* Asien	Mill. EUR	373	...	426	505	433	473	578	624	526
darunter nach China	Mill. EUR	85	...	103	113	114	139	169	203	170
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	...	24	29	28	25	29	39	37

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	...	1 929	2 305	2 159	2 352	2 412	2 727	2 386
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	...	188	212	212	212	229	236	226
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	...	1 592	1 914	1 800	2 042	2 027	2 265	1 962
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	...	91	82	74	141	136	100	47
* Halbwaren	Mill. EUR	184	...	223	325	299	281	284	369	293
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	...	1 278	1 507	1 427	1 620	1 607	1 796	1 621

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	...	361	472	439	497	466	501	460
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	...	916	1 035	989	1 123	1 141	1 296	1 161
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	...	1 466	1 703	1 620	1 721	1 835	1 967	1 778
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 118	...	1 235	1 394	1 342	1 409	1 554	1 694	1 593
Belgien	Mill. EUR	180	...	196	241	226	236	258	293	263
Luxemburg	Mill. EUR	34	...	32	33	34	39	37	46	47
Dänemark	Mill. EUR	25	...	27	16	19	11	16	13	13
Finnland	Mill. EUR	9	...	9	9	10	9	10	19	10
Frankreich	Mill. EUR	192	...	195	258	248	223	269	279	264
Griechenland	Mill. EUR	7	...	9	8	10	5	7	6	8
Großbritannien	Mill. EUR	63	...	79	74	73	80	90	87	99
Irland	Mill. EUR	7	...	9	14	11	11	12	15	14
Italien	Mill. EUR	110	...	136	145	124	133	162	163	161
Niederlande	Mill. EUR	162	...	185	206	212	267	231	273	266
Österreich	Mill. EUR	59	...	60	68	72	89	80	98	83
Schweden	Mill. EUR	27	...	26	25	31	23	26	26	24
Spanien	Mill. EUR	67	...	76	86	74	74	102	110	92
Portugal	Mill. EUR	12	...	15	15	14	14	14	17	15
* Afrika	Mill. EUR	29	...	36	52	40	52	39	79	45
* Amerika	Mill. EUR	219	...	185	243	217	221	242	266	223
darunter aus USA	Mill. EUR	145	...	106	149	134	143	143	158	142
* Asien	Mill. EUR	239	...	239	304	277	352	291	411	334
darunter aus China	Mill. EUR	110	...	115	132	132	152	134	170	135
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	...	4	3	4	5	4	4	6

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	4 308	3 751	3 297	3 210	3 693	3 060	3 522
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	654	500	468	486	639	554	627
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	3 056	2 789	2 482	2 135	2 476	2 027	2 364
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	3 586	2 675	2 561	3 021	3 099	2 611	3 066
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	627	435	402	491	499	433	409
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	2 361	1 789	1 760	1 974	2 056	1 679	2 201

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Insgesamt	Anzahl	627	670	815	686	612	584	739	579	655
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	138	106	100	81	115	117	112
* Verbraucher	Anzahl	374	420	505	429	377	385	481	329	412
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	146	120	107	94	114	116	106
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	23	21	26	31	28	24	29	17	25
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	121	92	92	85	96	85	75

Handwerk[2]

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	x	98,3	x	x	96,9	97,7	100,1	98,4	97,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	x	97,2	x	x	76,3	98,3	101,6	112,7	84,5

Preise

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,3	107,4	107,6	109,7	109,5	109,7	110,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,6	104,6	104,6	105,4	105,5	105,6	105,8

Verdienste[7]

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 169	3 190	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 762	2 780	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 328	3 350	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	5 898	6 079	5 345	5 401	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	3 874	3 971	3 607	3 627	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	2 993	3 057	2 769	2 781	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 441	2 502	2 270	2 285	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	1 857	1 867	1 787	1 764	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nach-gewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leis-tungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeit-nehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 223	3 253	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 039	3 092	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 247	3 298	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 343	4 326	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372
* Wasserversorgung[2]	EUR	2 877	2 912	2 704	2 758	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 948	2 884	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 131	3 144	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 040	3 098	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 587	2 625	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	1 927	1 944	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 796	3 797	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411	3 535	3 585	3 474
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 418	3 461	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 136	3 136	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 884	3 881	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 218	3 244	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 621	2 646	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2008	2009			2010				2011
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	112 534	116 428	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 421	11 908	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2008	2009			2010				2011
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	11 892	13 052	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	89 221	91 468	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 081	103 636	103 339	105 575	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	95 489	96 893	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	7 850	8 682	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 448	9 307	9 195	10 853	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	101 309	103 669	104 036	106 742	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	35 897	37 983	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	33 558	33 252	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	7 582	7 333	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	26 999	28 174	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	98 361	101 502	101 786	104 561	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	95 971	99 326	99 590	102 415	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 196	2 146	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 948	2 167	2 250	2 181	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377

Steuern

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	2 629	3 247	3 577	3 082	2 980	3 984	3 837
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	491	1 197	1 403	979	612	1 575	1 359
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	471	889	554	475	500	957	637
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	-	387	-	-	-	388	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	- 18	- 161	572	308	28	- 18	396
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	28	425	60	26	36	543	54

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	43	34	14	87	7	12	12	68	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	15	0	81	-	-	-	58	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	46	60	- 4	- 44	211	158	35	25	268
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 3	- 2	-	- 27	-	-	-	14	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 841	2 180	2 139	2 051	2 173	2 103	2 368	2 409	2 478
Umsatzsteuer	Mill. EUR	456	443	361	471	455	289	382	496	371
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 385	1 737	1 778	1 579	1 718	1 814	1 986	1 913	2 108
Zölle	Mill. EUR	145	181	178	149	167	199	195	173	206
Bundessteuern[1]	Mill. EUR	96	114	105	125	140	132	99	120	133
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	24	27	24	29	28	23	22
Kraftfahrzeugsteuer[2]	Mill. EUR	17	38	44	48	33	44	41	42	39
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	40	24	38	73	59	30	55	72
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	39	44	45	60	44	45	52
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	1	0	0	0	0	0	0	- 1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	16	12	11	14	10	17	13	14	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	17	14	15	16	23	15	17	19
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	11	12	11	12	13	11	11
Feuerschutzsteuer[1]	Mill. EUR	1	1	0	0	4	6	1	1	3
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	2	3	3	4

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	429	490	392	385	414	543	449	556	501
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	3	4	5	6	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	107	111	120	99	100	116	129	101	105
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	309	366	256	275	302	412	304	444	383
sonstige Gemeindesteuern[3]	Mill. EUR	9	9	11	8	7	10	10	7	8

1 Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 3 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	690	762	655	874	500	826	686	1 035	557
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	255	299	184	196	286	357	222	332	352
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	283	298	295	513	87	297	284	525	77
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	32	39	40	55	15	41	35	66	12

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	695	698	464	810	974	655	564	1 009	994
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	39	44	45	60	44	45	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	333	335	148	438	550	365	206	609	537
Lohnsteuer	Mill. EUR	225	213	142	280	178	145	155	307	214
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	41	50	- 8	- 68	243	131	12	- 8	168
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	25	26	9	210	21	6	16	267	19
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	19	15	6	38	3	5	5	30	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	23	30	- 2	- 22	106	79	18	12	134
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	278	301	235	324	379	229	260	351	405
Umsatzsteuer	Mill. EUR	216	221	175	229	307	126	186	242	320
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	80	60	96	72	103	73	109	85
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	11	1	-	0	14	1	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	5	1	-	0	6	0	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	9	22	2	-	1	29	2	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	5	0	-	0	6	0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 448	1 643	1 429	1 710	1 869	1 668	1 618	2 084	2 034
Bundessteuern	Mill. EUR	96	114	105	125	140	132	99	120	133
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	396	401	210	538	616	429	265	712	601
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	952	1 124	1 103	1 046	1 113	1 106	1 240	1 251	1 300
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	11	1	-	0	14	1	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2011

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Abgekürzte Sterbetafel 2008/2010
Kennziffer: A2033 201000

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2010 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A6013 201000

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2010/2011
Kennziffer: B2013 201000

Abschlussprüfungen an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010
Kennziffer: B3033 201000

Hochschulfinanzen 2009
Kennziffer: B3073 200900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2011
Kennziffer: C3073 201121

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2011
Kennziffer: D1023 201105

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2011 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201105

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Mai 2011
Kennziffer: E1033 201105

Produktion des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2010
Kennziffer: E1053 201000

Bauhauptgewerbe im Mai 2011 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201105

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im April 2011
Kennziffer: E4023 201104

Das Handwerk 2008
Kennziffer: E5033 200800

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2011
Kennziffer: F2033 201106

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2010
Kennziffer: F2073 201000

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Mai 2011
Kennziffer: G1023 201105

Verkehr

Luftverkehr 2010
Kennziffer: H3013 201000

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Realsteuervergleich 2009
Kennziffer: L2073 200900

Schlüsselzuweisungen 2010
Kennziffer: L2093 201000

Der Umsatz und seine Besteuerung 2009
Kennziffer: L4013 200900

Erbschaft- und Schenkungsteuer 2009
Kennziffer: Kennziffer: L4093 200900

Gewerbesteuer 2004
Kennziffer: L4133 200401

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juni 2011
Kennziffer: M1013 201106

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2011
Kennziffer: M1043 201142

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2010
Kennziffer: M1073 201000

Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung
in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen
1992 bis 2009
Kennziffer: P1023 200900

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2011
Kennziffer: Z1013 201104

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juli 2011
Kennziffer: Z2201 201107

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Simone Emmerichs und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.